

Was macht die Digitalisierung mit der Politik?

Was macht die Digitalisierung mit der Politik?

Einwürfe und Provokationen

Herausgegeben von
Björn Klein und Robin Schmidt

De Gruyter
Oldenbourg

Wir danken der Gerda Henkel Stiftung (Düsseldorf), dem Stifterverband für die deutsche Wissenschaft (Essen), der Artemed-Klinikgruppe (Tutzing) und der Pädagogischen Hochschule FHNW (Basel/Brugg-Windisch) für die großzügige Finanzierung der *Dießener Klausur Mensch|Maschine|Zukunft 2021*, organisiert von Marko Demantowsky, Gerhard Lauer, Robin Schmidt und Bert te Wildt, und damit auch für die Ermöglichung dieses Buches.

Die Publikation der *Dießener Klausur Mensch|Maschine|Zukunft 2019* ist ebenfalls bei De Gruyter Oldenbourg Open Access erschienen:

Demantowsky, Marko, Lauer, Gerhard, Schmidt, Robin and te Wildt, Bert. *Was macht die Digitalisierung mit den Hochschulen?: Einwürfe und Provokationen*, Berlin, Boston: De Gruyter Oldenbourg, 2020. <https://doi.org/10.1515/9783110673265>

ISBN 978-3-11-078522-7

e-ISBN (PDF) 978-3-11-078526-5

e-ISBN (EPUB) 978-3-11-078536-4

DOI <https://doi.org/10.1515/9783110785265>



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Nicht-kommerziell – Keine Bearbeitung 4.0 International Lizenz. Weitere Informationen finden Sie unter <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/>.

Library of Congress Control Number: 2022940453

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnetet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2022 bei den Autorinnen und Autoren, Zusammenstellung © 2022 Björn Klein und Robin Schmidt, publiziert von Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston.

Dieses Buch ist als Open-Access-Publikation verfügbar über www.degruyter.com.

Einbandabbildung: Library of Congress – Collection: Views of Switzerland [Gast and Kurhaus, Obwalden, Unterwald, Switzerland], graphic, between ca. 1890 and ca. 1900.

1 photomechanical print: photochrom, color. LOT 13410, no. 629.
<https://lccn.loc.gov/2001703269>.

Satz: Dörlemann Satz, Lemförde

Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck

www.degruyter.com

Inhalt

Einleitung

Björn Klein Politik und Digitalisierung zwischen historischer Gewordenheit und neuen Wissensordnungen	3
---	---

Kartographie der Herausforderungen und Chancen

Sarah Genner Zehn Thesen zu Digitalisierung und Demokratie	21
Silke Schwandt „A Road to the Future“: Zur Zukunftsfähigkeit von Gesellschaft unter Bedingungen von Unsicherheit und Digitalität	41
Jana Boukemia & Stefanie Bailer Digitale Demokratie und nun...? – Eine Utopie der digitalisierten Demokratie	53

Dynamiken politischer Kommunikation

Astrid Séville & Julian Müller La transparence et l’obstacle – Politik im Digitalen zwischen Dauerkommunikation und Diskretion	69
Bob Blume Cui bono? Oder: „It’s the recipient, stupid!“ – Die Unabgeschlossenheit politischer Kommunikation in der digitalen Kultur	81
Christian Montag Ich träume von einer Welt, in der wir Social Media neu starten	91
Werner Bartens Am Abgrund – Dr. Data und der heilige Datenberg	99

Philippe Wampfler Empörungsengagement und Desinformation – politische Kommunikation und die Dynamik digitaler Plattformen	111
Politisches Transformationspotential in Literatur, Psychologie und Pädagogik	
Eva Marlene Hausteinert Radikale Netzwerke. Über die Notwendigkeit digitaler Utopien	127
Bert te Wildt Zum Zusammenhang digitaler und demokratischer Reifungskrisen. Ein entwicklungspsychologischer Essay	137
Robin Schmidt Digitalpolitik und Pädagogik	149
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	165
Abbildungsverzeichnis	169

Einleitung

Björn Klein

Politik und Digitalisierung zwischen historischer Gewordenheit und neuen Wissensordnungen

Wenn die wechselseitigen und komplexen Verhältnisse zwischen Digitalisierung und politischer Kommunikation, Partizipation und Repräsentation ins Blickfeld geraten, dann stellen sich unweigerlich mannigfaltige und dringliche Fragen. Diesen Fragen und Fäden nachzuspüren, ihnen einmal den Raum und die Zeit zu geben, um sie mit Expert:innen aus unterschiedlichen Disziplinen zu verfolgen, im Dialog und in Ruhe und Abgeschiedenheit die eigenen Überlegungen, Standpunkte und Forschungen noch einmal in kritischer, kollaborativer und zugeneigter Form reifen zu lassen, war das Ziel der 2. Dießener Klausur im November 2021. Die zu dieser Klausur eingeladenen Expert:innen haben auf den folgenden Seiten genauso viele Antworten gegeben wie sie wiederum neue Fragen gestellt haben. Aufgrund der pandemischen Lage fand die Klausur nicht am gewohnten Ort, in Dießen am Ammersee, sondern in Flüeli-Ranft, im Kanton Obwalden in der Schweiz statt. Beide Orte haben eine Jahrhunderte alte und reiche Kulturgeschichte, in denen Besonnenheit, Aufmerksamkeit, aber auch Umsicht und souveräne Einsichten heranwachsen konnten. Je näher wir uns an den Ort begeben, umso genauer und gleichzeitig vielfältiger und damit auch verschachtelter werden die Bezüge zum Ort und zur Klausur.

Das Cover des in ihren Händen, beziehungsweise auf ihren Bildschirmen liegenden Essaybands zeigt eine Momentaufnahme aus dem letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts von dem in klerikaler und damit auch in politischer Hinsicht geschichtsträchtigen Ort. Es ist ein Photochromdruck eines Ausschnittes des kleinen Ortes Flüeli-Ranft. Der Photochromdruck ist eine Technik, die erst kurz zuvor in den 1880er Jahren vom Zürcher Lithografen Hans Jakob Schmid entwickelt wurde. In diesem komplizierten Verfahren wurden Farbbilder auf der Basis und mit Hilfe von einfachen schwarz-weiß Negativen angefertigt. Es mussten also detaillierte Notizen der Farbumgebung von Flüeli-Ranft angefertigt werden, um diese dann per Hand auf das Negativ zu zeichnen, bevor das Bild wiederum durch farbige Folienfilter auf Druckplatten fertiggestellt werden konnte. Eine behutsame Annäherung an eine schon im Prozess der Herstellung des Fotos vergangene Gegenwart, die im starken Gegen-

satz steht zu der ubiquitären Produktion von Fotos durch die Smartphones, die wir ununterbrochen in unseren Händen, Taschen und in unseren Gedanken bereithalten. Auf dem Photochromdruck – und jetzt auf dem Cover des Essaybands – sehen wir das Hotel Nünalphorn auf der Vorderseite in den Buchrücken verschwinden; es ist das jetzige Jugendstilhotel Paxmontana. In diesem Hotel trafen die Expert:innen der Dießener Klausur ungefähr 125 Jahre nach der (mutmaßlich tagelangen) Herstellung dieses einen, nun in der Library of Congress in Washington hinterlegten Photochromdrucks zusammen, um sich mit vielfältigen Fragen zu Digitalisierung und Politik aus ihren Disziplinen heraus, von ihren Forschungsarbeiten und ihrem publizistischen und praktischen Expert:innenwissen ausgehend, anzunähern.

Wie so oft führt der Anfang einer Erzählung auf eine Fährte und der erste Blick, der erste Ausschnitt ist trügerisch, da mit Hilfe der Rückseite des Covers noch ganz andere historische Gewordenheiten erzählt werden können. Wenn wir uns nicht auf eine geochronologische Annäherung des Ortes begeben möchten und uns dennoch etwas weiter hinfert begeben von den Anfängen des Anthropozän zurück ins späte Mittelalter finden wir einen Grund, warum in diesem Ort, gelegen auf einem Zwischenplateau direkt in den Zentralschweizer Voralpen, kurz vor dem Berner Oberland, ein Jugendstilhotel entstehen sollte. Auf der Rückseite des Covers sehen wir die zu Flüeli gehörige Ranft, die Schlucht, in der nach wie vor die original erhaltene Eremitage einer der wichtigsten Personen der Eidgenössischen Geschichte, Niklaus von Flüe, auch Bruder Klaus genannt, zu finden ist.

Lange bevor Expert:innen aus Forschungs- und Beratungsinstituten Fachbeamte und Politiker:innen mit Informationen und Legitimationen auf Basis von komplexen Datensätzen, behavioristischen Überlegungen und/oder prädiktiven Erwartungen mit psychologischen und sozialwissenschaftlich fundierten Forschungsergebnissen in Bernays'scher Tradition versorgten, waren es oftmals geistliche Berater, die in Krisen- und Konfliktzeiten vermittelten. Der Rat von „lebendigen Heiligen“ wurde auch in der Ranft – unterhalb des fünf Jahrhunderte später entstehenden Jugendstilhotels – gesucht. Aufgrund des vermittelnden Einflusses von Bruder Klaus/Niklaus von Flüe wurde so im Dezember 1481 ein Übereinkommen der Acht Orte (Kantone) des Bundes der Eidgenossen geschlossen, was den seit Jahren schwelenden Konflikt zwischen Stadt- und Landorten beilegen konnte und letztlich zur Alten Eidgenossenschaft führte. Bis in die Gegenwart der direkten Demokratie berufen sich Schweizer Politiker:innen auf den Mystiker, politischen Berater und

seit 1947 heiliggesprochenen Bruder Klaus, zumeist mit Mahnungen zur Vorsicht im Hinblick auf die politische Öffnung des Landes. So zum Beispiel 1992 in der für die Schweiz wegweisenden Ablehnung des Beitritts zu den Vereinten Nationen und zum Europäischen Wirtschaftsraum. Die beginnenden 1990er Jahre waren auch in digitaler Hinsicht globalpolitisch wegweisend. Etwas mehr als ein Jahr zuvor wurde die News-group alt.hypertext und damit das erste World Wide Web öffentlich und weltweit verfügbar – vom CERN, der Europäischen Organisation für Kernforschung, in Genf ausgehend.

Für die Dießener Klausur 2021 stand insbesondere die Frage zur Diskussion, was es – neben den allseits beliebten dystopischen Narrativen zur Digitalisierung – für konkrete „Digitale Chancen“ für die Demokratie gibt. Potentiale der Digitalität für unsere Gesellschaft, best practices, von denen wir lernen können, wie eine digitale Gesellschaft zugleich eine gerechtere werden könnte, waren gefragt.

Um den Kontext der zweiten Dießener Klausur und die nachfolgenden Beiträge besser einordnen zu können, möchte ich kurz das Spannungsfeld zwischen Digitalität und Politik skizzieren. Denn dass die Digitalisierung eng mit der Forderung nach Demokratisierung verknüpft ist, wurde spätestens seit der Veröffentlichung der *Declaration for Independence* 1996 in Davos von John Perry Barlow deutlich. Barlows Proklamation einer Gesellschaft jenseits der Nationalstaaten war Unabhängigkeitserklärung und -wunsch zugleich, aber auch eine Reaktion auf das amerikanische Telekommunikationsgesetz und dessen zensorischen Eingriff in die Freiheit des entstehenden Internets. „Governments of the Industrial World, you weary giants of flesh and steel... [y]ou have no sovereignty where we gather“, waren die ersten Worte der Deklaration. Sie haben sich angesichts vielfach betriebener staatlicher Zensur und der Existenz von supranationalen Unternehmen 25 Jahre später als illusorisch erwiesen.

Jaron Lanier, ein Pionier der Virtual-Reality und scharfer Kritiker der sozialen Medien, beschreibt in seinem 2018 erschienenem Buch „Ten Arguments for Deleting Your Social Media Accounts Right Now“ wie wenig die Regierungen, an die Barlow seinen ersten Satz in seiner Deklaration richtete, überhaupt noch Einfluss nehmen können auf die Internetunternehmen, von denen die umsatzstärksten entweder in einer repräsentativen Demokratie, die wortwörtlich und vermehrt unter Beschuss steht, oder in einer Volksrepublik mit sozialistischem Einparteiensystem beheimatet sind. Der Umgang mit und die Speicherung und Anwendung von Massendaten – unter dem *buzzword* Big

Data wird diskutiert – wird von Demokratien zumeist wenig reguliert. Sie werden vornehmlich von Unternehmen in Monopolstellungen strukturiert, verwaltet, verkauft und beständig auf Personengruppen und Individuen insbesondere zu Werbezwecken angewendet, ein Ansatz der beliebt ist, egal in welchem politischen System die Firma ihren Hauptsitz hat. Die Diskussion um Big Data indes ist freilich nicht neu und hatte medial ihren Höhepunkt bei der amerikanischen Präsidentschaftswahl 2016, als das Datenanalyse-Unternehmen Cambridge Analytica in aller Munde war. Dass Big Data die Menschheit in ein neues Stadium des Kapitalismus führen würde, wird schon seit Mitte der 2010er Jahre thematisiert, prognostiziert und kritisiert (Cohen 2018; Srnicek 2016; Zuboff 2015). Adrian Daub hingegen beschreibt in „What Tech Calls Thinking“ zuletzt, dass gar nicht Big Data an sich die treibende Kraft in der Neuformierung kapitalistischer Ansätze sei, sondern vielmehr und zuvorderst engmaschige Marketingstrategien, die von einfachen traditionellen Motiven der „Disruption“ und dem „Dropping-out“ vorangetrieben werden (Daub 2020). Hatte der Nationalökonom Johannes Schumpeter „schöpferische Zerstörung“ in seiner Theorie der Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftssystems als innerwirtschaftliche Veränderungen, die auf Durchsetzung von Innovationen von dynamischen Unternehmern beruhen, beschrieben, sind nach Daub im Silicon Valley Zerstörung und Scheitern zu einem Universalismus, einer Theodizee des Hyperkapitalismus geworden. Alles Bestehende ist es auch wert, zerstört zu werden.

Die Konzepte, die im Silicon Valley geboren wurden, führten nicht zu einer Form der direkten Demokratie auf der digitalen Agora, die so gefasst über eine Welt der Konzerne siegen könne, wie es in den 1990ern noch in Manifesten beschworen wurde, sondern zu neuen digitalen und wirkmächtigen Produkten, insbesondere im Sinne der Disruption. Für die Firmen des Silicon Valleys sind es erstarre und mitunter gesättigte Praktiken des Alltagslebens, die durch Applikationen aus dem Bereich Social-Media oder der *sharing economy* konstant unterlaufen, verändert, ab- und teilweise sogar aufgelöst werden können. Diese Praxis der ökonomisch gewünschten Disruption und der damit einhergehenden Veränderung von sozialen und solidarischen Alltagspraktiken, ist ein gemeinsames Element von Social-Media Plattformbetreibern und der *sharing economy*. Zusätzlich treten diese neueren marktförmigen Logiken des digitalen Wandels in etliche Widersprüche und Spannungsverhältnisse zu staatlichen Institutionen. So sind zum Beispiel unverändert die Besteuerung und Regulierung der Monopol-Konzerne in der digitalen

Ökonomie ungeklärt und umstritten. Jaron Laniers Argument für die Abschaltung der eigenen Social-Media Accounts scheint in der gegenwärtigen globalen Kommunikation illusorisch, in Teilen vielleicht sogar anmaßend, zu einem Zeitpunkt wo Smartphones mitsamt ihren Applikationen nicht wenigen Menschen inzwischen als Produktionsmittel dienen und affektive Transformationsräume evozieren (Kalender 2020). Die Datenverbindungen, mitsamt ihren global-politischen Potentialitäten, die sich aus der Extraktion von menschlichen Verbindungen generieren und kommodifizieren lassen, ließen sich womöglich, ausgehend von ethischen Überlegungen zu den konkreten existierenden biopolitischen Steuerungs- und Führungsmechanismen von Gesellschaften und Gesellschaftsgruppen, auch weniger individualisierend und ergiebiger unter dem Stichwort „Datenkolonialismus“ analysieren, also der Aneignung menschlichen Lebens durch Daten, die dem historischen Kolonialismus in nichts nachsteht (Couldry, Mejias 2018).

Wenn der gesellschaftliche Wandel durch die Digitalisierung für die Politik sowie für demokratische Verhältnisse analysiert und zur Diskussion gestellt wird, können die ökonomischen Veränderungen und Anpassungen des Kapitals nicht außer Acht gelassen werden. Es sind nicht nur Alltagspraktiken, die sich durch den digitalen Wandel zunehmend verändern, sondern eben auch in einem wechselseitigen Verhältnis die soziale Konstruktion der Realität und dadurch auch die Bedingungen, unter den politisch kommuniziert wird und werden kann. Im Moment der Niederschrift befinden sich – als ein Beispiel für diese ökonomischen Veränderungen – die für das nachbarschaftliche und soziale Alltagsleben in Großstädten oftmals enorm wichtigen Bodegas und Kioske in einem Wettstreit mit unzähligen Start-ups, die der Kundschaft versprechen, Einkäufe innerhalb von 10 Minuten zu liefern. Die Infrastruktur ist weder für diese Form des disruptiven Eingriffs in Städte wie New York oder Berlin ausgelegt worden, noch sind diese Unternehmen interessiert an sozialen Nachbarschaften. Sie entscheiden nicht danach, wo Lebensmittel gebraucht werden, sondern danach, wo es eine Kundschaft gibt, die ihr Essen in 10 Minuten an die Tür geliefert bekommen möchte und sich das leisten kann. Das bringt Verwerfungen unterschiedlichster Art mit sich. Die Lieferunternehmen ziehen in langsam gewachsene Viertel, die beständige Aufstockung der Vorräte der unzähligen Lager verursachen Staus, zum Teil befinden sich die Lager temporär im öffentlichen Raum, die so genannten Rider:innen und Picker:innen arbeiten unter enormen Stress, mit mangelnden Arbeitsschutz, zu niedrigen Löhnen, die zudem unregelmäßig ausgezahlt werden. Es gibt in

den seltensten Fällen Betriebsräte noch Tarifverträge. Dies hat zu einem in Deutschland seltenen Ereignis geführt, dem wilden Streik, was inzwischen nicht nur im Bundesarbeitsministerium, sondern auch international Beachtung findet und diskutiert wird (Boyer-Dry 2022). In der Anfangsphase des World-Wide-Web, als PCs auf einmal in magischer Art und Weise in der Lage waren, miteinander zu kommunizieren, gab es kaum jemanden, der oder die von einer Regierung verlangte, das Internet zu regulieren. Niemand wollte für Informationen oder Bücher zahlen, extensives Datensammeln war da nur eine Reaktion und Möglichkeit von Firmen, mit diesem Problem umzugehen, oder wie Jill Lepore schreibt: „The new Internet followed no rules but many mantras. Content must be free. Media solves all problems. Data drives predictions“ (Lepore 2020). Überspitzt könnte nun gesagt werden: Das gegenwärtige Internet folgt immer noch wenigen Regeln, aber vielen Mantras; die Inhalte sind immer weniger frei; Medien bringen immer Probleme hervor; aus Daten lassen sich kaum Zukunftsaussagen treffen. Aber in einigen wenigen urbanen Zentren können sich Menschen, die sich das leisten können, ihren Einkauf nun innerhalb von zehn Minuten an die Tür bringen lassen.

Um jenseits konkreter und lokaler Beispiele zu verstehen, wie der digitale Wandel die Politik verändert hat, ist es hilfreich, sich über die Grundlagen des Wissens und der Wissensaneignung in der Alltagswelt im Klaren zu sein. Wenn die Alltagswelt immer stärker durch digitale und quantifizierbare Formen der Kommunikation beeinflusst wird, kann Politik, können politische Entscheidungsprozesse davon nicht unbeeinflusst bleiben. Menschen werden in Demokratien – wenn wir eine sozialpsychologische Konzeption zur Hilfe nehmen – individuiert durch Vergesellschaftung, das heißt, soziale Prozesse werden in das Einzelbewusstsein aufgenommen und durch verhaltenskontrollierende Instanzen internalisiert. Aufgrund ihrer imperativen Gegenwärtigkeit ist die Alltagswelt nach Peter L. Berger und Thomas Luckman unmöglich zu ignorieren (1966, 24). Diese sozialen Prozesse werden für einen nicht unerheblichen Teil der Weltbevölkerung inzwischen im digitalen Raum, und hier zu einem ebenso nicht unerheblichen Teil durch die Applikationen von Internetunternehmen beeinflusst, wenn nicht transformiert. Den Wissenssoziologen Berger & Luckmann zufolge werden Gesellschaft und Individuum so in einer dialektischen Bewegung geformt, das Individuum formt die Gesellschaft, die Gesellschaft das Individuum. George Herbert Mead konstatierte in den 1930er Jahren, dass erst in der Form des verallgemeinerten Anderen der gesellschaftliche Prozess das

Verhalten der ihn abwickelnden Individuen beeinflusst. Das heißt: die Gemeinschaft übt Kontrolle über das Verhalten ihrer einzelnen Mitglieder aus, denn in dieser Form tritt der gesellschaftliche Prozess oder die Gemeinschaft als bestimmender Faktor in das Denken des Einzelnen ein. Die intersubjektive Welt und wie sie verstehbar gemacht wird, also wie vermittels von Objektivationen (z.B. Zeichen, Schrift, Symbole) subjektiv sinnvoll erachtete Vorgänge herausgefiltert werden können, geschieht dann durch gemeinschaftliche Erfahrungen des „Jetzt und Hier“, also einer örtlichen und zeitlichen Gebundenheit. Dieses „Jetzt und Hier“, vollzieht sich demnach in Vis-à-Vis-Situation, aus der wiederum alle anderen zwischenmenschlichen Interaktionsformen abgeleitet seien (Berger & Luckmann 1966, 31). Was bedeutet das für die Wissensaneignung im digitalen Raum?

Beziehen wir die Frage nach den Potentialen für die Demokratie zum Beispiel auf politische Kommunikation, ließe sich argumentieren, dass die sozialen Medien und die *sharing economy* im Spezifischen, der Plattformkapitalismus im Allgemeinen das „Jetzt und Hier“ in einer Dauerschleife erfahrbar und konsumierbar gemacht haben. Die bei Berger und Luckmann ausgemachte gemeinschaftliche Erfahrung hatte in den 1960er Jahren noch eine örtliche und zeitliche Gebundenheit, aber mit dieser sozialpsychologischen Grundannahme können die Bezugnahmen von Menschen untereinander nicht mehr erklärt werden, wenn sich nun in den sozialen Medien bei Twitter, Facebook, Instagram, TikTok und Telegram – und zu deren Bedingungen – die politische Kommunikation in einem globalen Massstab verdichtet. Krisenhafte Momente der Demokratien können nun in Echtzeit verfolgt werden, wie dies zum Beispiel bei der Erstürmung des Kapitols durch die vom damaligen Präsidenten der USA Donald Trump aufgehetzten Massen der Fall war. Video- und Bildaufnahmen wurden während des Ereignisses gepostet und formten dieses, während es passierte, mit. Oder, wie es bei dem Überfall Russlands auf die Ukraine Anfang 2022 im Moment der Niederschrift dieser Einleitung sichtbar wird: Großräumige Bewegungen des Militärs, Besuche von Staatsoberhäuptern mit ihren politischen Entouragen, sowie die neuesten Waffenlieferungen werden anhand von durchrauschenden Timelines erfahrbar, es gibt Meme-Kriege mit emotional-affektiven Auswirkungen auf das Kriegsgeschehen, Kriegsausrüstung wird mit Crowdfunding finanziert, Crowdworker:innen werden für die strategische Angriffsplanung genutzt – all das sind auch Verdichtungen von politischen Prozessen. Berit Glanz hat diese neuen Verbindungen von Krieg und sozialen Medien, anhand von Cyber- und

Meme-Kriegsführung und Crowdfunding von Kriegskosten auf crowd-work Plattformen beschrieben (Glanz, 2022). Befinden wir uns vielleicht sogar schon seit 2014 in einem „Great Information War“ und wollen es nicht wahrhaben, wie es die Journalistin Carole Cadwalladr kürzlich beschrieb (Cadwalladr, 2022). Politische Neuigkeiten laufen durch Twitter-, Instagram-, TikTok- oder Facebookfeeds, noch während sie geschehen, sie werden kommentiert und verändern das „Jetzt und Hier“ nicht nur durch die immense Schnelligkeit, mit der Informationen jeglicher Art verbreitet werden, sondern auch durch die affektiven Transformationen von Diskursen. Darüber hinaus werden durch die Skalierbarkeit der Metadaten, die Bürger:innen im Netz hinterlassen, gleichzeitig Profite für börsennotierte Unternehmen generiert. Manche sehen hierin nicht nur eine Verdichtung von Kommunikation und Wissensaneignung, sondern das Entstehen einer neuen kapitalistischen Ontologie (Vogl & Bauer, 2021). Skalierungen, Datensammlung und Kategorisierung sind jedoch keine Erfindungen des Plattformkapitalismus. Die Wünsche und Begehrten, die im Anlegen, Anhäufen und Verarbeiten von Massendaten angelegt sind, sind wesentlich älter, es sind historische Gewordenheiten, wie das folgende und abschließende Beispiel zeigt.

Die Pioniere des Computerzeitalters haben schon früh von Programmen geträumt, die dazu in der Lage sein können, durch schnellste Rechenoperationen mit großen Datenmengen Vorhersagen und in einem zweiten Schritt diese beherrschbar machen zu können. Jill Lepore hat in *If Then: How the Simulmatics Corporation Invented the Future* kürzlich in eindrücklicher Weise beschrieben, wie strukturell ähnlich die Praktiken der Kategorisierung von Nutzer:innen von Meta, Amazon und Google zu den Praktiken der Kategorisierungen von Wähler:innen, welche die Firma Simulmatics in den 1960er Jahren in den USA vorgenommen hat, sind. Die kurzlebige Geschichte von Simulmatics ist Lepores Ausgangs- und Fixpunkt, um die Ursprungsgeschichte des gegenwärtigen Panoptikums zu erzählen, in dem wir leben, als eine Welt der konstanten digitalen Überwachung durch Megakooperationen, die ihren Reichtum dadurch generieren, dass sie unser Verhalten vorhersagen und manipulieren (Gleick, 2020, S. 20). Die Simulmatics-Gründer nennt Lepore *What-If Men*, deren Ziel es war, menschliches Verhalten mathematisch erklären zu können. Ed Greenfield, einer der Mitgründer, ließ, auch mit Hilfe der Erfahrungen einer gemeinsamen Zusammenarbeit zwischen der Remington Rand Corporation und dem US-amerikanischen Census Bureau in den 1950er Jahren, eine Wählermaschine bauen, die er „People Machine“ nannte. Diese wurde von Simulmatics programmiert, um so die

Bevölkerung in eine von 1000 Subkategorien subsumieren zu können. Dergestalt wurden zum ersten Mal sehr große Datenmengen über Wähler:innen generiert, mit dem Ziel diese dann zu verkaufen. Simulmatics, deren IBM 704 Computer inzwischen in den Medien auch als „Gedankenmaschine“ bekannt wurden, konnte ihre politische Beratungsarbeit an die Präsidentschaftskampagne von John F. Kennedy verkaufen. Die Ergebnisse halfen Kennedy tatsächlich, die Präsidentschaftswahlen 1960 zu gewinnen – mutmaßlich auch, weil das Wahlverhalten Schwarzer US-Amerikaner:innen von Simulmatics mitgezählt, das heißt als Kategorie in die Programmierung aufgenommen wurde, entgegen den gesellschaftspolitischen Realitäten der damals noch existierenden Jim-Crow-Gesetze, welche die sogenannte Rassentrennung aufrechterhielten.

Die Frage, was die Digitalisierung mit der Politik macht, kann zwangsläufig nur eine Annäherung bleiben. Ein Augenmerk auf die Gewordenheiten der disruptiven marktökonomischen Logiken und den damit einhergehenden Verdichtungen der politischen Kommunikation zu legen, in denen sich nicht zuletzt historische Vermächtungsprozesse widerspiegeln, wie zum Beispiel im Anlegen von Datensätzen zu Wahlzwecken, oder durch die Veränderung in der Kriegsberichtserstattung durch soziale Medien, ist nur ein Aspekt. Alltägliche Praktiken mitsamt der für ein zugewandtes Zusammenleben wichtigen städtischen Infrastruktur, bleiben von diesen disruptiven Logiken – wie im Beispiel der Lieferdienste gesehen – nicht unberührt. Wenn diese Formen des digitalen Wandels neue Wissensordnungen etablieren können, die in der Lage sind, Welt-, Sozial- und Selbstverhältnisse signifikant zu verändern und neu zu strukturieren, braucht es Überlegungen und Analysen aus unterschiedlichsten Disziplinen und Denkrichtungen, um den Chancen und Herausforderungen für die Demokratien und der politischen Bildung der Gegenwart und Zukunft begegnen zu können.

Solcher Art sind die nachfolgenden Einwürfe und Provokationen. Es sind die erweiterten Beiträge der Inputs und Statements der Teilnehmenden der zweiten Dießener Klausur. Die Ideen und Diskussionen wurden von den Teilnehmenden in den zur Klausur ausgegebenen Notizheften festgehalten und finden sich in umgearbeiteter und erweiterter Form hier wieder. Die Beiträge unterlagen keinen gedanklichen und nur wenigen formalen Bedingungen. Aus diesem Grund sind hier ganz unterschiedliche, vereinzelt sich gegenseitig kontrastierende Essays, Polemiken und Thesen versammelt. Es sind – zum Teil kollaborativ geschriebene – aus journalistischer, pädagogischer, literaturwissenschaftlicher, politikwissenschaftlicher, soziologischer und hochschuldidaktischer Sicht formulierte

Einwürfe und Provokationen. Die Veranstalter der Dießener Klausur hatten zusammen mit dem Merkur – Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken einen *Mensch | Maschine | Zukunft-Preis* ausgelobt. Der prämierte Essay des auch im Band vertretenen Teams Astrid Séville und Julian Müller wurde im Merkur veröffentlicht (Séville & Müller, 2022). Zusätzlich zu den Beiträgen von Teilnehmenden der Klausur wurden mit den Beiträgen von Bob Blume und Philippe Wampfler zwei von der Jury des *Mensch | Maschine | Zukunft-Preises* gelobte Essays aufgenommen. Die Vielfalt der Expertisen der Mitwirkenden spiegelt sich somit auch in den verschiedenen Vorstellungen und Zugängen vom digitalen Wandel und zur Politik wider: das ist der Reiz des Zusammenkommens der Dießener Klausur, den wir hier abbilden möchten. Der Band wird begleitet von während der Klausurzeit entstandenen Grafiken, Fotos, Notizen und Illustrationen der Teilnehmenden.

Sarah Genner nähert sich dem Zusammenhang von Digitalisierung und Politik, passend zum Anfang des Bandes, in thesenartiger Form. Ausgehend von der Frage, wovon dabei eigentlich geredet wird, nähert sie sich dem Themenkomplex ausgehend von der Verschiedenartigkeit der Diskurse in Bezug auf Digitalisierung und Demokratie. Da so viele Perspektiven auf dieses Feld aufscheinen wie es Köpfe gibt, schlägt sie eine umfassende thematische Ordnung vor, um die Chancen, Risiken und Baustellen „digitaler Demokratien“ systematisch gliedern und adressieren zu können.

Silke Schwandt stellt in ihrem Beitrag die Frage, wie in einem „Zeitalter der Unsicherheit“ Gesellschaft und Politik mit den Errungenschaften von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit für die Zukunft tragfähig gemacht werden können und wieviel Un gewissheit dies braucht. Wenn die Digitalität ein gewichtiger Teil dieser Unsicherheit in der Gesellschaft ist, diese mitunter als Gefahr für die Demokratie wahrgenommen wird und wir schon seit längerer Zeit unter den Bedingungen der Digitalität leben, stellt sich die Frage, wie diese Zukunft der Demokratie unter solchen Bedingungen gestaltet werden kann. Ausgehend von künstlerischen Formen und Interventionen ver räumlicht Schwandt diesen Fragenkomplex, um so das „Andere der Vergangenheit“ herauszuarbeiten und Blicke auf die Zukunft freizulegen.

Stefanie Bailer und *Jana Boukemia* von der Universität Basel konstatieren die häufig negativ gewendete Diskussion um die Digitalisierung und

die von der Digitalisierung ausgehenden Gefahr für die Demokratie in Medien und Forschung. Vielfach sind diese Diskurse, wie zum Beispiel bei den so genannten „Echokammern“, stark simplifiziert und können gar nicht mit empirischen Daten untermauert werden. Die Autorinnen zeigen in ihrem Beitrag auf, welche positiven Entwicklungen es in den letzten 20 Jahren zu beobachten gab, wie beispielsweise Digitalisierung Politiker:innen in ihrer direkten Wähler:innenkommunikation unterstützt hat, wie sie mobilisiert hat für Proteste und soziale Bewegungen und wie mit ihr nicht nur genuin neue Skills erworben wurden, die letztlich für die Funktionsweisen von der öffentlichen Verwaltung bis hin zu Smart City-Initiativen positive Veränderungen mit sich brachten. Ihren Beitrag „Digitale Demokratie und nun...? – Eine Utopie der digitalisierten Demokratie“ beschließen sie mit einem konkreten best practice Ausblick und utopischen Ideen zur politischen Kommunikation in der Zukunft.

Der Essay von *Astrid Séville* und *Julian Müller* „La transparence et l’obstacle – Politik im Digitalen zwischen Dauerkommunikation und Discretion“ nimmt Bezug auf die in Berliner Coworking-Spaces im Herbst 2021 abgehaltenen Koalitionsverhandlungen zwischen den Regierungs- partei SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Der hier veröffentlichte Essay ist eine Fortschreibung des Essays, mit dem Séville und Müller den Mensch-Maschine-Zukunft Preis 2021 gewonnen haben. Ihre zentrale Frage ist, wie sich politische Akteur:innen der Dauerkommunikation in einer digitalisierten Öffentlichkeit und in den sozialen Medien zumindest zeitweise entziehen können, ohne dass dies in einer demokratischen politischen Kultur kritikwürdig erscheint.

Philippe Wampfler fokussiert mittels einschlägiger Beispiele des Empörungsengagements aus den sozialen Medien die Veränderung der politischen Kommunikation in Richtung einer immer stärker werdenden Aufmerksamkeitsökonomie. Unterschiede und Ähnlichkeiten zwischen vormals in der politischen Kommunikation strukturell und inhaltlich sehr einflussreichen politischen Feuilletons und den plattformbasierten Internetanwendungen werden problematisiert und mit praktischen Überlegungen aus der eidgenössischen Demokratie verbunden.

Christian Montag träumt in seinem Beitrag von einer Welt, in der die sozialen Medien neu gestartet werden könnte. Er nimmt die örtlichen Gegebenheiten der nebligen Schweizer Voralpen, in denen seine Überlegungen verfasst wurden, zum Ausgangs- und Endpunkt seines Kurz-

essays, wo die kapitalgetriebenen Social-Media Welten und die damit einhergehenden Verhaltenssüchte sich letztlich mit einem gesunden politischen Online-Diskurs unvereinbar zeigen. Montag zeigt in seinem Beitrag, dass ein hinter den Social-Media-Kanälen liegendes Datengeschäftsmodell den politischen Online-Diskurs dahingehend verändert hat, dass dieser emotionale Online-Botschaften bevorzugt, pusht und belohnt und so vielfach zu einer Verengung von Weltanschauungen beiträgt. Seinen Start in eine neue Social-Media-Welt verknüpft er mit der Hoffnung, dass dominierende Plattformen ihr Geschäftsmodell überdenken, wenn Social Media als öffentliches Gut eingestuft werden würde.

Bob Blume war mit seinem Beitrag in der Endauswahl zum Mensch-Maschine-Zukunft Preis und hat sich der politischen Kommunikation in der digitalen Welt, bzw. der digitalen Kommunikation in der politischen Welt über die Norton'sche-Metapher des IKEA-Prinzips angenähert. Dies führt Blume dahingehend aus, dass die Öffentlichkeit nicht mehr, wie sie es noch aus prä-digitalen Zeiten gewohnt ist, in eben dieser öffentlichen Arena das Ende von Prozessen präsentiert bekommt. Die digitale Welt ist eine Weiterführung (politischer) Kommunikation und ein Katalysator bestehender sozialer Prozesse und daher maßgeblich durch das Prinzip des Mitmachens konstituiert, was mit der Doppelbindung nach innen/außen insbesondere in der politischen Parteienkommunikation kollidiert.

Werner Bartens erzählt in seiner Polemik von seiner Reise zur im November 2021 im Nebel und in der Pandemie gespenstisch anmutenden Flüeli-Ranft und in die Klausurräume des Tagungshotels Paxmontana. In blitzlichtartiger Form führt er ein Zwiegespräch mit den abwesenden Teilnehmenden, während er parallel die Geschichte von Dr. Data und dem heiligen Datenberg für geneigte Leser:innen skizziert. In beiden nebeneinanderher laufenden Erzählungen wird ein sehr unterschiedlicher und gleichzeitig sich sehr ähnlicher Gegenstand fokussiert, die Bezugnahme. Die erste Bezugnahme ist die der diskursiven Anschlüsse, die mitunter misslingen, wenn Menschen aufeinandertreffen, die zweite Bezugnahme ist die von Menschen zu ihren Daten, die mitunter ebenfalls misslingt. Beide Bezugnahmen sind doch von ähnlichen Wünschen und Vorannahmen und manchmal auch von Selbsttäuschungen geprägt.

Eva Marlene Hausteiner sieht eine stetige Beschleunigung der Digitalisierung in Richtung einer Sackgasse, da die demokratische Politik den Ent-

wicklungen der globalen Player hinterherläuft. Ihre theoretisch-kulturwissenschaftliche Annäherung an dieses bekannte Dilemma ist gerahmt durch die Neujustierung der Frage nach den utopischen Energien, ausgehend von stilbildenden Staatsromanen im 16. und 17. Jahrhundert bis in die Gegenwart. Wie und ob das radikal Wünschbare erreichbar sein kann, wird in ihrem Beitrag „Radikale Netzwerke...“ anhand der Social Media-Plattformen und einer *near-future*-Utopie von Robinsons' *Ministry of Fear* skizziert. Daran wird sichtbar, dass und wie digitale Infrastrukturen und Anwendungen auch so gewendet werden können, dass sie demokratisierend wirken.

Bert te Wildt befragt in einem entwicklungspsychologischen Essay den Zusammenhang zwischen digitalen und demokratischen Reifungskrisen, um eine verloren gegangene Perspektive wieder zu schärfen, die individuelle und kollektive Phänomene aufeinander beziehen und damit zur Analyse und Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse beitragen kann. Durch den entwicklungspsychologischen Blick werden Reifungskrisen der Digitalisierung ausgemacht, mit denen die umfangreichen Veränderungen des noch jungen digitalen Zeitalters produktiv mit Erkenntnissen und Erfahrungen aus Pädagogik und Psychotherapie konfrontiert werden.

Robin Schmidt analysiert die Digitalpolitik von pädagogischer Seite und bringt die Wünsche, die in regelmäßigen Abständen in die neuesten Bildungstechnologien gesetzt werden, mit den tatsächlichen Lerneffekten in Verbindung. In seinem Essay erfahren wir, woher diese Wünsche stammen, wem sie dienen und was der damit einhergehende „Cruel Optimism“ für den tatsächlichen Lernprozess, für die Lehrpersonen und Schüler:innen bedeutet und wie daraus medienpädagogische Entwürfe entstehen. Daraus werden zwei konkrete Forderungen für die digitale Bildungspolitik abgeleitet und vorgestellt.

Referenzen

- Barlow, J. P. (1996). A Declaration of the Independence of Cyberspace, Online: <https://www.eff.org/de/cyberspace-independence> [abgerufen: 21. Februar 2022].
- Berger, P., & Luckmann, T. (2021). *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit*. Fischer [1966].

- Boyer-Dry, M. (2022). Will Rapid Grocery Delivery Change N.Y.C.? Look to Berlin. *New York Times* (11. Februar 2022), Online: <https://www.nytimes.com/2022/02/11/nyregion/gorillas-rapid-delivery-berlin-nyc.html?smid=url-share> [abgerufen: 21. Februar 2022].
- Cadwalladr, C., am 27. Februar 2022: <https://twitter.com/carolecadwalla/status/1498056702511439878>
- Cohen, J. E. (2018). The Biopolitical Public Domain: The Legal Construction of the Surveillance Economy. *Philosophy & Technology* 31(2), 213–233, DOI: 10.1007/s13347-017-0258-2.
- Couldry, N., & Ulises A. M. (2019). Data Colonialism: Rethinking Big Data's Relation to the Contemporary Subject. *Television & New Media*. 20(4), 336–349, DOI: 10.1177/1527476418796632.
- Daub, A. (2020). *What Tech Calls Thinking: An Inquiry into the Intellectual Bedrock of Silicon Valley*. FSG Originals.
- Glanz, B. (2022). Über Krieg in den sozialen Medien. *Phoneurie*, 27. Februar 2022. <https://www.beritglanz.de/phoneurie/> [abgerufen: 28. Februar 2022].
- Gleick, J. (2020). Simulating Democracy. *New York Review of Books*. (8. Oktober 2020) 67(15).
- Kalender, U. (2020). Zählen vs. Erzählen. Gedanken zu Digitalisierung und Bildung. In M. Demantowsky, G. Lauer, R. Schmidt, B. te Wildt (Hrsg.), *Was macht die Digitalisierung mit den Hochschulen* (S. 71–74). DeGruyter. <https://doi.org/10.1515/9783110673265-006>
- Lanier, J. (2018). *Ten Arguments for Deleting your Social Media Accounts Right Now*. Random House.
- Lepore, Jill. (2020). *If Then: How the Simulmatics Corporation Invented the Future*. Liveright Publishing.
- Mead, G. H. (2020). *Geist, Identität und Gesellschaft*. Suhrkamp [1934].
- Séville, A., & Müller P. (2022). Ist Dauerreflexion kommunizierbar? Das Habeck-Paradox. *Merkur* 2/2022, 82–87.
- Srnicek, N. (2016). *Platform Capitalism*. John Wiley & Sons.
- Vogl, J., & Martin B. (2021). Eine neue kapitalistische Ontologie. *Soziopolis* (18. März 2021). <https://www.sociopolis.de/eine-neue-kapitalistische-ontologie.html> [abgerufen: 21. Februar 2022].
- Zuboff, S. (2015). Big Other: Surveillance Capitalism and the Prospects of an Information Civilization. *Journal of Information Technology*. 30(1), 75–89.

Kartographie der Herausforderungen und Chancen



Zehn Thesen zu Digitalisierung und Demokratie

1

Wenn von Digitalisierung und Demokratie die Rede ist, meinen alle etwas anderes.

Digitalisierung verändert die politische Kommunikation, die politische Partizipation und die öffentliche Verwaltung. Das ist unbestritten. Bei genauerem Hinsehen bestehen jedoch so viele Perspektiven auf das Thema Digitalisierung und Demokratie wie es Köpfe gibt. Wie lässt sich „digitale Demokratie“ definieren? Liegt dabei ein einheitliches Demokratie-Verständnis zugrunde – zum Beispiel direkt oder repräsentativ? Gibt es eine konsolidierte Vorstellung davon, ob viel Partizipation der Stimmbevölkerung wünschenswert ist und wenn ja, bitte nur an der Wahlurne oder gerne auch im öffentlichen Diskurs?

Der Koalitionsvertrag 2021 der neuen deutschen Regierung enthält auf 178 Seiten das Wort „digital“ insgesamt 226 Mal. Das ist eine klare Ansage an einen Schwerpunkt im Regierungsprogramm. Wird Deutschland damit tatsächlich signifikant „digitaler“ als in der Merkel-Ära? Falls ja, ist dabei sichergestellt, dass die Digitalisierung Deutschlands positive Effekte auf das demokratische System hat?

Elektronische Rechenvorgänge und Datenbanken haben in der westlichen Welt bereits ab den 1950ern Einzug gehalten – auch im Staatswesen. Ab den 1990ern hat mit dem World Wide Web und seit der Popularisierung von Smartphones „die“ Digitalisierung in der Politik nochmals Fahrt aufgenommen. Websites sind nicht mehr wegzudenken: Parteien, Kandidatinnen, politische Interessengruppen betreiben sie und werben um die Gunst von Wählern. Parteien und politische Verbände experimentieren mit digitalen Beteiligungsmechanismen, E-Voting ist im Gespräch, konnte sich aber noch nicht durchsetzen. Die demokratische Öffentlichkeit verlagert sich zunehmend ins Internet und auf soziale Medien, traditionelle Zeitungsverlage werden zu Multi-media-Unternehmen, aus Leserbriefen werden Online-Kommentare, aus verschwörerischen Untergrundzeitungen werden Telegram-Kanäle. Das Geschäftsmodell eines demokratirelevanten Qualitätsjournalismus‘

ist massiv unter Druck geraten, weil die Silicon-Valley-Konkurrenz auf dem Werbemarkt übermächtig wird.

Einige digitale Technologien sind für demokratische Prozesse hilfreich, andere brauchen erst recht Regulierung, um einer demokratischen Entwicklung dienlich zu sein. Ob, was und wie politisch geregelt werden soll, ist Gegenstand anhaltender politischer Debatten: Digitalwirtschaft und Startups fördern, Monopolstellung von Technologiekonzernen, Schulfach Medien und Informatik, digitaler Jugendmedienschutz, Smart City, Cybersicherheit, Datenschutz, Kryptowährungen, Hatespeech, automatische Gesichtserkennung im öffentlichen Raum, digitales Campaigning, E-Identity, Förderung von Online-Journalismus, E-Voting, Desinformation, Digitalsteuer, Führungsmodelle aus der Software-Branche für die öffentliche Verwaltung (Holacracy).

Die Chancen, Risiken und Baustellen sind zahlreich. Wer aus welchen Gründen welche Aspekte als Chance, als Risiko (oder beides gleichzeitig) einschätzt, hängt von der jeweiligen Perspektive ab. Abbildung 1 (folgende Doppelseite) zeigt eine Vielzahl von Aspekten einer „digitalen Demokratie“ auf und schlägt – ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben – eine thematische Ordnung vor.

2

„Demokratie“ und „Digitalisierung“ sind begriffliche Projektionsflächen.

Das Demokratieverständnis enthält oft weltanschauliche Anteile. Verschiedene Staaten nennen und nannten sich „demokratisch“, die aus einer heutigen westlichen Perspektive als autoritäre Regime zu verstehen sind. Wie demokratisch und frei einzelne Staaten sind, lässt sich quantifizieren, beispielsweise mit dem Freedom House Index, einem Länder-Rating, das in Washington D.C. erstellt wird. Es besteht jedoch auch unter jenen, die sich nach westlichem Verständnis klar zur Demokratie als Staatsform bekennen, keineswegs Einigkeit darüber, wie oft, worüber und wie direkt die Bevölkerung mitzubestimmen habe. Selbst die direkte Demokratie der Schweiz, in der demokratische Partizipation global gesehen sehr ausgeprägt ist, rangiert im Freedom House Index deutlich hinter den skandinavischen Ländern. Zudem kann in der Schweiz jede:r dritte Einwohner:in nicht an nationalen Wahlen und Abstimmungen teilnehmen (rund 14% Minderjährige und 25% ohne Schweizer Pass), was regelmäßig als Argument dient, warum das Land deutlich weniger demokratisch sei als sein Ruf.

Global gesehen zeigt sich, dass ein freier Zugang zum Internet mit einem hohen Wert im Freedom House Index korreliert. Das bedeutet, dass ein Land mit freiem und unzensiertem Internet-Zugang auch politisch demokratischer ist, während Länder mit einem stark überwachten, zensierten und eingeschränkten Netz-Zugang in der Regel autoritär regierte Staaten sind.

Soziale Medien haben einerseits Fantasien einer fünften Gewalt im Staat und einer deliberativen und partizipativen Demokratie beflügelt. Auf der anderen Seite haben sie erst recht die Frage aufgeworfen, wie sinnvoll es für eine gepflegte demokratische Debatte ist, wenn alle mit einem Internet-Zugang per digitalem Megafon die politische Öffentlichkeit beschallen, ungeprüfte Informationen oder bewusst Falschmeldungen verbreiten und Emotionen schüren können. Für viele enthalten Firmen wie Meta (Facebook) und Alphabet (Google) gar eine regelrechte demokratische Zerstörungskraft und sind Sinnbild für den „Überwachungskapitalismus“, wie ihn die Ökonomin Shoshana Zuboff beschreibt.

Die Sicht auf Digitalisierung deckt sich oft mit einer eher optimistischen oder pessimistischen Sicht auf die Welt insgesamt. Anders gesagt: Wie Menschen „die“ Digitalisierung einschätzen, hängt auch stark davon ab, ob sie eher eine rosa Brille tragen oder eher zur Schwarzmalerei neigen (oder etwas dazwischen im Farbspektrum).

Hoffnungsfrohe Menschen betonen jeweils die Möglichkeiten demokratischer Partizipation der Bevölkerung über digitale Tools, E-Collecting, innovative Smart-City-Projekte, Open Government Data und die mobilisierende Kraft von Hashtag-Aktivismus (#BlackLivesMatter, #MeToo, #FridaysForFuture). Sie entwickeln Tools wie Smartvote oder Wahl-Apps, die wie „Tinder“ funktionieren, um dank digitalem Matching mit Kandidierenden mehr Wähler:innen zu mobilisieren. Oder sie nennen Beispiele, wie in autoritären Regimen das Internet zu Demokratisierung geführt habe: indem dank sozialer Medien die Pressezensur habe umgangen werden können und Revolutionen initiiert wurden.

Auf der anderen Seite betonen pessimistische Menschen, dass digitale Technologien vor allem demokratische Gefahren beinhalten: digitale Stimmungsdemokratie, digitale Gräben, die wenig technologisch Versierte gesellschaftlich ausschließen, digitale Massenüberwachung und Social Scoring, psychometrisches Micro-Targeting (die Verbreitung persönlich zugeschnittener politischer Werbebotschaften, was angeblich von Cambridge Analytica praktiziert wurde), Manipulation durch Silicon-Valley-Firmen, Hassrede und unregulierte und demokratisch problema-

Demokratischer Diskurs im digitalen Raum

klassische Medien online, Social Media, digitale Nischenöffentlichkeiten, Civic Tech, Echokammern, Desinformation, Clickbait

Digitale Kommunikation und Dialog

Behörden, Parteien und Politiker:innen zwischen digitaler Verlautbarung, Selbstdarstellung und Dialog

Digitalisierung der Verwaltung

Open Data, digitale Verwaltungsdienstleistungen, digitale Dokumente / Archive, E-Identität, Cybersicherheit, holokratische Verwaltung

Digitale Bürger:innen-Rechte

Privatsphäre, Datenschutz, Persönlichkeitsschutz, Recht auf informationelle Selbstbestimmung

Digitale Wahl- und Abstimmungshilfsmittel

offizielle Abstimmungsapp, Abstimmungsnewsletter, digitale Wahlhilfen wie SmartVote, «Tinder» mit politischen Kandidat:innen

Online-Aktivismus und -Campaigning

digitale Politkampagnen, Hashtag-Aktivismus, Propaganda, Social Bots, psychometrisches Micro-Targeting auf Social Media (Dark Ads)

Abbildung 1 – Thematische Ordnung der Debatte zu „digitaler Demokratie“

E-Voting

sichere digitale
Wahlen und
Abstimmungen

Digitale Kompetenzen

von Politiker:innen,
Behörden, Bürger:innen;
datenbasierte politische
Entscheidungen; digitale
Gräben überbrücken

Smart Cities

E-Partizipation von
Bürger:innen an
städtischen Prozessen,
Open Government Data,
digitaler Schalter

E-Collecting

Sammeln digitaler
Unterschriften für
Volksinitiativen oder
Petitionen

Regulierung der Technologie- Branche und KI

Kartellrecht, Persönlich-
keitsschutz, Regulierung
automatisierter Entschei-
dungssysteme und
künstlicher Intelligenz

Digitale Infrastruktur- und Innovationspolitik

Breitband-Internet, LoRa-
Netze, Startup-Förderung,
Cybersicherheit

tische automatisierte Entscheidungssysteme (z.B. software-gesteuertes Predictive Policing).

Historisch bewanderte, eher nüchterne Menschen betonen, dass jedes neue Medium Demokratisierungsfantasien befähigt und gleichzeitig Untergangsprophezeiungen hervorgerufen hat. Futurist:innen legen den Fokus auf die Chancen und Risiken von künstlicher Intelligenz, Blockchain-Technologien und Quantum Computing.

3

Digitalisierungsdebatten haben oft ein zentrales methodisches Problem: Es fehlt an Vergleichsdaten.

Was und wie verändert sich durch eine zunehmende Digitalisierung in Demokratien tatsächlich? Ist es lediglich alter Wein in neuen Schläuchen oder haben wir es mit einem fundamentalen Leitmedienwechsel zu tun, der wie beim Buchdruck langfristig mit neuen Herrschaftsstrukturen in Verbindung gebracht werden wird? Oder ist die Entwicklung am Ende noch zu jung, um solche Auswirkungen jetzt schon abschätzen zu können? Sind die Partizipationspotenziale des Internets tatsächlich so viel höher oder gab es nicht schon immer eine limitierte öffentliche Aufmerksamkeit? Werden mehr Bürger:innen von vielen gehört, nur weil mehr mitreden können? Oder erhalten vor allem ohnehin mächtige Menschen durch das Internet ein noch größeres Megafon? Haben wir tatsächlich mehr Hass oder Verschwörungsgerüchte und engagierte Menschen – oder sind sie online einfach nur sichtbarer? Sind Revolutionen gegen autoritäre Regime mit Social Media einfacher geworden oder ermöglichen digitale Technologien erst recht Diktaturen und Überwachung?

Viele Argumente, die im Zusammenhang mit Digitalisierung ins Feld geführt werden, lassen sich empirisch kaum überprüfen. Zum einen sind die Auswirkungen technologischer Entwicklungen vielfältig, vielschichtig und widersprüchlich. Zum anderen fehlen entweder eine Kristallkugel für den Blick in die Zukunft oder Daten aus der Vergangenheit, die einen sinnvollen Vergleich mit der gegenwärtigen Situation ermöglichen würden.

4

Technologie ist weder gut noch schlecht, aber auch nicht neutral.

Der Technikhistoriker Melvin Kranzberg hat 1986 die sechs Kranzbergschen Gesetze veröffentlicht. Das erste wird am häufigsten zitiert: „Technik ist weder gut noch schlecht, aber auch nicht neutral.“ Es bleibt eine zentrale Feststellung, dass sich digitale Technologien (auch in Bezug auf Demokratie) an sich weder positiv noch negativ auswirken. Es hängt immer vom jeweiligen Kontext ab, von der Perspektive und von den Absichten des Technologie-Einsatzes. Dieselbe Technologie kann sowohl zur Befreiung wie auch zur Unterdrückung eingesetzt werden.

Wichtig ist der Zusatz: „aber auch nicht neutral“. Dieser besagt, dass der Einsatz von Technik an sich einen Unterschied macht und technologische Voraussetzungen die Auswirkungen mitprägen. Facebook und Google haben oft argumentiert, sie seien „neutral“ und daher weder für Inhalte zuständig noch dafür, wer Anzeigen schaltet. Eine Plattform, die sich jedoch aus Geschäftsinteresse der Internetzensur in bestimmten Ländern beugt, die Verbreitung von Falschnachrichten algorithmisch belohnt, von Propaganda-Anzeigen finanziell profitiert und Aufrufe zum Völkermord stehen lässt, kann politisch kaum neutral sein. Inzwischen greift auch da und dort rechtliche Regulierung trotz intensiven Lobbyings von Technologie-Konzernen in Washington D.C., Brüssel und anderen Macht-Metropolen. So haben europäische Gerichte mit dem „Recht auf Vergessenwerden“ den Persönlichkeitsschutz über das in den USA stets höher gewichtete „First Amendment“ gestellt. Aus US-amerikanischer Sicht bedeutet dieses europäische Gesetz, das sich insbesondere gegen die Suchmaschine Google richtete, Zensur. Facebook sieht sich rechtlichen Regulierungen gegenüber, die hauptsächlich mit Datenschutz, Falschinformationen und Hassrede zu tun haben.

5

Technologie wirkt oft wie eine Lupe, die man auf etwas Vorhandenes hält.

Ein demokratischer Staat mit einem gut funktionierenden Rechts- und Bildungssystem, mit Presse- und Meinungsfreiheit und einer florierenden Wirtschaft profitiert von digitalen Technologien in einem freiheitlichen Sinne: zum Beispiel durch effizientere Verwaltungsprozesse, einen innovativen Digitalsektor, durch digitale Beteiligung von Bürger:innen im demokratischen Diskurs und bei Smart-City-Projekten.

Ein autoritäres Regime erschwert den freien Zugang zum Internet, übt Zensur aus, überwacht Regime-Kritiker:innen und schaltet notfalls das Netz auch einfach mal ab, wenn sich Protestbewegungen formieren. Kurz: Technologie kann Demokratien noch demokratischer machen und autoritäre Staaten noch undemokratischer.

Der Luppen-Effekt ist auch verwandt mit der seit 1970 bekannten Hypothese der wachsenden Wissenskluft. Diese beschreibt eine Art Schere, die sich in einer Gesellschaft öffnet, wenn Wissen über Massenmedien transportiert wird. Bildungsaffine Bevölkerungsteile können demnach über Massenmedien ihr Wissen verglichen mit Menschen aus bildungsferneren Schichten zusätzlich mehren. Dies stellt das demokratische Grundprinzip der freien Information zumindest ansatzweise in Frage.

Mit der zunehmenden Digitalisierung der Massenmedien in den 1990er-Jahren differenzierte sich aus der Diskussion um die Wissenskluft-Hypothese die Debatte um den „Digital Divide“ heraus (auch: digitaler Graben, digitale Kluft). Wer schon vor den digitalen Möglichkeiten gut informiert war, ist vergleichsweise noch besser informiert als jene, die über wenig Ressourcen verfügen.

Die Bekämpfung des „Digital Divide“ ist zu einer wichtigen demokratiepolitischen Frage geworden. Wenig überraschend hatte San Francisco als eine der ersten Städte weltweit eine „Digital Inclusion Strategy“. Wo der technologische Wandel so rasant ist wie in der kalifornischen Bay Area, wirken sich soziale Ungleichheiten im Zugang zu digitalen Technologien sowie im Wissen dazu stark aus. Weiterhin ist knapp die Hälfte der Weltbevölkerung nicht ans Internet angeschlossen und es besteht ein klarer statistischer Zusammenhang zwischen stabilem sowie freiem Internet-Zugang und wirtschaftlicher Prosperität. Digitale Gräben sind somit im Ländervergleich in erster Linie geografisch bedingt. Innerhalb von Staaten sind sie zusätzlich geprägt durch sozio-ökonomische Unterschiede sowie diverses Nutzungsverhalten (bedingt durch Bildungsniveau, Alter, Migrationshintergrund, Geschlecht, Persönlichkeit, Technikaffinität, Behinderung und weitere Variablen).

Ein weiterer demokratierelevanter digitaler Graben ist der sogenannte „Participation Divide“. Der Beteiligungsgraben beschreibt, wie stark sich Menschen (an politischen Debatten) online überhaupt beteiligen. Die bekannte 90-9-1-Faustregel der Online-Partizipation besagt, dass rund 90 Prozent zuschauen, neun Prozent kommentieren, liken und teilen, und nur ein Prozent eigene Inhalte herstellt. Wikipedia ist das vielleicht demokratischste, partizipative Online-Großprojekt. Aber:

80 Prozent aller Wikipedia-Inhalte wurden von einem Prozent der Nutzer:innen verfasst, die hauptsächlich gebildete weiße Männer sind.

6

Aus der Demokratisierung von Publikationsmitteln leitet sich nicht automatisch eine politische Demokratisierung ab.

Eine der faszinierendsten Entwicklungen seit der Popularisierung digitaler Publikationsmöglichkeiten: Das Quasi-Publikationsmonopol großer Medienunternehmen ist gefallen und ermöglicht potenziell allen mit einem Netz-Zugang und etwas technischen Kenntnissen, mit einer Weltöffentlichkeit in Kontakt zu treten. John Perry Barlow verfasste 1996 die Unabhängigkeitserklärung des Cyberspace vom Zugriff durch Regierungen. Ungefähr 15 Jahre lang kursierten danach zahlreiche Thesen zu den Demokratisierungspotenzialen des Internets. Mitte der Nullerjahrzehnte feierten Bücher und Presseartikel Blogs und andere Erscheinungen des „Web 2.0“ als demokratische Heilsbringer: „fünfte Macht im Staat“, „Revolution von unten nach oben“, „mediale Befreiung der Bürger aus der Bevormundung“. Es wurde die Hoffnung geweckt auf mehr demokratische Partizipation, mehr Transparenz und Möglichkeiten, eine allfällige Pressezensur zu umgehen. Auf der anderen Seite standen jedoch auch Mahnungen, dass die Popularisierung des Internets bestehende gesellschaftliche Gräben noch weiter öffnen würde, sowie die Befürchtung, dass durch die Fragmentierung der Informationskanäle die Basis für demokratische Entscheidungsfindung schwinde. In Ländern mit Pressezensur konnten sich Protestbewegungen über soziale Medien bereits damals Gehör verschaffen. Gleichzeitig fanden sich zahlreiche Zeitungsberichte über „Cyberdissident:innen“, die durch ihre digitalen und regimekritischen Proteste in autoritären Staaten umso leichter identifiziert werden konnten und ins Gefängnis geworfen wurden.

Die Hoffnung, dass durch die Untergrubung des Publikationsmonopols klassischer Medien endlich neue und bisher weniger privilegierte Stimmen in der politischen Öffentlichkeit hörbar würden, zerschlug sich mit der Zeit. Es zeigte sich, dass im Kampf um Aufmerksamkeit Faktoren wie Prominenz, Bildungsstand und Geschlecht entscheidend sind. Die Rolle sozialer Medien als Sprachrohr für Bürger:innen musste somit stark relativiert werden.

Man kann festhalten: Es findet ein Demokratisierungsprozess der Publikationstechniken statt. Demokratisierung der Publikationsmittel heißt

jedoch nicht zwingend, dass öffentliche Kommunikation demokratischer wird. Öffentliche Kommunikation hat damit zu tun, wer mit welchen Themen Aufmerksamkeit zu erregen vermag. Auch im digitalen Zeitalter erlangen gestandene Prominente des Polit- und Medienestablishments mehr Aufmerksamkeit als „normalsterbliche“ politische Twitterer und Bürgerinnen, die bloggen oder über Facebook mobilisieren.

Führt Digitalisierung zu mehr Demokratisierung in Form von politischer Partizipation? Wer sich online aktiv einbringt, ist statistisch gesehen auch politisch eher aktiv. Wer jedoch daraus ableitet, dass die aktive Nutzung digitaler Medien zu einem höheren politischen Interesse führt, fällt in die klassische Kausalitätsfalle. Eine Korrelation (gleichzeitiges Auftreten zweier Phänomene) ist keineswegs automatisch auch eine Kausalität (Ursache-Wirkungs-Zusammenhang). Empirische Erkenntnisse deuten darauf hin, dass es sich eher umgekehrt verhält: Interesse an politischer Partizipation steigert das Interesse an digitaler Partizipation.

7

Im Internet verändert sich das demokratierelevante News-Ökosystem grundlegend.

Neben den Mainstream-Medien haben sich online zahllose digitale Nischenöffentlichkeiten gebildet. Auch vor der Popularisierung des Internets gab es „Alternativmedien“, die jedoch in gedruckter Form weder eine annähernd so große potenzielle Reichweite hatten noch in digitaler Schnelligkeit Verbreitung finden konnten.

Bereits in der Zeitungsära zeigte sich: Menschen lesen am ehesten jene Zeitung, die mit ihrer bisherigen Weltsicht möglichst übereinstimmt. Es ist tendenziell anstrengender, sich mit Meinungen und Fakten konfrontiert zu sehen, die nicht bestätigen, was man ohnehin schon dachte. Eine der bekanntesten kognitiven Verzerrungen ist somit auch der Bestätigungsfehler („Confirmation Bias“): Die menschliche Kognition verfügt über die eingebaute Tendenz, dass wir Fakten eher Glauben schenken, die unsere bisherigen Ansichten bekräftigen. Der Bestätigungsfehler wird auch oft als Erklärung beigezogen, warum sich Verschwörungserzählungen in Nischenöffentlichkeiten wie Telegram-Kanälen und einschlägigen Facebook-Gruppen oder auf YouTube rasch verbreiten. Verglichen mit der erwähnten Zeitungsära trägt die digitale soziale Vernetzung sowie die algorithmische Verstärkung wie auf YouTube stärker dazu bei, dass sich Falschinformationen und Verschwörungen verbreiten.

rungserzählungen verbreiten. Zudem findet sich im Netz – im Gegensatz zu einer Zeitung – immer ein Echo dessen, was man gesucht hat.

Auch Propaganda ist keineswegs eine Erfindung des digitalen Zeitalters. Dennoch finden sich mit Social Bots und digitalen Propaganda-Agenturen zeitgemäße Formen internationaler Beeinflussung, wie zum Beispiel die massive russische Einflussnahme auf den US-Präsidentenwahlkampf über Facebook. In manchen Fällen ist die Desinformation noch nicht einmal politisch, sondern durch ökonomische Anreize motiviert. Während desselben Wahlkampfs im Jahr 2016 wurden von Nordmazedonien aus massenweise Fake News in sozialen Netzwerken verbreitet. Auf Webseiten wurden Fake News und Werbung platziert und die Links in zahlreichen Facebook-Gruppen gepostet. Wenn die Fake-News-Webseiten angeklickt wurden, erhielten die Webseitenbetreibenden Geld über die Werbung. Die Fake News über Hillary Clinton wurden auf Facebook besonders oft angeklickt und wurden dadurch algorithmisch belohnt und zusätzlich verbreitet. Diese Beispiele zeigen, wie Desinformation und Fake News auch zu einem demokratischen Problem werden können. Eine andere Problematik besteht darin, dass Social-Media-Plattformen inhaltlich kaum moderiert werden und daher den Anforderungen von journalistischen Kodizes nicht genügen können, beispielsweise der journalistischen Pflicht der Wahrheitssuche, der Trennung von Fakten und Kommentar, der redaktionellen Pflicht, Bilder aus Kriegen, Konflikten und von Unfällen vor der Publikation auf Echtheit und Menschenwürde zu prüfen.

Die Gewaltentrennung in einer Demokratie sieht vier Gewalten vor: Exekutive, Legislative, Judikative, Medien. Eine zentrale Eigenschaft einer Demokratie ist Presse- und Medienfreiheit. Möglicherweise geht die größte Bedrohung der Digitalisierung für Demokratien davon aus, dass das Geschäftsmodell des Qualitätsjournalismus massiv leidet: Ein großer Anteil der Werbung, die einst Journalismus refinanzierte, fließt in Europa inzwischen zu Google und Facebook. Daher muss die Stärkung von demokratierelativem Journalismus – ob von analogem oder digitalem – allen ein zentrales Anliegen sein, die Newsmedien als vierte Macht im Staat für eine Demokratie für unabdingbar halten. Selbstverständlich ergibt sich dadurch ein Konflikt, denn Journalismus in einer Demokratie muss unabhängig sein können. Ob öffentlich-rechtliche Gebühren, Stiftungsgelder, Abonnementsmodelle oder weitere finanzielle Unterstützung: Demokratie braucht unabhängigen Journalismus, der den Aufgaben der vierten Gewalt gewachsen ist.

Der Medienkonsum wird digitaler, aber politische Meinungsbildung wird dadurch nicht radikal anders.

Es ist ein Allgemeinplatz: gedruckte Zeitungen haben schon bessere Zeiten gesehen und die Mediennutzung wird durch alle Bevölkerungsschichten der westlichen Welt messbar digitaler. 2021 lasen laut einer Schätzung des deutschen Marktforschungsunternehmens „Statista Advertising & Media Outlook“ erstmals mehr Menschen in Deutschland Zeitungen und Magazine digital als in gedruckter Form. In Großbritannien hatte Digital bereits 2018 Print überholt, in den USA war es 2019 soweit.

Die Digitalisierung des News-Konsums zeigt sich auch dadurch, dass News zunehmend parallel zu oder auf Social Media genutzt werden. Das Schweizer „Jahrbuch Qualität der Medien“ zeigt auf, dass traditionelle News-Medien einen Bedeutungsverlust erleiden und neue Nutzungs muster entstehen. Auf Social Media ist die Informationsnutzung im Sinne von News von einer untergeordneten Bedeutung. Stattdessen dominieren Nutzungsmotive wie Kontaktpflege, Vernetzung und Unterhaltung. Trotzdem kommen immer mehr Menschen auch auf Social Media mit News-Themen in Berührung. Noch kann nicht abschließend festgestellt werden, ob das Publikum angesichts veränderter Mediennutzungsmuster eindeutig mit weniger hochwertigen News versorgt wird als zu früheren Zeiten. Auch hier fehlen sinnvolle Vergleichszahlen, ob jüngere Menschen vor dem digitalen Zeitalter insgesamt besser oder schlechter über das Weltgeschehen informiert waren.

Zahlen der öffentlich-rechtlichen Organisation „Die Medienanstalten“ zeigen, dass sich das Meinungsbildungsgewicht in Deutschland kaum verschoben hat: Das Fernsehen dominiert massiv vor Tageszeitungen, Radio, Internet und Zeitschriften. TV lebt, und die deutschen Fernsehnachrichten und politischen Talkshows bleiben gegenüber Online-News in Bezug auf politische Meinungsbildung eindeutig in der Pole-Position.

Die politische Entwicklung im Jugend- und jungen Erwachsenenalter ist von vielen Faktoren geprägt. Im Social-Media-Zeitalter wird dabei die Rolle digitaler Medien vermutlich oft etwas überschätzt. So zeigen entwicklungspsychologische Studien, dass erstens die Familie, zweitens die besuchten Bildungsinstitutionen und drittens die Peers (Gleichaltrige) die politische Meinungsbildung am meisten prägen. In der Familie sind die politischen Einstellungen von Familienmitgliedern, der sozio-ökonomische Status sowie das Familienklima relevant, in Bildungsinsti-

tutionen der Schultyp, die Partizipationsmöglichkeiten und politische Diskussionen. Peers prägen mit ihren politischen Einstellungen und der Zugehörigkeit zu bestimmten Jugendkulturen. Alle drei Bereiche sind wiederum vom medialen, gesellschaftlichen und politischen Klima ihres Landes und ihrer Zeit beeinflusst. Der Medienwandel spielt für die politische Meinungsbildung eine Rolle, darf jedoch vor dem Hintergrund komplexer politischer Sozialisation nicht zu stark gewichtet werden. Nur weil jemand auf Social Media mit einer politischen Botschaft in Berührung kommt, verändern sich in der Regel weder die politische Grundhaltung noch unbedingt das Wahl- und Abstimmungsverhalten.

9

Für die Zukunft von Demokratien ist Bildung zentral: Demokratiebildung, Medienbildung und digitale Kompetenzen.

Erst historische und politische Bildung können die Perspektive darauf eröffnen, dass demokratische Staaten keineswegs eine Selbstverständlichkeit sind. Daher braucht es auch im digitalen Zeitalter zunächst ein Verständnis für den Stellenwert der Demokratie und ihrer Vorteile verglichen mit anderen Staatssystemen. Neben Diskussionen am Familientisch kann hier die formale Schulbildung mit zeitgemäßem Geschichtsunterricht und einer partizipativen Schulkultur viel beitragen.

Interessanterweise können gerade digitale Tools wie „Aula“ für Demokratiebildung sehr nützlich sein. Hinter Aula steht die Beteiligungspädagogin Marina Weisband, die als Aushängeschild der deutschen Piratenpartei bekannt wurde. Deren Partei hatte mit dem „liquid democracy“-Ansatz experimentiert: online-basierte partiinterne Entscheidungsfindung. Der Anspruch von Aula ist, Jugendlichen die aktive Mitbestimmung im Alltag mithilfe einer Online-Plattform zu ermöglichen, und damit zugleich demokratische Praktiken und Kompetenzen zu üben.

Neben dem Wissen über Mediensysteme und journalistische Praktiken sind in einer zeitgemäßen Demokratie auch digitale Kompetenzen von zunehmender Relevanz. Das betrifft nicht nur die Aus- und Weiterbildung junger Menschen in technologischen Fragen des gesellschaftlichen Lebens. Im Sinne der Überbrückung digitaler Gräben gilt es, auch digital eher abgeschnittene Menschen einzubeziehen, damit ihnen Möglichkeiten digitaler Verwaltungsdienstleistungen, digitalen Diskurses und weiterer gesellschaftlicher Beteiligung offenstehen – seien dies

Menschen, die aufgrund ihres Alters oder Migrationserfahrungen mit digitalen Technologien nicht vertraut sind oder Menschen mit kognitiven oder körperlichen Behinderungen.

Besonders relevant sind auch Weiterbildungsmöglichkeiten (wie z.B. das Ada Fellowship) für Führungskräfte und Behördenmitglieder, welche datengestützt agieren und neue Technologien regulieren (z.B. automatisierte Entscheidungssysteme) oder über große IT- und Infrastruktur-Projekte entscheiden. Neben einem Grundverständnis für Cybersicherheit und Datenschutz braucht es in Politik und Verwaltung auch eine Sensibilisierung für Innovationskultur und das Produktivitätsparadox der IT. Zu einer zeitgemäßen Demokratie gehören auch digital kompetente Gerichte sowie eine Regelung für die digitale staatliche Archivierung.

10

Eine Demokratie muss nicht möglichst digital sein, sondern eine möglichst funktionsfähige Demokratie im digitalen Zeitalter.

Die Baustellen sind zahlreich. Abbildung 2 zeigt eine Zusammenstellung möglicher digitalpolitischer Schwerpunkte. Je nach Land, je nach politischer Gesinnung, je nach Prioritäten und Präferenzen werden diese ganz unterschiedlich zu gewichten und zu ergänzen sein.

Die größte Gefahr für eine „digitale Demokratie“ ist jedoch nicht ihre mangelnde Digitalisierung. Die größte Gefahr besteht darin, vor lauter Digitalisierung aus den Augen zu verlieren, dass Demokratie keine Selbstverständlichkeit ist. Und dass es sich zum Beispiel bei automatischer Gesichtserkennung im öffentlichen Raum aus demokratischer Sicht eher um zu viel als um zu wenig Digitalisierung handelt. Die Grundlage für Demokratie im digitalen Zeitalter ist somit in erster Linie eine breite Abstützung demokratischer Grundwerte wie Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, freie Wahlen und Abstimmungen, Meinungs- und Pressefreiheit. Es braucht dafür insbesondere einen Fokus auf demokratische Bildung, auf ein Bewusstsein, wozu politischer Extremismus und undemokratische Regime fähig sind. Es braucht Medienbildung, die den Wert von Qualitätsjournalismus und qualitativ sinnvoll geprüfter Informationen ins Zentrum rückt.

Vieles weist darauf hin, dass fast alle Lebensbereiche „digitalisiert“ werden, und so eben auch Politik und Demokratie – sei es nun Verwaltung, Sicherheits-, Bildungs-, Industrie- und Infrastrukturpolitik,

Wahlkampf, Kampagnen, Propaganda, Protest, hochstehende politische Debatten oder Stammtischgespräche. Es geht jedoch nicht darum, Demokratie zu digitalisieren, was das Zeug hält, sondern die Vision einer demokratischen Gesellschaft mit Zukunft in den Fokus zu rücken. Und diese Ziele mit aktuell verfügbaren digitalen Technologien zu unterstützen oder entsprechend zu regulieren. There is no digital democracy. Just democracy in a digital world.

Digitale Infrastruktur

Breitband-Internet für alle, sinnvolle digitale Ausstattung von Schulen, direkte und transparente Kommunikation politischer Informationen

Cybersicherheit

Parlamentsbetrieb, vertrauliche Dokumente und kritische Infrastrukturen sichern, Cyberabwehr, Warnsystem für Cyberattacken

Digital kompetenter Rechtsstaat

Strafverfolgungsbehörden und Gerichte digital fit machen, Ressourcen für Online-Ermittlungen bereitstellen

Digitale Verwaltung

Verwaltungsdienstleistungen digitalisieren, Sicherstellung der Archivierbarkeit digitaler Akten, Open Data

Datenschutz

konsequenter Persönlichkeits- und Datenschutz, ohne dabei Innovation zu verhindern

Regulierung automatisierter Systeme

ethische Implikationen automatisierter Entscheidungssysteme beachten und regulieren

Abbildung 2 – Vorschlag für zeitgemäße digitalpolitische Schwerpunkte

Digitale Bildung und Data Literacy

Aus- und Weiterbildung von Schüler:innen, Lehrpersonen, Politiker:innen, Behördenvertreter:innen, nicht digital affiner Staatsbürger:innen

Demokratische Bildung

Aus- und Weiterbildung von Schüler:innen und Lehrpersonen zu Relevanz von Demokratie, politischer Partizipation, Rechtsstaat, freien Medien

Desinformation und Hatespeech

Verbreitung von Falschinformationen und Verleumdung bekämpfen, Hassrede verfolgen und Plattformen in Verantwortung nehmen

Digitaler Qualitätsjournalismus

demokratierelevanten, unabhängigen und frei zugänglichen Journalismus ermöglichen

Produktivitätsparadox der IT

Kenntnis des Produktivitätsparadoxons der IT, Bewusstsein für finanzielle und personelle Ressourcen bei staatlich finanzierten IT-Projekten

Beteiligung für alle ermöglichen

bei digitaler Bürger:innen-Beteiligung sicherstellen, dass sich auch alle Offliner:innen beteiligen können (digitale Gräben überbrücken)



„A Road to the Future“: Zur Zukunftsfähigkeit von Gesellschaft unter Bedingungen von Unsicherheit und Digitalität

Nicht erst seit der Geburt des Anthropozäns als Begriff für den umfassenden menschlichen Einfluss auf unsere Welt stellt sich die Frage nach der Zukunftsfähigkeit der modernen Gesellschaft. Wie schaffen wir es – persönlich und als Mitglieder einer Gesellschaft – in einem „Zeitalter der Unsicherheit“ unsere Gesellschaft mit ihren Errungenschaften wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit zu erhalten oder tragfähig für eine ungewisse Zukunft zu machen – eine Zukunft, die immer mehr von dem unbekannten und bisher nie dagewesenen Wandel, dem „unprecedented change“ (Zoltan Balthásar Simon), geprägt zu sein scheint? Ist es Aufgabe der Politik, diesen Zustand der Ungewissheit zu mindern und Sicherheiten zu schaffen? Soll Politik Gesellschaft auf das vorbereiten, was nötig ist, um zukunftsfähig zu sein? Und wie viel Ungewissheit braucht diese Zukunftsfähigkeit?

Ein Motor der Unsicherheit wird häufig in der Digitalisierung gesehen – auch wenn nicht immer klar ist, worin dieser Zusammenhang genau besteht. Die voranschreitende Digitalisierung aller gesellschaftlichen Bereiche ist zunächst doch ein Versprechen und keine Drohkulisse der Verunsicherung. Autonom fahrende Autos, Gesichtserkennung, individualisierte Werbung, intelligente Produkte, Spracherkennung und Sprachsteuerung – all diese Phänomene sollen uns das Leben leichter machen, unsere alltäglichen Entscheidungen erleichtern und mehr Teilhabe durch die breitere Verfügbarkeit von Daten und Informationen ermöglichen. Diese „schöne neue Welt“ ist aber längst zum Gegenstand von Kritik und Sorge geworden. Digitale Kommunikationswege und –formen heißt es, fördern *hate speech* und Diskriminierung. Die großen, sogenannten „Internet-Konzerne“ verdienen Geld mit unseren Bewegungsdaten, Shopping-Präferenzen und generellen Nutzer*innen-Daten, ohne immer darauf aufmerksam zu machen, was eigentlich im Hintergrund – im *backend* oder in der *black box* – passiert, wenn Menschen aus Gründen der Bequemlichkeit, aus Zeitgründen oder aus persönlicher Unsicherheit heraus nicht mehr selbst Informationen bewerten, Evidenz hinterfragen und unbequeme Fragen stellen. Und diese

Fragen sollten sich auf eben dieses vermeintliche Versprechen richten, das mit der Digitalisierung verbunden wird: das Versprechen von mehr Teilhabe und mehr Demokratie, von einer besseren Zukunft für alle.

Problemdiagnosen gibt es viele. Roger McNamee hat 2019 ein Buch über „Die Facebook Gefahr“ geschrieben, in dem er beschreibt, „wie Mark Zuckerbergs Schöpfung die Demokratie bedroht“. Die Künstlerin Sandra Sawatzky hat in ihr neues Werk „The Age of Uncertainty“ (Sawatzky, 2021) – ein mehrere Meter langer Wandteppich – der im Stil des Teppichs von Bayeux gestaltet ist, ein Zitat von McNamee aufgenommen: „At this point it is all the rest of us against the 130.000 or so workers of Facebook and Google whose objective it is to hybridize us with machines.“

Ist die Digitalisierung also eine Gefahr für die Demokratie? Steht sie unserer Zukunftsfähigkeit entgegen?

Im Grunde genommen ist das immer noch die falsche Frage. Die Rede von der Digitalisierung als Prozessbegriff suggeriert, dass dieser Prozess aufzuhalten sei oder zumindest keinen Abschluss findet. Tatsächlich leben Gesellschaften aber längst unter den Bedingungen der Digitalität. Die Frage müsste also anders gestellt werden: Wie gestaltet man Demokratie unter den Bedingungen der Digitalität? Und analog dazu: Wie gestaltet man Zukunft unter den Bedingungen der Unsicherheit? Um von der Problemdiagnose zu einem Entwurf, einer Provokation oder gar einer Prognose zu kommen, müssen sich moderne Gesellschaften, Stakeholder und *policy maker* auf den Weg machen und nicht in einer Beschwerdekultur der Bedenkenträger*innen verweilen.

Doch wie sieht sie aus, die Straße in die Zukunft? Welche gesellschaftlichen Prozesse und Phänomene muss ein produktiver Zukunfts-entwurf adressieren, der ausgehend von der Diagnose zu einem Entwurf kommt?

Sawatzky verarbeitet in ihrem Wandteppich „The Age of Uncertainty“ den Einfluss der Technologisierung auf die Gesellschaft und entwirft Szenarien der Hybridisierung von Mensch und Maschine, die auf satirische Weise aufmerksam machen sollen auf solche Prozesse, die scheinbar Unsicherheit verarbeiten, indem man ihr mit digitalen Lösungen begegnet. Gleichzeitig wird mehr Unsicherheit produziert, wenn man sich auf schwer nachvollziehbare Algorithmen und künstliche Intelligenzen verlässt, die unter anderem hinter den beschriebenen technologischen Entwicklungen stehen. Es reicht aber nicht, entstehende oder existierende Phänomene von Unsicherheit zu beschreiben. Es geht

darum, genauer hinzusehen und zu analysieren, wie man Unsicherheit nutzen oder ihr begegnen kann, um zukunftsfähige Gesellschaftsformen zu entwerfen.

Zeitdiagnose: Politik, Demokratie, Digitalisierung

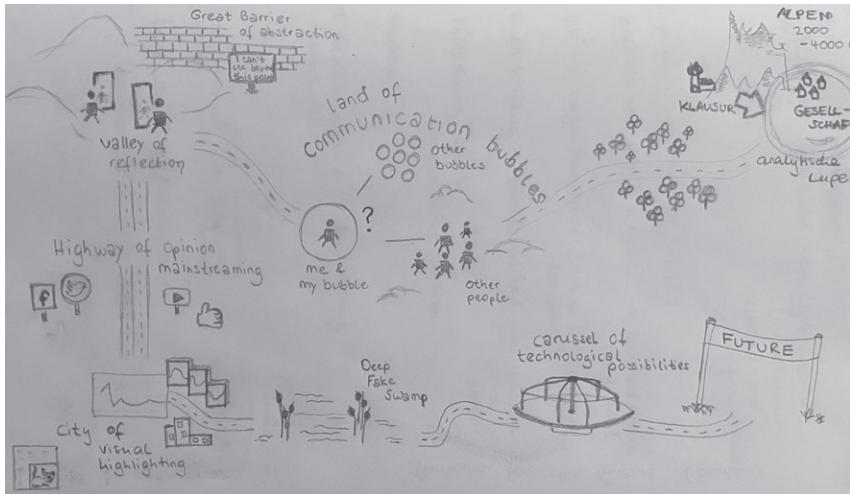
Nicht nur Politikwissenschaftler*innen oder Soziolog*innen beschäftigen sich mit Zeitdiagnosen. Auch und gerade Historiker*innen tun das mit Blick auf vergangene Gesellschaften. Hinter dieser Beschäftigung mit der Vergangenheit steht keineswegs allein das Bedürfnis, eine Vergeschichte aktueller Phänomene zu finden, sondern das Andere der Vergangenheit als eine weitere Möglichkeit für Gesellschaft zu sehen und daraus Parameter abzuleiten, die dabei helfen, zukunftsfähige Szenarien zu erstellen, selbst wenn diese Zukünfte auch der Vergangenheit angehören.

Wenn man sich der Frage zuwenden will, was die Digitalisierung mit der Politik macht, dann muss man die Bereiche identifizieren, in denen die Digitalisierung zur Herausforderung für Politik wird. Das gilt für die Demokratie auf mehreren Ebenen: als Regierungsform, aber auch als Ideal einer Wertegemeinschaft. Man muss aber in diesem Zusammenhang auch herausstellen, dass die Demokratie als Staatsform eine der unsichersten oder ungewissten Formen ist. Demokratie basiert auf Wahlen, deren Ausgang ungewiss sein sollte! Politische Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse sind in einer Demokratie offen und ungewiss und von Teilhabe geprägt. Die Digitalisierung kann die Möglichkeiten zur Partizipation erhöhen, aber ist das auch immer gewünscht? Mit erwünschter Partizipation könnte die informierte und reflektierte Teilhabe an politischen Prozessen gemeint sein, die unsere Gesellschaft gestalten.

Politik, Demokratie und Digitalisierung als verflochtene Prozesse oder Phänomene zu betrachten, hat eine mögliche Karte hervorgebracht, auf der verzeichnet ist, welche „Gebiete“ die Straße in die Zukunft der selbstbestimmten Partizipation durchquert und welche Hindernisse überwunden werden müssen, die von Zeitdiagnosen motiviert sind.

Der Blick richtet sich durch die analytische Lupe von den Alpen, wo die Dießener Klausur 2021 stattfand – also von erhobener Position –, auf eine Landschaft, die von einer Straße durchzogen ist.

Es geht hinab ins Land der *Communication Bubbles*, durch das *Valley of Reflection*, über den *Highway of Opinion Mainstreaming* bis in die *City*



of Visual Highlighting und dann weiter durch den Deep Fake Swamp und über das Carousel of Technological Possibilities hinein in die Zukunft.

Demokratische Partizipation ist in unserer Gesellschaft ein hohes Gut, was aber nichts über die Qualität dieser Partizipation aussagt, denn es gibt kaum Evaluationssysteme, um erfolgreiche Partizipation zu messen, außer den „Erfolg“ der Demokratie selbst. Voraussetzung für politische Partizipation ist Interesse, Abstraktions- und Reflexionsvermögen sowie die Kenntnis um verschiedene Perspektiven, die in einer Sache eingenommen werden können. Es geht also um die Fähigkeit, Standpunkte zu erkennen und einzunehmen, um reflektiert zu argumentieren.

Zurück zur Karte: An manchen Orten ist genau diese Fähigkeit der Perspektivierung ungewiss geworden. Diese Ungewissheit ist zumindest in Teilen eine Konsequenz der Digitalisierung und vor allem der sogenannten „Plattformisierung“ von Kommunikation. McNamee's Diagnose zum Einfluss von Facebook als ein Vorreiter dieser Art von Kommunikationsplattformen beobachtet die Folgen des kommerziellen Interesses der Betreiber: „die Bildung von Filterblasen, die Verbreitung von Falschmeldungen, die manipulativen Aktivitäten russischer Akteure auf der Plattform, die Radikalisierung von Teilen der Bevölkerung oder die Auswirkungen der Manipulation der Gehirne der Nutzer“ (Henkel, 2019). Filterblasen, das Land der *Communication Bubbles*, werden zu einem nahezu geschlossenen Raum, in dem nur der eigene Code die Kommunikation leitet. Dies bietet nicht zuletzt eine Rechtfertigung, auch nur Informationen innerhalb der Blase wahrzunehmen, anzuerkennen und

zur eigenen Argumentation heranzuziehen. Andere Meinungen und Perspektiven werden zu anderen Blasen und abgegrenzten Räumen, deren Partizipator*innen im Sinne einer Wir-Die-Differenz exkludiert werden.

Vom Land der Filterblasen verläuft die Straße ins *Tal der Reflexion* – das Wortspiel ist beabsichtigt. Die Reflexion in den dargestellten Spiegeln behindert den Blick auf andere Perspektiven, und Argumentationen kreisen allein um die eigene Wahrnehmung. Die *große Barriere der Abstraktion* ist unüberwindbar und behindert die Reflexion anderer Standpunkte. Der notwendige Perspektivwechsel bzw. die Anerkennung des Standpunkts anderer Personen wird erschwert durch den Fokus auf Selbstdarstellung und das Absolutsetzen der eigenen Sichtweise. Social-Media Plattformen unterstützen darüber hinaus die Meinungsbildung im Sinne des *opinion mainstreaming*. Likes unter einem Post oder einem Video dienen in unserer digitalen Medienwelt zur Validierung von Informationen. Die Bestätigung durch *peers* ist wichtiger als sachliche Anerkennung. Die digitale Welt wird aktuell vor allem durch Medien und Plattformen bestimmt, die Partizipation zwar propagieren, die Kompetenzen, die für den selbstbestimmten Umgang mit dem Digitalen benötigt werden, aber nicht in gleichem Maße fördern. Über Methoden des *visual highlighting* bis hin zu *deep fakes* wird die verfügbare Technologie insbesondere für den eigenen Profit und politische, manchmal auch populistische Meinungsmache genutzt. Hier braucht es viel mehr gesellschaftliches Bemühen um *Data* und *Digital Literacy*.

Aber ist das eine Einbahnstraße? Was für eine Zukunft erwartet eine Gesellschaft, in der Kommunikation zu Meinung wird und die Anerkennung des Anderen zum Problem?

Als Bürger*innen und als Gesellschaft sollten wir nicht bei der Diagnose stehen bleiben, sondern am Ende dieses Weges eine Fahrt mit dem *Karussell der technologischen Möglichkeiten* wagen. Der Mainstream-Einsatz von digitalen Kommunikationsmedien muss ja nicht der einzige Einsatz bleiben. Wenn wir in einer Gesellschaft leben wollen, die den digitalen Wandel begleitet, statt sich von ihm treiben zu lassen, dann muss auf die Diagnose ein Entwurf folgen. Wenn die demokratische Partizipation ein hohes Gut ist, dann müssen wir die Kompetenzen fördern, die nötig sind, um als selbstbestimmte Bürger*innen zu agieren.

Die Karte identifiziert verschiedene Prozesse, die auf eine bestimmte Art abzulaufen scheinen. Sie kartographiert eine Landschaft, in der die Gesellschaft sich eingerichtet hat und wo vorgefertigte Wege nur schwer zu verlassen sind. Aber sie liefert auch ein Modell für Kommunika-

tionsszenarien, die mit der Unsicherheit anders umgehen, als sie in den scheinbar bequemen Zustand der unreflektierten Akzeptanz zu überführen. Was muss sich also ändern? Oder besser: Wo können wir selbst als selbstbestimmte Bürger*innen die beschriebenen Prozesse begleiten und gestalten, statt sie nur zu beschreiben?

Szenarien für die Zukunft?

Als *Karussell der technologischen Möglichkeiten* hält die Karte oben einen Parameter bereit, der prägend sein sollte für den Entwurf von Szenarien für eine zukunftsfähige Gesellschaft, für eine zukunftsfähige Politik und für eine zukunftsfähige Demokratie. Die gegenwärtige Technologieentwicklung sollte nicht allein als ein zu kontrollierendes und zu regulierendes Phänomen gesehen werden, das Einfluss auf unsere Gesellschaft nimmt. Vielmehr entstehen durch technologische Innovation (hier sind auch und gerade digitale Technologien gemeint) neue Möglichkeitsräume für Zukunftsentrüfungen sowie für die notwendige gesellschaftliche Transformation. Die Verwendung von digitalen Kommunikationstechnologien oder der Einsatz von *Virtual Reality* Anwendungen schaffen solche Möglichkeiten. Die damit verbundenen Herausforderungen der Regulierung von digitalen Räumen sind dabei genauso einflussreich und bringen neue Methoden der Rechtsfindung oder Wissensproduktion hervor, die eine Gesellschaft als Ganzes voranbringen können.

Das Anthropozän als Erdzeitalter, das vom Einfluss des Menschen abhängig ist, ist ein Modell, in dem sich Szenarien dieser Art verorten lassen. Es betrachtet das Erdsystem und den Einfluss des Menschen auf dieses System, indem es neben der Biosphäre oder der Hydrosphäre auch die *Technosphäre* und die *Soziosphäre* in den Blick nimmt. In all diesen Bereichen geschehen Veränderungen, und es sind Szenarien notwendig, die auf diese Veränderungen und die Unsicherheiten, die sie hervorrufen, reagieren bzw. diese einbeziehen müssen, wenn die gesellschaftliche Transformation gelingen soll. Fragen der Demokratie und der Politik fallen in den Bereich der Soziosphäre, Fragen der Digitalisierung und Technologieentwicklung in den der Technosphäre. Entscheidend ist – aus geisteswissenschaftlicher und gesellschaftswissenschaftlicher Perspektive – die Interaktionen der Sozio- und Technosphäre zu adressieren und dort Szenarien zu entwerfen.

Ausgehend von der Zeitdiagnose anhand der abgebildeten Karte, folgen die ersten beiden Szenarien der Einschätzung, dass Digitalität

und Technologie Unsicherheiten produzieren, mit denen Gesellschaften aktuell nicht gut umgehen können.

Szenario 1: Das Tor-Netzwerk

Seit 2002 gibt es TOR (The Onion Router), entwickelt von Roger Dingledine und Nick Mathewson – ein Overlay-Netzwerk zur Anonymisierung von Verbindungsdaten, das zu eher trauriger Berühmtheit gelangt ist, weil es das sogenannte *Darknet* ermöglicht. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik betont dagegen sehr deutlich die Ambiguität, die das Verschlüsseln der Verbindungsdaten in diesem Bereich des Internets mit sich bringt (BSIBund, 2022). Wenn man so will, erreicht man über den TOR-Browser einen Bereich, in dem Freiheit und Ungewissheit sowie Anonymität und Schutzbedürfnis verschiedenster Gruppen der Gesellschaft auf ein als allgemeines Gut postulierte Sicherheitsbedürfnis anderer Gruppen treffen. Was verschlüsselte Kommunikation und damit beispielsweise Zeugenschutz und Whistleblowing erlaubt, wird in eine zwielichtige, dunkle Ecke gestellt, weil es im Gegensatz zu diesen hehren Zielen auch Verschleierungen und Kriminalität ermöglicht. Es geht also um ein Kommunikationsszenario, das insbesondere auf die freie Rede und den Schutz von Personendaten abzielt – Werte, die in unserer rechtsstaatlichen Demokratie sogar in der Verfassung, mindestens aber in Datenschutzverordnungen zugesichert werden. Gleichzeitig wird die Technologie, die das ermöglicht, aufgrund ihres Missbrauchs zu einem negativen Faktor, weil sie Räume schafft, die sich der Kontrolle der Mehrheit entziehen. In der Technosphäre entstehen also neue Arten von Einflussfaktoren, die im Bereich der Soziosphäre verhandelt werden und auch hier Einfluss haben. Digitalität und Ungewissheit sind Parameter des Szenarios – genauso wie der Grad der Partizipation, die Gruppe der Akteur*innen, die Offenheit des Systems oder die Ungewissheit im Umgang mit den verschiedenen Ebenen des Internets (von Clear Web über Deep Web bis Darknet).

Szenario 2: Telegram

Der Messengerdienst Telegram bietet ein ähnliches Szenario an. Hier geht es noch zentraler um Kommunikation – ähnlich, wie es in der Karte oben angedacht ist. Aber es geht auch um Verschlüsselung und Schutz,

die beide ein hohes Maß an Freiheit und damit Ungewissheit (also Regulierungsfreiheit) mit sich bringen. Auf Telegram können Gruppen beobachtet werden, die diese Freiheit nutzen, um alternative Informationsnetzwerke zu klassischen Medien zu bilden, Verschwörungsmythen zu platzieren und (soziale) Bewegungen zu inszenieren. Telegram verbindet Kommunikation in der eigenen Filterblase mit öffentlichen Kommunikationsformen (Nobari et al. 2021). Auf diese Weise verbindet es die eigene Blase mit Medien des *Highway of Opinion Mainstreaming*.

Die Ungewissheit, die durch alternative Informationsnetzwerke entsteht, kann dann strategisch eingesetzt werden. Manche würden sagen, dass diese Konstellationen Radikalisierungsszenarien befördern und Diskussionen weiter polarisieren. Intendierte Freiheit in der Kommunikation wird dann zu einem Ungewissheitsgenerator, der Einfluss auf die Soziosphäre nimmt.

Technologische Innovationen, die Einfluss auf die Organisationsformen von Gesellschaft haben, beginnen nicht erst mit der Digitalisierung. Folgt man dem Modell der aufeinander bezogenen Techno- und Soziosphäre, dann sind insbesondere Szenarien interessant, die unter nicht-digitalen Bedingungen von diesen Berührungs punkten und Über schneidungen der beiden Sphären zeugen.

Szenario 3: Geschichte der Straßenbeleuchtung

Bis ins 17. Jahrhundert blieb selbst Paris nachts dunkel. 1667 ließ der neu ernannte Pariser Polizeipräsident nachts in der Stadt Kerzen entzünden, um die Straßen sicherer zu machen. Die Patentierung der Gasheizlampe 1799, ebenfalls in Frankreich, ermöglichte die flächen deckende Beleuchtung von Großstädten. 1826 wurden die ersten Gaslaternen in Berlin Unter den Linden aufgestellt. Heute ist die Straßenbeleuchtung aus unserer modernen Welt nicht mehr wegzudenken. Was als Innovation zur Erhöhung der Sicherheit in der Stadt begann, ist heute ein Umweltfaktor geworden und wird als ein wesentliches Element der Lichtverschmutzung diskutiert. Dabei geht es nicht allein um die Straßenbeleuchtung, sondern auch um Werbetafeln oder andere Formen der Beleuchtung. Die Interaktion zwischen Techno- und Soziosphäre in dieser Geschichte ist je nach historischen Bedingungen sehr unterschiedlich zu bewerten. Die wechselseitigen Effekte sind jeweils gegeben. Die Szenarien haben die gleichen Parameter, die aber je unterschiedlich belegt oder bemessen werden. Beschrieben wird je eine Situation in

der Stadt, die mit dem Management von Unsicherheit zu tun hat. Die Maßnahmen sind vergleichbar: Sie alle zielen auf Straßenbeleuchtung. Die Effekte sind unterschiedlich, zumindest in dem Maße, in dem sie auf die nicht-soziale Umwelt wirken. Historische Perspektiven können das Design der Szenarien verbessern, Daten zur Verfügung stellen und insbesondere den situativen Nutzen von Ungewissheit herausstellen.

Es soll aber nicht allein um Kontinuitäten gehen, sondern vor allem um Szenarien, die zur Gestaltung einer zukunftsfähigen Gesellschaft geeignet sind.

Zukunftsentwürfe: Virtuelle Wissensräume

Demokratie und Partizipation brauchen mündige Bürger*innen, Menschen, die sich um die Perspektiven und Bedürfnisse anderer kümmern und sich in diesem Sinne an politischen Prozessen beteiligen. Digitale Kommunikationsmedien schaffen virtuelle Räume, Beziehungen und Konstellationen, die in der Gegenwartsdiagnose dieses Potential vielleicht noch nicht ausschöpfen. Aber die Technosphäre wird inzwischen von ganz anderen Medien als von sozialen Plattformen allein gestaltet. *Virtual* und *Augmented Realities* sind ein weiterer Faktor geworden, in dem die Beziehungen zwischen Technosphäre und Soziosphäre viel unmittelbarer erfahrbar sind. Die Interaktion in einer virtuellen Umwelt erlaubt das Erleben des Klimawandels oder das Reisen in historische wie fiktive Welten. Die Erfahrung, an einem „anderen“ Ort zu sein und dort „tatsächlich“ zu interagieren, ist das, was dieses neue Medium auszeichnet. Man nimmt nahezu physisch eine andere Perspektive ein oder kann – wie in einem Labor – mit Daten und Visualisierungen experimentieren. In einem solchen Labor kann ein Szenario entstehen, das allein darauf ausgelegt ist, die Perspektivgebundenheit von Informationen, Erzählungen, Diskursen und Mythen aufzuzeigen und durch eigenes Handeln erfahrbar zu machen. So entsteht beispielsweise ein virtueller Wissensraum, der auf den Daten der DBpedia (DBpedia, 2022) beruht, aber diese zur Konstruktion eigener Wissenswelten zur Verfügung stellt. An dieser Schnittstelle zwischen der Technosphäre und der Soziosphäre entsteht ein Möglichkeitsraum, der die Voraussetzung für den Erhalt der politischen Partizipation und den Umgang mit Ungewissheit zur Verfügung stellt: das Erkennen der eigenen Perspektivgebundenheit und das Anerkennen der Perspektiven anderer (BMBF-Projekt eTaRDiS).

Diese drei Szenarien oben und auch der vorgestellte Entwurf haben alle gemeinsam, dass sie auf die Schnittstellen und Berührungspunkte zwischen Soziosphäre und Technosphäre fokussieren und mit den entstehenden Wechselwirkungen von Ungewissheit (Unsicherheit) und Gewissheit (Sicherheit) umgehen. Außerdem sind sie alle von Beschleunigung und Anachronismen geprägt, die entstehen, wenn eine rasante technologische Entwicklung auf soziale Beharrungskräfte trifft, wenn die Wahrnehmung von Fortschritt auf das Bedürfnis nach Sicherheit und Regulierung trifft, wenn Ungewissheit zu einer produktiven Größe im Modell wird.

Die Betrachtung von (historischen) Szenarien erlaubt den Blick auf verschiedene Einflussfaktoren, die für eine gesellschaftliche Transformation adressiert werden müssen. Digitalität und Demokratie reagieren auf Unsicherheit, produzieren diese aber auch. Sie ist notwendiger Teil einer demokratischen Gesellschaft. Unsicherheit als Faktor und Phänomen in die Szenarien der Transformation aufzunehmen, eröffnet Möglichkeitsräume und Handlungsspielräume, die für den Erhalt der Demokratie sowie eine funktionierende politische Partizipation notwendig sind.

Referenzen

- BMBF-Projekt eTaRDiS. (2022). Exploration Temporaler und Räumlicher Daten in immersiven Szenarien, Universität Bielefeld, Technische Universität Dortmund. <https://digital-history.uni-bielefeld.de/etardis/> [abgerufen: 24. Februar 2022].
- BSIBund. (2022). Darknet und Deep Web – wir bringen Licht ins Dunkel, Was ist das Darknet und worauf sollte man achten? https://www.bsi.bund.de/DE/Themen/Verbraucherinnen-und-Verbraucher/Informationen-und-Empfehlungen/Darknet-und-Deep-Web/darknet-und-deep-web_node.html [abgerufen: 13. März 2022].
- DBpedia. (2022). Global and Unified Accesss to Knowledge Graphs. <https://www.dbpedia.org/> [abgerufen: 24. Februar 2022].
- Henkel, C. H. (2019). Ein millionenschwerer Rocker rechnet mit Facebook ab. *Neue Zürcher Zeitung* (04. April 2019). <https://www.nzz.ch/feuilleton/facebook-roger-mcnamee-der-millionenschwere-rocker-rechnet-ab-id.1470172> [abgerufen: 24. Februar 2022].
- Nobari, A. D. et al. (2021). Characteristics of viral messages on Telegram; The Worlds's largest hybrid public and private messenger. *Expert Systems with Applications*. 168 (114303). <https://doi.org/10.1016/j.eswa.2020.114303> [abgerufen: 25. Februar 2022].
- Sawatzky, S. (2021). The Age of Uncertainty. <https://www.theblackgoldtapestry.com/ageofuncertainty> [abgerufen: 24. Februar 2022].



Digitale Demokratie und nun ...? – Eine Utopie der digitalisierten Demokratie

Die derzeitige Diskussion um die Digitalisierung dreht sich vor allem um die von ihr ausgehenden Gefahren für die Demokratie. Themen wie Falschinformationen, Hassrede, sowie die Polarisierung der politischen Diskussion im Internet werden von den Medien oft aufgegriffen und diskutiert. Solche Negativbeispiele zeigen uns die Notwendigkeit, den Herausforderungen der Digitalisierung zu begegnen und deren Entwicklung demokratisch zu steuern. Vor allem die Kommerzialisierung des Internets durch die großen Plattformen und der Ausbau von Überwachungsmöglichkeiten können die freie Meinungsbildung beeinflussen und die Privatsphäre gefährden. Ebenso beunruhigt das Eingreifen undemokratischer Akteure wie zum Beispiel der russischen Regierung in politische Diskussionen oder die Wahlen eines Landes (Thiel, 2014). Die Diskussion solcher Negativbeispiele und die damit verbundenen Befürchtungen sind eine legitime Reaktion auf die schnellen technologischen Entwicklungen, deren Folgen schwer abzuschätzen sind. Sie verdeutlichen, dass demokratische Ideale durch die Digitalisierung gefährdet werden und daher aktiv geschützt werden müssen. Die aktuellen Diskussionen rund um die Regulierung von Internetanbietern, Suchmaschinen und sozialen Netzwerken sind dafür beispielhaft (Bostoen, 2018).

Dagegen sind viele Szenarien, die die Öffentlichkeit als neue Realität ansieht, stark vereinfachte Darstellungen dessen, was sich tatsächlich im Internet abspielt und in dieser Form wissenschaftlich nicht in der Deutlichkeit und Stärke nachzuweisen. Ein Beispiel dafür sind die häufig zitierten „Echokammern“, womit man geschlossene Gruppen im Internet bezeichnet, in denen ideologisch extreme Positionen geteilt, bestätigt und damit verstärkt werden (Bail, 2021). Die aktuelle Forschung zur Entstehung von Echokammern zeigt zwar, dass die Beteiligten sich in den sozialen Medien intensiv mit politischen Inhalten befassen und nur begrenzt politische Inhalte außerhalb ihrer Echokammern konsumieren, aber auch, dass diese bereits vorher starke ideologische Überzeugungen hegten (Barberá, 2020; Boulian, Koc-Michalska & Bimber 2020; Geiß et al. 2021). Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass die Mehrheit

der Internetnutzer*innen mit moderaten politischen Einstellungen mit einer geringen Wahrscheinlichkeit in eine Echokammer geraten; ebenso konnte gezeigt werden, dass auch Echokammern ihre Nutzer*innen nicht vollständig vom öffentlichen Diskurs isolieren (Geiß et al., 2021). Somit kann derzeit nicht bestätigt werden, dass das Internet und die sozialen Medien Polarisierung (Ferguson, 2021) oder Populismus unverhältnismäßig verstärken. Soziale Medien wie Facebook führen nicht zu einer unzensierten Kommunikation zwischen populistischen Führungs-persönlichkeiten und Bürger*innen, sie stellen einfach neue Formen der Kommunikation dar (Moffitt, 2018).

Die Meinungsbreite der durch das Internet vermittelten Informationen ist nicht geringer als die Meinungsbreite an Informationen, die durch traditionelle Medien konsumiert werden. Mediennutzer*innen verfügen über eine große Angebotsvielfalt und wenden sich weg von den traditionellen Medien hin zu internetbasierten Medien wie sozialen Medien und Netzpublikationen wie Blogs und Online-Zeitschriften. Die algorithmisch basierte und intransparente Form der Medienauswahl in den sozialen Medien wird oft als Beweis dafür angeführt, dass Nutzer*innen nur eine sehr verminderte Auswahl an Medien konsumieren. Dies kann jedoch empirisch widerlegt werden: soziale Medien und Suchmaschinen veranlassen Internetnutzer*innen zu einer breiter gefächerten Mediennutzung als jene von Nutzer*innen traditioneller Medien (Dubois & Blank, 2018; Fletcher & Nielsen, 2018a). Durch Prozesse wie dem „zufälligen Ausgesetztsein“ („*incidental exposure*“) und dem „automatisierten Zufall“ („*automated serendipity*“) (Fletcher & Nielsen, 2018b) gelangen Nutzer*innen im Internet und den sozialen Medien zu diverseren Informationsquellen, als wenn sie traditionelle Medien wie Zeitung, Radio und TV nutzen.

Der Fokus auf die Nachteile der Digitalisierung verursacht eine „moral panic“ (Jungherr & Schroeder, 2021). Häufig wird einzig die Ablehnung gegen die Technologie als Alternative zu einer dystopischen Zukunft dargestellt, statt zu beleuchten, welche demokratischen Mittel es zur Kontrolle der Digitalisierung gibt und aufzuzeigen, wie diese Kontrolle umgesetzt werden könnte. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts war dies genau umgekehrt: einige Internet-Aktivist*innen gingen davon aus, dass das World Wide Web oder der „Cyberspace“ einen Raum darstellt, in dem sich Individuen freiwillig zusammenschließen um unabhängig von Kontrolle staatlicher Institutionen eine neue „Zivilisation des Geistes“ zu begründen. Nach der Vorstellung der Aktivist*innen existieren in einer solchen Zivilisation keine Vorteile oder Vorurteile be-

züglich Rasse, Status, Herkunft oder militärischer Macht und die Meinungsfreiheit wird als höchstes und wichtigstes Gut angesehen (Barlow, 2016). Solche Vorstellungen wurden bereits wenige Jahre später als naiv abgetan (Goldsmith & Wu, 2006). Dennoch haben Utopien das Potenzial, Handlungsansätze für eine Veränderung des Status Quo und damit der Zukunft zu liefern (Thiel, 2014).

Im folgenden Teil möchten wir einige positive Entwicklungen darlegen, die in den letzten 20 Jahren rund um die Digitalisierung zu beobachten waren. Wir nehmen diese Entwicklungen als Ausgangspunkt, um eine Utopie zu skizzieren, in der die Chancen der Digitalisierung für die Demokratie betont werden. Wir gehen nicht davon aus, dass die hier skizzierte Utopie eintreten wird, eine solche Lesart wäre ebenso deterministisch wie das vorher beschriebene Gegenteil. Vielmehr betonen wir, dass die hier genannten technologischen Entwicklungen, sofern sie demokratisch legitim eingesetzt werden, der Demokratie als Instrumente dienen können, um inklusiver und transparenter zu werden. Wir argumentieren, dass das Internet eine neue Form von Öffentlichkeit schaffen kann, die den Informationsaustausch zwischen verschiedenen Akteuren vereinfacht, das kollektive Handeln begünstigt und die Teilnahme an politischen Entscheidungsfindungsprozessen erleichtert.

Das Internet ermöglicht den Zugang zu politischer Information und die Teilnahme am politischen Austausch auf globaler Ebene. Die Struktur der Kommunikation mit den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) ermöglicht es, dass sich alle mit allen austauschen können. Dies beeinflusst vor allem die Medienlandschaft. In den letzten Jahren verloren traditionelle Medien an Bedeutung und stehen nun mit digitalen Medien in Konkurrenz, wodurch sie ihr Geschäftsmodell anpassen mussten (Nielsen & Fletcher, 2020). Informationen werden schneller bereitgestellt und verteilt, Privatpersonen können durch ihre Online-Präsenz direkt auf die Berichterstattung reagieren und auf Themen aufmerksam machen. So bindet das Internet die politische Elite, Journalist*innen und das Publikum näher zusammen. Auch wenn diese Veränderungen die bisherigen Machtstrukturen in der Medienlandschaft nicht grundlegend verändert haben, ermöglicht das Internet, dass politische Organisationen, Bewegungen oder Personen ihre Anliegen direkt mit der Öffentlichkeit teilen können, ohne von den traditionellen Medien abhängig zu sein. Ein Beispiel dafür sind Politiker*innen, die auch in sozialen Medien ihr öffentliches Profil pflegen, mit ihren Wähler*innen kommunizieren und so einen authentischen

und lebensnahen Einblick in ihre Tätigkeit geben können. Tatsächlich wird diese direkte Form der Kommunikation von Wähler*innen geschätzt und führt zu mehr Interesse und Wählerstimmen (Elvestad & Johannessen, 2017; Kruikemeier, van Noort, Vliegenthart, & de Vreese, 2013). Die Qualität dieser Kommunikation zwischen Bürger*innen und ihren Vertreter*innen muss dabei keineswegs oberflächlich sein: so kann empirisch und in Umfrageexperimenten gezeigt werden, dass Bürger*innen politikorientierte Tweets von Politiker*innen sehr schätzen, während Tweets über Alltägliches und Privates auf deutlich weniger Interesse stoßen (Giger, Bailer, Sutter, & Turner-Zwinkels, 2021). Ebenso bieten soziale Medien Politikerinnen die Möglichkeit, ihr Selbstbild eigenständig ohne den Filter der traditionellen Medien zu gestalten (Gainous & Wagner, 2013) und damit die traditionellen Medien zu umgehen, die häufig noch Klischees und klassische Rollenmodelle bedienen (Van der Pas & Aaldering, 2020). Auch können Politikerinnen zum Beispiel ihren interaktiveren Kommunikationsstil mit Wähler*innen in den sozialen Medien leichter anderen zugänglich machen und sie daran teilhaben lassen (Evans, Cordova, & Sipole, 2014; Meeks, 2017), so dass Repräsentation und Kommunikation zwischen Wählenden und Gewählten transparenter und öffentlicher wird.

Ähnlich tragen die sozialen Medien zur Mobilisierung für politische Anliegen bei und ermöglichen die Initialisierung von Protesten und das Entstehen von sozialen Bewegungen, wie beispielsweise die „Occupy Wall Street“-Proteste 2011, die „Fridays for Future“-Bewegung und andere Protestgruppen (Earl, 2018). Die sozialen Medien erleichtern nicht nur die Organisation von sozialen Bewegungen, sondern bewirken auch, dass neue Themen in den gesellschaftlichen Diskurs gelangen: Im Januar 2013 erschien im Magazin „Der Spiegel“ ein Artikel einer Journalistin, in dem sie das sexuell übergriffige Verhalten von Rainer Brüderle, des damaligen Spitzenkandidaten der FDP, beschrieb. Darauf posteten Nicole von Horst und Anne Wizorek unter #aufschrei eigene Erfahrungen mit dem aufdringlichen oder übergriffigen Verhalten einiger Männer auf Twitter, womit sie in den sozialen und traditionellen Medien eine Debatte über Sexismus und Frauenfeindlichkeit auslösten (Warner & Ulrich, 2015). Vier Jahre später formierte sich in den Vereinigten Staaten eine ähnliche Bewegung: Am 17. Oktober 2017 beschuldigte die Schauspielerin Alyssa Milano den Filmproduzenten Harvey Weinstein öffentlich des sexuellen Missbrauchs. In der folgenden Woche stiegen die Google-Suchen mit den Worten „sexual“ und „ha-

rassment“ oder „assault“ um 87 % an, verglichen mit dem wöchentlichen Durchschnitt der 13 vergangenen Jahre (Caputi, Nobles & Ayers, 2019). Dies illustriert, dass dieses Anliegen erfolgreich über soziale Medien die öffentliche Wahrnehmung beeinflusste.

Neben der Möglichkeit, die Themensetzung zu beeinflussen, fördern die sozialen Medien alternative Formen der politischen Partizipation. Online-Aktivismus sollte als neue Form des politischen Engagements anerkannt werden (Earl & Kimport, 2011). Soziale Medien eignen sich vor allem für die Organisation von einzelnen Aktionen, die auf ein spezifisches Anliegen abzielen; die Hackergruppe „Anonymous“ ist ein Beispiel für solche „flash organizations“ (Beyer, 2014). Aktives Engagement in einer Online-Bewegung nimmt im Vergleich zu analogen Formen von Engagement nicht dieselbe Zeit und Energie in Anspruch und kann einfacher mit anderen täglichen Tätigkeiten vereinbart werden. Gleichzeitig zeigen diverse Studien, dass die Beschäftigung mit politischen Inhalten im Netz motiviert, diese Anliegen außerhalb des Netzes zu unterstützen: so sind Personen, die ein Anliegen online unterstützen, eher bereit, an einer Diskussion zum Thema teilzunehmen, eine Petition zu unterschreiben (Schumann & Klein, 2015), oder die Regierung zu kontaktieren (Lee & Hsieh, 2013). Vor allem jüngere Bürger*innen nutzen das Internet, um sich und andere über Wahlen und Kampagnen zu informieren und an sozialen Bewegungen oder verschiedenen politischen Aktionen teilzunehmen. Auch wenn sich diese Generation weniger für institutionalisierte Formen der Politik – wie zum Beispiel Parteipolitik – interessiert, engagieren sich viele Jugendliche politisch, indem sie recyceln, umweltbewusst einkaufen und boykottieren oder Geld spenden (Harris, Wyn & Younes, 2010). Daher ist anzunehmen, dass jüngere Menschen durch die Teilhabe via Internet grundsätzlich andere „civic skills“ erwerben als die älteren Generationen, was wiederum einen Einfluss auf die Gestaltung und Handlungsweise in politischen Institutionen haben kann (Ohme, 2019).

Das Internet hat auch die Funktionsweise von traditionellen Institutionen verändert: Beispiel dafür ist die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung (E-Government), Smart City-Initiativen oder digitale Parteien. Der Einsatz von zweckangepassten Plattformen ermöglicht es, dass Bürger*innen, Einwohner*innen oder Parteimitglieder Einfluss auf Entscheidungen nehmen können, von denen sie bisher ausgeschlossen waren, wodurch sie eine aktive Rolle in der Gestaltung dieser Institutionen einnehmen können. Die Smart City-Initiative „Decidim“ in Barcelona versteht sich selbst als ein öffentliches politisches Netzwerk,

in dem Einwohner*innen die Möglichkeit haben, Vorschläge für die Entwicklung der Stadt einzureichen, zu diskutieren und darüber abzustimmen. Ein ausdrückliches Ziel dieser Plattform ist es, den politischen Prozess für alle Teilnehmenden so verständlich, transparent und zugänglich wie möglich zu gestalten (Decidim Barcelona, n.d.). Ursprünglich wurde „Decidim“ dafür entwickelt, den Einwohner*innen Barcelonas ein Mitspracherecht in der Neuplanung sechs verschiedener Stadtteile zu ermöglichen. An diesem „Municipal Action Plan“ nahmen von 2016 bis 2018 insgesamt 39.000 Personen teil; über 10.000 Teilnehmer*innen reichten Vorschläge ein, von denen etwa 70% angenommen wurden (International Observatory on Participatory Democracy n.d.). Die meisten Projekte zielen darauf ab, den Klimawandel zu bekämpfen und die Luft- und Lebensqualität in der Stadt zu verbessern, alle Projekte sind auf die Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (SDGs) ausgerichtet (Fraisl et al., 2020).

Häufige Bedenken gegenüber solchen Projekten betreffen die großen Mengen an Daten, welche gesammelt, gespeichert und analysiert werden können. Die Fähigkeit, verschiedene Prozesse zu messen, eröffnet die Möglichkeit der „algorithmic governance“, also eine von Algorithmen gesteuerte Art des Regierens, die interne Prozesse vorhersagt, Beziehungen zwischen Akteur*innen formalisiert und es somit ermöglicht, dezentralisierte Entscheidungen zu treffen (DuPont, 2017). Seit dem Beginn dieser Entwicklung fragen sich Forschende, ob die Erhältlichkeit von Daten die soziale Kontrolle durch den Staat oder private Firmen erhöhen wird (Costa & Duran-Faundez, 2018). Barcelona sieht Daten als Teil der öffentlichen Infrastruktur, die Software der Plattform „Decidim“ war daher von Anfang an öffentlich zugänglich.

Basierend auf diesen Überlegungen könnte man sich einige utopische Ideen vorstellen, wie politische Information, Kommunikation, Partizipation und Repräsentation in Zukunft aussehen könnten:

- In einer digitalisierten Demokratie ist der Zugriff auf verschiedenen, auch öffentlichen Plattformen möglichst barrierefrei, kostenlos und setzt nur ein Mindestmaß an technologischem Wissen voraus.
- Der Quellcode der Plattformen ist öffentlich, so dass ihre Funktionsweise transparent ist.
- Die Plattformen tragen zum Gemeinwohl bei und sind nicht gewinnorientiert: Die Benutzung der Plattformen zielt nicht darauf ab, dass Nutzer*innen möglichst viel Zeit darauf verbringen, schädliche Inhalte und Werbung werden transparent reguliert.

- In einer digitalisierten Demokratie sollten Bürger*innen die Möglichkeit haben, von einer ausgewogenen und vielfältigen Medienlandschaft zu profitieren. Transparente Algorithmen schlagen vor, wie die Nutzer*innen ihre Mediennutzung erweitern und vertiefen könnten.
- In Gemeinschaftsräumen (sogenannten „community spaces“) können Bürger*innen über politische Themen diskutieren und Fragen stellen. Diese Diskussionen werden sowohl von Algorithmen als auch von Personen moderiert, Hassrede wird gefiltert und ein konstruktiver Austausch wird gestärkt. Die „community spaces“ würden so Anlass geben, auch interpersonelle Kontakte zu pflegen und sich nicht nur virtuell auszutauschen.
- Auch Politiker*innen könnten über diese Plattformen oder in den „community spaces“ mit Bürger*innen auf verschiedenen Ebenen im Dialog stehen. Ein „democratic track record“ zeigt an, wie viele Vorschläge und Wahlversprechen die Politiker*innen bereits umgesetzt haben, wie sie eine Nicht-Umsetzung begründen, wie ihre Kalender aussehen, um ablesen zu können mit welchen Interessengruppenvertreter*innen sie gesprochen haben, wie viel Zeit sie mit Bürger*innen verbracht haben.
- Bürger*innen könnten sich austauschen, organisieren und gemeinsam für ihre Interessen einsetzen. Bürger*innen haben die Möglichkeit, Projekte für die Stadtplanung ihres Wohnorts zu erarbeiten und über diese abzustimmen, wobei sie ein Mitspracherecht in der Verwaltung und Weiterentwicklung ihres Wohnorts erhalten.

Neben den möglichen Bedrohungen, die die Digitalisierung für die Demokratie birgt und die diskussionswürdig sind, sollten auch diese optimistischen Szenarien weitergedacht, erforscht und diskutiert werden.

Referenzen

- Bail, C. (2021). *Breaking the Social Media Prism*. Princeton University Press.
- Barberá, P. (2020). Social Media, Echo Chambers, and Political Polarization. In J. A. Tucker & N. Persily (Eds.), *Social Media and Democracy: The State of the Field, Prospects for Reform* (pp. 34–55). Cambridge University Press.
- Barlow, J. P. (2016). A Declaration of the Independence of Cyberspace. *Electronic Frontier Foundation*. <https://www.eff.org/cyberspace-independence> (21. September 2021).

- Beyer, J. L. (2014). The Emergence of a Freedom of Information Movement: Anonymous, WikiLeaks, the Pirate Party, and Iceland. *Journal of Computer-Mediated Communication* 19(2): 141–54.
- Bostoen, F. (2018). *Neutrality, Fairness or Freedom? Principles for Platform Regulation*. Rochester, NY: Social Science Research Network. SSRN Scholarly Paper.
- Boulianne, S., Koc-Michalska, K., & Bimber, B. (2020). Right-Wing Populism, Social Media and Echo Chambers in Western Democracies. *New Media & Society* 22(4), 683–99.
- Caputi, T. L., Alicia, Nobles L., & Ayers, J. W. (2019). Internet Searches for Sexual Harassment and Assault, Reporting, and Training Since the #MeToo Movement. *JAMA Internal Medicine* 179(2): 258–59.
- Costa, D. G., & Duran-Faundez, C. (2018). Open-Source Electronics Platforms as Enabling Technologies for Smart Cities: Recent Developments and Perspectives. *Electronics* 7(12), 404.
- Decidim Barcelona. (2021). Decidim Docs. <https://docs.decidim.org/en/understand/about/> (January 21, 2022).
- Dubois, E., & Blank, G. (2018). The echo chamber is overstated: The moderating effect of political interest and diverse media. *Information, Communication & Society*, 21(5), 729–745.
- DuPont, Q. (2017). Experiments in Algorithmic Governance: A History and Ethnography of ‘The DAO,’ a Failed Decentralized Autonomous Organization. In M. Campbell-Verduyn (Ed.) *Bitcoin and Beyond*, Routledge.
- Earl, J. (2018). Technology and Social Media. In D. Snow, S. Soule, H. Kriesi: *The Wiley Blackwell Companion to Social Movements*, (pp. 289–305). Wiley.
- Earl, J., & Kimport K. (2011). *Digital Enabled Social Change: Activism in the Internet Age*. MIT Press.
- Elvestad, E., & Johannessen, M. R. (2017). Facebook and local newspapers' effect on local politicians' popularity. *Northern Lights: Film & Media Studies Yearbook*, 15(1), 33–50.
- Evans, H. K., Cordova, V., & Sipole, S. (2014). Twitter style: An analysis of how house candidates used Twitter in their 2012 campaigns. *PS: Political Science & Politics*, 47(2), 454–462.
- Ferguson, C. J. (2021). Does the Internet Make the World Worse? Depression, Aggression and Polarization in the Social Media Age. *Bulletin of Science, Technology & Society*, 41(4), 116–135.
- Ferrer, J. R. (2017). Barcelona's Smart City vision: an opportunity for transformation. *Field Actions Science Reports. The journal of field actions*, (Special Issue 16), 70–75.
- Fletcher, R., & Nielsen, R. K. (2018a). Automated Serendipity: The Effect of Using Search Engines on the Diversity and Balance of News Repertoires. *Digital Journalism*, 6(8), 976–989.
- Fletcher, R., & Nielsen, R. K. (2018b). Are People Incidentally Exposed to News on Social Media? A Comparative Analysis. *New media & society*, 20(7), 2450–2468.
- Fraisl, D., Campbell, J., See, L., Wehn, U., Wardlaw, J., Gold, M., Moorthy, I., Arias, R., Piera, J., & Oliver, J. L. (2020). Mapping citizen science con-

- tributions to the UN sustainable development goals. *Sustainability Science*, 15(6), 1735–1751.
- Francés, F., Carratalá, L., & Ganuza, E. (2018). 20 Years of Participatory Budgeting in Spain. *Hope for democracy*, 30, 275–287.
- Gainous, J., & Wagner, K. M. (2013). *Tweeting to power: The social media revolution in American politics*. Oxford University Press.
- Geiß, S., Magin, M., Jürgens, P., & Stark, B. (2021). Loopholes in the Echo Chambers: How the Echo Chamber Metaphor Oversimplifies the Effects of Information Gateways on Opinion Expression. *Digital Journalism*, 9(5), 660–686.
- Giger, N., Bailer, S., Sutter, A., & Turner-Zwinkels, T. (2021). Policy or person? What voters want from their representatives on Twitter. *Electoral Studies*, 74, 102401.
- Goldsmith, J., & Wu, T. (2006). *Who Controls the Internet?: Illusions of a Borderless World*. Oxford University Press.
- Harris, A., Johanna W., & Younes, S., 2010. Beyond Apathetic or Activist Youth: ‘Ordinary’ Young People and Contemporary Forms of Participation. *Young*, 18(1), 9–32.
- International Observatory on Participatory Democracy (IOPD). “OIDP.” (2020). <https://oidp.net/en/content.php?id=1738> (02.12.2020).
- Jungherr, A., Rivero, G., & Gayo-Avello, D. (2020). *Rethinking politics: How digital media are shaping democracy*. Cambridge University Press.
- Jungherr, A., & Schroeder, R. (2021). Disinformation and the Structural Transformations of the Public Arena: Addressing the Actual Challenges to Democracy. *Social Media+Society*, 7(1), 2056305121988928.
- Kruikemeier, S., Van Noort, G., Vliegenthart, R., & De Vreese, C. H. (2013). Getting closer: The effects of personalized and interactive online political communication. *European Journal of Communication*, 28(1), 53–66.
- Lee, Y.-H., & Hsieh, G. (2013). Does slacktivism hurt activism? *The effects of moral balancing and consistency in online activism*. 811–820.
- Meeks, L. (2017). Getting personal: Effects of Twitter personalization on candidate evaluations. *Politics & Gender*, 13(1), 1–25.
- Moffitt, B. (2018). Populism 2.0: Populism 2.0: Social Media and the False Allure of ‘Unmediated’ Representation. In G. Fitzi, J. Mackert, & B. S. Turner (Eds.), *Populism and the Crisis of Democracy* (pp. 30–46). Routledge.
- Nielsen, R. K., & Fletcher, R. (2020). Democratic Creative Destruction? The Effect of a Changing Media Landscape on Democracy. *Social media and democracy: The state of the field, prospects for reform*, 139–162.
- Ohme, J. (2019). Updating Citizenship? The Effects of Digital Media Use on Citizenship Understanding and Political Participation. *Information, Communication & Society*, 22(13), 1903–1928.
- Schumann, S., & Klein, O. (2015). Substitute or stepping stone? Assessing the impact of low-threshold online collective actions on offline participation. *European Journal of Social Psychology*, 45(3), 308–322.
- Snow, D. A., Soule, S. A., Kriesi, H., & McCammon, H. J. (Eds.). (2018). *The Wiley Blackwell companion to social movements*. John Wiley & Sons.
- Thiel, T. (2014). Die Schönheit der Chance: Utopien und das Internet. *Juridikum: Zeitschrift für Kritik, Recht, Gesellschaft*, 15(4), 459–471.

Van der Pas, D. J., & Aaldering, L. (2020). Gender differences in political media coverage: A meta-analysis. *Journal of Communication*, 70(1), 114–143.

Warner, K.U. & Ulrich, K. (2015). „Mutmacherinnen Anne Wizorek, Nicole von Horst und Jasna Strick von #aufschrei“. *Demokratie +*. <http://demokratie-plus.de/mutmacherinnen-anne-wizorek-nicole-von-horst-und-jasna-strick-von-aufschrei/> (9. Februar 2022).



Dynamiken politischer Kommunikation



La transparence et l'obstacle – Politik im Digitalen zwischen Dauerkommunikation und Diskretion

Als die neu gebildete Regierungskoalition aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP im November 2021 in einer gemeinsamen Pressekonferenz den beschlossenen Koalitionsvertrag vorstellte, erklärte der FDP-Parteivorsitzende und designierte Finanzminister Christian Lindner: „Diese drei Parteien haben in den Wahlkämpfen der vergangenen Jahre ihre Unterschiedlichkeit nicht verborgen, wenn ich das einmal so sagen darf. Aber wir haben uns in einem Punkt eine Gemeinsamkeit erhalten, nämlich den Status quo überwinden zu wollen [...]. Wir haben jetzt intensiv miteinander gesprochen. Die Gespräche waren sehr diskret. Außergewöhnlich diskret für die politische Kultur unseres Landes der letzten Jahre. Ich versichere Ihnen, die Gespräche waren genau so kontrovers wie sie diskret waren.“¹

Lindner ist ein ebenso strategischer Politiker, wie er ein versierter Rhetoriker ist – absichtlich setzt seine Formulierung gleich zwei Pointen: Zum einen ist es strategisch klug, die Härte der vergangenen Verhandlungen zu betonen, um so der eigenen Partei und Klientel zu signalisieren, dass die in den Verhandlungen formulierten Vorhaben sich womöglich nicht mit den eigenen politischen Positionen, Werten und Wahlversprechen decken, es sich aber doch um zu akzeptierende, weil hart verhandelte Kompromisse und schmerzhafte Annäherungen in einer Dreiparteienkoalition handelt. Dass die FDP ein solches *credit claiming* für harte Verhandlungskultur betreibt und sich damit gegen mögliche Kritik an inhaltlichen Zugeständnissen zu immunisieren sucht, macht deutlich, dass es der Partei nach dem fulminanten und entsprechend markig kommentierten Abbruch der Koalitionsverhandlungen im Jahr 2017 nun um eine Erzählung richtigen Regierens geht. Es wäre also falsch, diesmal nicht zu regieren.

Zum anderen unterstreicht Lindner in seinem Statement, wie sehr die Qualität der Verhandlungen davon profitiert habe, dass man sich auf die Verschwiegenheit der Beteiligten habe verlassen können. Es verwundert daher auch nicht, wie zahlreich im Herbst 2021 die Beschwerden aus einem ebenso ratlosen wie genervten Medienbetrieb der Hauptstadt waren, angesichts des Ausbleibens von Intrigen und Konflikten –

keine verräterischen Tweets, kein Durchstechen von Personalien, keine Ränkespiele. Christian Lindner war im Übrigen keineswegs der Einzige innerhalb der Koalition, der öffentlich die *Kontroversität* und gleichzeitige *Diskretion* der vorausgegangenen Gespräche betonte. Man habe um einzelne Sätze gerungen, sich aber im Willen, etwas zu bewegen, aufeinander verlassen können.

Jene hier in einer öffentlichen Pressekonferenz einvernehmlich beschworene Verschwiegenheit der Koalitionäre und die Diskretheit der Gespräche sind umso bemerkenswerter, als die Verhandlungen der Parteien in den Berliner Räumen von „Design Offices“ stattfanden, einem Anbieter von Coworking-Spaces, der seine Kund*innen „auf dem Weg in die neue Arbeitswelt“ mit „inspirierenden Räumen für agiles Arbeiten“ begleiten möchte, so die Selbstbeschreibung des Unternehmens auf LinkedIn. Man hatte sich also an einem Ort verabredet, der geradezu sinnbildlich für die *Gig Economy* steht. Ein Ort, der für zufällige Begegnungen, räumliche forcierte, aber ungeplant-spontane Kollegialität und Kommunikation einander eigentlich fremder Berufstätiger sorgen soll, der durch verglaste Fronten und flexible Raumaufteilung schon architektonisch Transparenz in Szene setzen und also Aufbruch und Progressivität signalisieren will. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass just an einem solchen Ort Verhandlungen stattfanden, die sich aufgrund der Verschwiegenheit der beteiligten politischen Akteure nach außen nicht anders denn als klassische *Hinterzimmergespräche* deuten lassen. Die Unterhändler der Parteien zogen also kurzerhand die Vorhänge zu.

Es ist diese Gleichzeitigkeit von modernem, demokratischem Transparenzideal und strategischer Verschwiegenheit, die im Zentrum unseres Interesses steht. Wie passt jene wiederholt belobigte Diskretion zu der allseits beobachtbaren Beschwörung von Kommunikation und Deliberation? Wie können sich politische Akteure der Dauerkommunikation in einer digitalisierten Öffentlichkeit und den sozialen Medien zumindest zeitweise entziehen und unter Ausschluss der Öffentlichkeit hart und kontrovers verhandeln, ohne dass dies nach den Maßstäben einer demokratischen politischen Kultur kritikwürdig erscheint?

Wir behaupten, dass wir es nicht nur mit der *Gleichzeitigkeit* von Kommunikationsemphase und einer politischen Praxis der Diskretion zu tun haben, sondern womöglich gerade mit ihrer *Dialektik*. Kommunikativität und Diskretheit scheinen sich nicht nur nicht auszuschließen, sondern sogar wechselseitig zu bedingen. Diese Dialektik kann geradezu als Symptom konkurrierender Anforderungen an heutige Politik gelesen werden. Politische Akteure sehen sich einerseits zu Transparenz auf-

gefordert, und doch bedarf Politik stets auch einer Form von Verschwiegenheit. Immer häufiger sind sie vor die Aufgabe gestellt, bisweilen unerwünschte Koalitionen jenseits der eigenen Lager bilden zu müssen und wissen dabei doch auch um die Harmonie sehnsucht ihrer Wähler*innen (Dahrendorf, 1965). Die Ausstellung von Kommunikationsbereitschaft bei simultan vernehmbaren Appellen an Loyalität und Diskretion bietet sich als mögliche Reaktionsweise auf die Herausforderungen gegenwärtiger Politik an – Herausforderungen, die sich für eine *Politik im Digitalen* noch verschärft haben.

Politik im Digitalen – Transparenz und Diskretion

Die digitale Transformation hat eine Form von Dauerkommunikation unter der Teilnahme der Vielen ermöglicht, auf die sich weder politische Akteure noch Wähler*innen lange vorbereiten konnten. Die Möglichkeiten und realen Chancen zu Teilhabe und Mitwirkung an politischen Debatten haben sich vergrößert, klassische Gatekeeper haben ihre Stellung eingebüßt, die Rollenverteilung von Sendern und Empfängern ist fluide geworden, politische Akteure erhalten schnellere, bisweilen auch brutalere Rückmeldungen und geraten vermehrt unter Recht fertigungsdruck. Kein Satz, der nicht dokumentiert und somit wiederauffindbar wäre. Kein Satz, der nicht aus dem Zusammenhang gerissen und in einen neuen Zusammenhang gestellt werden könnte. Und vor allem kein Satz ohne multiple und bisweilen uneindeutige Publika. Diedrich Diederichsen hat es kürzlich so lakonisch wie klug formuliert: „Globale und digitale Verhältnisse haben eine klassische Voraussetzung von Diskursproduktion nachhaltig abgeschafft: Man kann nicht mehr über andere reden, ohne dass diese mithören“ (Diederichsen, 2021, S. 13).

Positiv gewendet realisiert sich dadurch die Forderung nach transparenten Verfahren, denen sich Politiker*innen ebenso wie Institutionen verschreiben. Transparenz ist, wie wir aus der politischen Ideengeschichte wissen, jenes Mittel, das Ordnung sichtbar machen und Unsicherheit reduzieren soll. Der Wunsch nach Transparenz ist nicht selten verbunden mit dem Wunsch nach Vernichtung von Kontingenzen (Vgl. Bentham, 1962). Nun lässt sich jedoch empirisch beobachten, dass die Forcierung von Verfahren der Durchsetzung von Transparenz Kontingenzen nicht nur nicht verringert, sondern womöglich sogar potenzieren kann; ein Schicksal, das bekanntlich das politische Projekt der Piratenpartei ereilt hat.

Aber nicht nur aus pragmatischen Gründen ist vollständige Transparenz im politischen Tagesgeschäft aufwendig und schwer realisierbar, auch aus logischen Gründen muss der Ruf nach Transparenz und permanenter kommunikativer Offenlegung ambivalent beurteilt werden. Transparenzforderungen verweisen schließlich immer auch auf ein potenzielles Misstrauen in politische Entscheider*innen. Es ist sicherlich kein Zufall, dass just jene Institutionen, die von den Bürger*innen nicht gewählt werden und zu weiten Teilen im Verborgenen arbeiten können, das höchste Ansehen und Vertrauen in der Bevölkerung genießen, sei es das Bundesverfassungsgericht oder die Polizei (Vgl. Reuband, 2012).²

Letztlich soll Transparenz der Politik jeglichen Anschein des Mysteriösen und Unlauteren nehmen – und doch erzeugt gerade ihre permanente Einforderung immer auch die Notwendigkeit und Verführung des Geheimnisses.³ Es gehört eben nicht alles in die Öffentlichkeit; manches nur in den Privatraum des diskreten Bourgeois, und manches wie die Intrigen der Funktionäre oder die Tricks der Lobbyisten ist uns gar nicht bekannt. All das lässt sich aus guten Gründen skandalisieren, jedoch wissen wir seit Jeremy Bentham eben auch, dass die Implementierung von Transparenz zu Verhaltensänderungen führt und führen soll. Menschen passen ihr Verhalten an Beobachtungen und Erwartungen von außen an. Dauerbeobachtung und Dauerevaluation müssen daher nicht unweigerlich zu mehr Rationalität führen, sondern können sehr wohl auch Handlungsblockaden zur Folge haben. Es macht einen gewaltigen Unterschied, ob Verhandlungen öffentlich sind oder nicht, ob damit gerechnet werden muss, dass Informationen durchgestochen werden, und ob die Presse im Raum ist. Ein zumindest temporärer Rückzug aus der Öffentlichkeit kann politischen Akteuren mehr Diskurs- und Gestaltungsfreiheit verleihen.⁴

Dass ein antiliberaler Denker wie Carl Schmitt im Geheimen daher ein Wesensmerkmal von Politik sah und am Verlust des Geheimen den Verfall moderner Politik nachzeichnete, dürfte nicht weiter verwundern. „In einer Gesellschaft, die nicht mehr solchen Mut hat [den Begriff des Geheimen zu wagen; Anm.], wird es keine ‚Arcana‘ mehr geben, keine Hierarchie, keine Geheimdiplomatie und überhaupt keine Politik mehr, denn zu jeder großen Politik gehört das ‚Arcanum‘“ (Schmitt, 1923). Doch selbst wenn die praktischen Vorteile von partieller Intransparenz und Diskretion politischen Akteuren auch heute noch sofort einleuchten dürften, eine derartige Feier des Arkanen, wie sie sich bei Schmitt finden lässt, ist schlichtweg unmöglich geworden. Den Vorwurf des Intransparenten und Autoritären, eines sich der Kritik und Öffentlichkeit

verschließenden Dezialismus will sich niemand mehr gefallen lassen. Und obwohl Politik im Hinterzimmer so existent ist wie eh und je, ist nur wenig so schwer vermittelbar wie das Festhalten am Arkanen. Es gibt kein Zurück hinter das Ideal der Diskursivierung des Politischen, zumindest nicht in liberalen Demokratien.

Wie aber können öffentliche Akteure der Diskrepanz begegnen, dass die Wähler*innen das Ideal von Transparenz und Kommunikativität zwar hochhalten, aber doch über langwierige Prozeduren schimpfen, das dauernde Gerede bei gleichzeitiger Tatenlosigkeit von Politiker*innen bemängeln und vermeintlich apolitischen Institutionen mehr Vertrauen schenken als den Parlamenten? Der Fall der Koalitionsgespräche im Jahr 2021 und die entsprechenden Verlautbarungen des Spitzenpersonals der neuen Regierung stellen ein interessantes Beispiel dar, wie die Überbrückung von normativen Transparenzerwartungen und praktischen Entscheidungswängen gelingen kann. Wir wollen das im Folgenden am Beispiel Robert Habecks skizzieren (Müller & Séville, 2022).

Robert Habeck als Minister – Widerspruch und Loyalität

Als der Grünen-Vorsitzende Robert Habeck im Dezember 2021 von seinem Amtsvorgänger Peter Altmeier (CDU) das Bundesministerium für Wirtschaft übernahm, hielt er zu seinem Dienstantritt als Minister eine bemerkenswerte Rede. Habeck beschwore darin die Kollegialität jenseits der Parteizugehörigkeiten innerhalb seines Ministeriums, das sich nun „Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz“ nennen wird, und erklärte: „Kollegialität in einem normativen Sinn heißt, dass wir es gemeinsam machen müssen, dass wir aufeinander hören müssen, den Teamgedanken [...] leben müssen. Und das ist mein fester Vorsatz, es zumindest zu probieren und das Haus so zu führen, dass wir die unterschiedlichen Sichtweisen zusammenführen zu einer neuen gemeinsamen Stärke.“⁵

Er beschrieb zudem sein Ziel für eine ministeriale Führungskultur damit, „dass ich ein Minister sein möchte, der immer ein offenes Ohr hat.“⁶ Habeck, voller habermasianischer Emphase, ließ gar nicht davon ab zu betonen, dass „Rücksprachen, das Gespräch, die Debatte im Ministerbüro und am Ministertisch am Ende das entscheidende Steuerungs- und Lenkungsinstrument des Wirtschafts- und Klimaschutzministeriums“⁷ werden sollten. Er forderte seine neuen Mitarbeiter*innen auf: „Widersprechen Sie mir. Sagen Sie mir, was Sie denken. Suchen Sie den

Diskurs. So wie ich Ihnen widersprechen werde und Ihnen irgendwann mit meinen Fragen auf die Nerven gehen werde. Und dann soll das bessere Argument gewinnen, nur geschlagen von dem noch besseren.“⁸ Wohl kaum hat ein Minister so proseminaristisch seine Macht als neuer Herr im Haus in deliberative Kleider gehüllt und eine neue *Workplace Culture* zu ministerialisieren versucht, in der nicht länger Ansagen von oben zu erwarten seien, sondern nur noch der zwanglose Zwang des besseren Arguments zählen soll.

Allerdings schlägt Habeck in seiner Rede noch einen entscheidenden Haken: Kollegialität stehe „für Loyalität, für Integrität und für das Einstehen füreinander“; doch diese habe auch eine andere Seite: „Umgekehrt, so offen wir miteinander diskutieren wollen und den besten Weg suchen, würde ich darum bitten, dass wir nach außen geschlossen agieren. Dass das, was Politik und auch ein Ministerium manchmal so unattraktiv macht, das Schlecht-übeneinander-Reden, das Durchstechen, nicht passiert; die Offenheit nach innen und die Loyalität nach außen, das soll das Markenzeichen der nächsten vier Jahre werden.“⁹

Mit diesem Statement wird klar, dass Kommunikativität und Diskurativität im Alltag auch schnell an ihre Grenzen stoßen können – Habeck verlangt daher Verlässlichkeit seines Personals und vor allem Geschlossenheit nach außen. Es ist diese Gleichzeitigkeit von Diskursbeschwörung und Geschlossenheitsappell, mit der Habeck den viel beschworenen Stil der Koalitionsverhandlungen als Modell für sein eigenes Ministerium begreift. Und dies entspricht durchaus auch seinem Gebaren als Parteivorsitzender: Ausgerechnet bei den basisdemokratischen Grünen, die doch gerade erst in einem Bottom-up-Prozess ein neues Grundsatzprogramm verabschiedet hatten,¹⁰ machten die Parteivorsitzenden Robert Habeck und Annalena Baerbock in gemeinsamer Klausur die Entscheidung über die Kanzlerkandidatur unter sich aus und schweigen bis heute konsequent über die Gründe ihrer Rollenverteilung im Wahlkampf 2021.

Wir haben es also mit einer faszinierenden Beschwörung von Redebereitschaft und Diskretion zu tun, semantisch und soziomoralisch gewendet zu Loyalität und Kollegialität. Diese Dialektik von Dialogemphase und Dialogverweigerung zeigt sich nicht zuletzt auch in den bevorzugten Medien der Selbstdarstellung der neuen Ampel-Koalitionäre. Zum Schluss richten wir deswegen den Blick auf die diese Dialektik bereits berücksichtigende Medienstrategie der Ampel-Koalition.

Das Bild als Medium einer zwar kommunikativen, jedoch adiskursiven Selbstdarstellung

Im Vorfeld zur vor-koalitionären Arkanpolitik und zu den Hinterzimmersgesprächen in verglast-verhangenen Räumen hatten sich die Vorsitzenden von FDP und Bündnis 90/Die Grünen, Volker Wissing, Christian Lindner, Annalena Baerbock und Robert Habeck, unmittelbar nach dem Ausgang der Bundestagswahl 2021 getroffen, um schon vor möglichen Koalitionsverhandlungen mit SPD oder Union gemeinsame Positionen und Schnittmengen auszuloten. Sie selbst posteten ein viel kommentiertes Selfie von sich – eine Geste, die zum einen viel über die intendierte Selbstdarstellung der Vierergruppe, zum anderen aber auch etwas über ihre Idee politischer Kommunikation verrät. Der Unterschied zu den Bildern der Koalitionsverhandlungen aus dem Herbst 2017 jedenfalls könnte kaum größer sein: Hatten wir es damals mit freilich ebenso wohlkalkulierten Schnappschüssen von rauchenden, ins heitere Pausengespräch vertieften Spaltenpolitiker*innen auf dem Balkon des Hauses der Parlamentarischen Gesellschaft in Berlin zu tun, so werden wir in diesem Fall in einen kahlen weißen Raum eingeladen, in dem Kabel von der Decke hängen und der den Anschein einer neu zu beziehenden WG erweckt. Nicht nur stellt dieses Selfie aus, dass dieser Vierergruppe daran liegt, die Kontrolle über die gesendeten Bilder zu behalten, vor allem wird daran eine faszinierende Geometrie der Blicke deutlich. Während der Betrachter im ersten Fall unweigerlich zu einem schamlosen Voyeur degradiert wird, der dem politischen Personal nicht einmal seine verdienten Pausen gönnt, wird er im zweiten Fall direkt angesprochen und vor allem angeblickt (vgl. Kirchmeier, 2021). Das *Selfie* der Vierergruppe soll einerseits die Vertrautheit untereinander, andererseits aber vor allem auch die Abwesenheit Dritter bezeugen. So vermittelt sich unweigerlich der Eindruck von Nahbarkeit, jedoch bei gleichzeitiger Wahrung von Distanz. Indem die eigene Selbstdarstellung selbst gesteuert wird, behält die Gruppe Kontrolle über die Grenze von Innen und Außen, ohne dabei abweisend wirken zu müssen.

Für eine derartige *Präsentation* des politischen Selbst scheinen Bilder das ideale Medium zu sein. Sie sind in hohem Maße kommunikativ und konnektiv, ohne jedoch in einem strengen Sinne diskursivierbar zu sein. Dass Robert Habeck einst mit lautem Türenknallen Twitter verlassen und sich fortan auf Instagram als Kanal der eigenen Außendarstellung konzentriert hat, muss vor diesem Hintergrund erneut ins Gedächtnis gerufen werden. Denn während schriftliche Sätze, zumal in anonymen

Räumen, Kritik und Negation geradezu provozieren, scheint der Reiz von Bildern auch darin zu liegen, nicht ohne weiteres negierbar zu sein (Müller, 2013). Zwar sind Bilder sehr wohl geschwätzig, sie entziehen sich dabei aber unseren tradierten Einteilungen in Sprechaktklassen und auch unseren eingeübten Formen des *turn takings*. So zeigt sich an der derzeitigen Proliferation der Bilder in der politischen Kommunikation, wie der Geltungsanspruch der Richtigkeit qua Medium immer häufiger durch den Geltungsanspruch der Wahrhaftigkeit ergänzt oder gar überlagert wird. Ein Bild kann als eine Kommunikationsofferte ohne eine in Aussicht gestellte Anschlusskommunikation verstanden werden. Ein Soziales Medium wie Instagram erlaubt das optische Spiel mit Schärfentiefe und vermittelt so den Anschein von Nahbarkeit und Beiläufigkeit, ohne sich jedoch der Gefahr der Distanzlosigkeit auszusetzen und Gesprächigkeit in Aussicht stellen zu müssen.

Das *Selfie* von Volker Wissing, Christian Lindner, Annalena Baerbock und Robert Habeck scheint uns schließlich symptomatisch zu sein, denn es ist auch das Dokument einer neuen Form politischer Selbstdarstellung, die ganz offensichtlich um die Chancen und Risiken einer Politik im Digitalen weiß und darauf mit einer listigen Strategie reagiert – mit Selbstoffenbarung und der Zurschaustellung von Kommunikationswilligkeit bei gleichzeitiger Dialogverweigerung.¹¹

Anmerkungen

1 Erste gemeinsame Pressekonferenz nach den Koalitionsverhandlungen am 24.11.2021; <https://www.youtube.com/watch?v=WSZE6podesw> (ab 45:47 Min.) [aufgerufen: 8. März 2022].

2 Eine Studie der Bertelsmann Stiftung aus dem Jahr 2019 bestätigt ein anhaltend höheres Vertrauen in regulative als in repräsentative Institutionen, vgl. Bertelsmann Stiftung (Hg.): *Schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien*. Gütersloh 2019.

3 Daher ist es auch nicht erstaunlich, dass ausgerechnet ein republikanischer Denker wie Machiavelli stets auch ein Denker von Betrug, List und Geheimnis war; vgl. etwa Gerhart Schröder: *Logos und List*. Königstein 1985.

4 Zum Handeln politischer Akteure unter Bedingungen von Öffentlichkeit und medialer Kommunikation schon früh scharf und kritisch Helmut Schelsky: *Gedanken zur Rolle der Publizistik in der modernen Gesellschaft* (1963), in: Ders.: *Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze zur Soziologie der Bundesrepublik*. München 1979, 304–323; sowie ders.: *Politik und Publizität*. Stuttgart 1983.

5 Vgl. Rede zur Amtsübernahme im Ministerium am 08.12.2021; <https://www.youtube.com/watch?v=9DdSyJWleAA> (ab 23:54 Min.).

6 Ebd. ab 24:38 Min.

7 Ebd. ab 25:09 Min.

8 Ebd. ab 26:15 Min.

9 Ebd. ab 26:49 Min.

10 Siehe zum aktuellen Grundsatzprogramm von Bündnis 90/Die Grünen Julian Müller/Astrid Séville: Paradoxe Kopplungen. Die Wertekommunikation von Bündnis 90/Die Grünen als Ansprache und Fürsprache einer neuen Mittelklasse. In: Leviathan. Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft 50 (2022), 90–117.

11 Derartige Fragen zum Formwandel politischer Selbstdarstellungen stehen im Zentrum des von der Gerda Henkel Stiftung unterstützten Forschungsprojekts „Re/Präsentation. Neue Formen der politischen Ansprache und Fürsprache in der kommenden Gesellschaft“, geleitet von Julian Müller, Astrid Séville und Christian Kirchmeier.

Referenzen

- Bentham, J. (1999). *The Collected Works of Jeremy Bentham: Political Tactics*. Clarendon Press.
- Bentham, J. (1962). *The Works of Jeremy Bentham*. (11 Bände, Ed. John Bowring, Nachdruck der Originalausgabe). Russell & Russell.
- Dahrendorf, R. (1965). *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*. Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Diederichsen, D. (2021). Am Stammtisch der Sachlichkeit. Markiertes Sprechen in Deutschland. *Merkur* 868, 5–18: 13.
- Kirchmeier, C. (2021). *Parabasis. Literarische Wirklichkeit im Zeitalter der Repräsentation*. Unpublizierte Habilitationsschrift. München.
- Müller, J. & Séville, A. (2022). Ist Dauerreflexion kommunizierbar? Das Habeck-Paradox. *Merkur* 873, 82–87.
- Müller, J. (2013). Bildkommunikation. In C. Steuerwald & F. Schröder (Eds.), *Perspektiven der Kunstsoziologie. Praxis, System, Werk*. (pp. 165–177). Springer.
- Reuband, K.-H. (2012). Vertrauen in die Polizei und staatliche Institutionen. Konstanz und Wandel in den Einstellungen der Bevölkerung 1984–2011. *Soziale Probleme* 23(1), 5–39.
- Schmitt, C. (2008). *Römischer Katholizismus und politische Form* (5. Auflage). Klett-Cotta. [1923].



abaeerbock ✨
Berlin

...



Gefällt ~~120.968~~ und **120.968 weiteren**
Personen

abaeerbock Auf der Suche nach einer neuen Regierung loten
wir Gemeinsamkeiten und Brücken über Trennendes aus.
Und finden sogar welche. Spannende Zeiten.

Cui bono? Oder: „It's the recipient, stupid!“ – Die Unabgeschlossenheit politischer Kommunikation in der digitalen Kultur

Ich habe deutlich zu viele Billy-Regale. Einige ihrer Bretter biegen sich gefährlich nach unten. Aber immerhin werden die meisten von ihnen noch durch ihr enges Beieinanderstehen gehalten. Nur eines stand allein. Stand. Denn es gab nach, weitete seine Seiten und ließ die darin enthaltenen Bücher aufeinander sacken. Immerhin hatte das Netz danach etwas zu lachen. Fast 10.000 Menschen gefiel der neue Look des Regals, den ich voller Selbstmitteid auf meinem Twitter-Account verbreitete, fast 300 kommentierten, einige entdeckten meine Unzulänglichkeiten beim Aufstellen, einer machte aus dem Bild einen neuen Handy-Hintergrund. Ich hingegen musste ein neues Regal kaufen.

Politische Kommunikation in einer digitalen Welt funktioniert wie ein IKEA-Regal. Nicht nur, wenn sie misslingt und das Regal einstürzt, sondern schon von Beginn an. Man kann selber daran mitbauen. Man sollte es dann freilich besser machen als ich. Jeder ist heute in der Lage, eine herzerwärmende oder eine wutentbrannte Überschrift auf Facebook, Twitter oder seinem Blog herauszuhauen und andere einzuladen, mitzumachen. Und auch wenn der Artikel nicht so gelungen ist wie etwa ein ZEIT-Kommentar, so macht sie den Blogger oder Twitterer doch glücklich. Und vor allem all jene, die daran mitschrauben durften, so dass sich die digitale Handarbeit wie ein Lauffeuer verbreitet. Voller Stolz können dann alle sagen: Wir haben daran mitgearbeitet! Wie bei einem selbst zusammengeschraubten Billy-Regal. Ein Harvard-Forscher und Sascha Lobo haben diese These selbst gebastelt.

Damit wird auch politische Kommunikation oberflächlich betrachtet zum Wettkampf um die beste Anleitung. Diese ist von der Person abgekoppelt: Hier die Schrauben und die Anleitung, und jetzt macht mal! Es geht in erster Linie nicht um Semantik, nicht um politische Verantwortung innerhalb von parteipolitischen Funktionen, nicht um programmatische Papiere. Es geht um etwas anderes. Wer das nicht versteht, die politische Kommunikation nicht den Bedingungen der digitalen Transformation entsprechend artikuliert, muss die Konsequenzen ertragen. Oder sich abmelden, wie der deutsche Parteivorsitzende Robert Habeck.

Es zeigt sich, dass das „Habeck-Paradox“ – das Verschwinden des Protagonisten von den Social-Media-Accounts bei gleichzeitiger Präsenz seiner Botschaften – nur auf den ersten Blick widersprüchlich ist.

Die Rede bleibt also gleich – bei Abwesenheit des Senders. Zumindest *in persona*. Schrödingers Politiker sozusagen. Dies ist durchaus nicht neu. Im Zeitalter der vor allem durch das Fernsehen charakterisierten Massenkommunikation war es ja gerade der Standard politischer Kommunikation, *das Ende* von Prozessen der Öffentlichkeit zu präsentieren. Wie so eine Talkshow für Fertigmöbel: „Meine Damen und Herren, hier sehen Sie eine formschöne Eichenkommode der Unionsparteien, wenn Sie Glück haben, können Sie mal ein Blümchen darauf abstellen.“ Das war einmal, in einer weit entfernten Galaxis. Die digitale Transformation erzeugt aber Menschen, die mitmachen wollen. Nicht nur bei Überschriften und Regalen, sondern bei Bedeutungszuschreibungen. Wer das nicht mitdenkt, dessen Kommode wird von der Meute zerhackt.

Die Problemstellung beschränkt sich damit auf die Veränderung der Botschaften, die politische Kommunikation öffentlich vermitteln soll. Öffentlich meint hier – stark verkürzt – ein unabgeschlossenes digitales Netz von Kleinstakteuren und ihren Botschaften, die sich weder parteipolitischer noch institutioneller oder massenmedialer Verantwortung unterziehen müssen. Anders formuliert:

Das Problem politischer Kommunikation ist die Veränderung der Bedingungen ihrer Rezeption. It's the recipient, stupid!

Kohärentes Begreifen bedeutet also, diese Bedingungen beschreiben zu können. Als würde man eine Bauanleitung nachvollziehen. Allerdings mit einer anderen Schlussfolgerung als bei einem Billy-Regal.

Dessen Aufbau wird durch den Konsumenten erledigt. Die Unabgeschlossenheit von IKEA-Möbeln lädt dazu ein, bei ihrer Erstellung mitzuwirken. Michael Norton identifizierte über die Auswertung von drei aufeinanderfolgenden Studien im Jahre 2011 den sogenannten IKEA-Effekt. Dieser beschreibt, dass Konsumenten Produkten, an denen sie selbst beteiligt waren, einen unverhältnismäßig hohen Wert zuschreiben (Berman, 2011). So sehr wir uns also darüber ärgern, wie schwer verständlich eine Anleitung ist, so sehr wertschätzen wir unsere Mitarbeit an der Ausstattung unseres privaten Möbelstücks. Billy nur, ja, aber mein Billy.

SPIEGEL-Kolumnist Sascha Lobo leitete aus diesem IKEA-Effekt die Attraktivität von Verschwörungstheorien ab, die nach einem ähnlichen Muster verfahren würden (Lobo, 2020). Das Geheimnis liege in der Rechercheleistung der Beteiligten. *Cui bono* – die in Verschwö-

rungskreisen maßgebliche Frage danach, wer von der angeblichen Verschwörung profitiert – ist damit der Impuls für die verschwörungstheoretische Teilhabe.

Die Analogie erscheint zunächst präzise. Schief wird sie an ihrer Leerstelle. Ein IKEA-Regal gibt den Weg vor, an dessen Ende ein Produkt steht, dessen Endfassung man kennt. Ein anderes Regal ist nicht möglich und nicht gewollt, denn sonst würde man es nicht erwerben. Die Anziehungskraft der Verschwörung liegt in seiner Vermischung von scheinbar vernunftmäßiger Eigenleistung: Ich habe selbst recherchiert und es selbst herausgefunden. Ist die Botschaft attraktiv genug, wird sie innerhalb der Gemeinschaft kollektiv goutiert und weitergesponnen. Das heißt: Verschwörungstheorien sind als Form der kollektiven Kommunikation in höchstem Maße am Rezipienten orientiert, weil dieser nicht nur Teil der erkennenden Gemeinschaft ist, sondern direkte Teilhabe erlebt. Der Rezipient wird damit zum Produzenten, die Unabgeschlossenheit der Kommunikation maßgeblich für ihre Weiterführung.

Die Verschwörungsgruppe QAnon, die es aus dem Netz bis hinein in „Friedensdemonstrationen“ geschafft hat, macht über Telegramm-Gruppen diese Angebote: „Was glaubt ihr, wer dahintersteckt?“ Diese Fragestellungen werden dann an jene weitergeleitet, die nachfragen, zu sehen bei jeder Reportage der öffentlich-rechtlichen Medien. „Recherchieren Sie doch selbst!“ Damit wird eine Frage, die eine Antwort nach sich zieht, von vornherein unmöglich.

Nun ist Politische Kommunikation ist zunächst einmal das Gegen teil. Wir erinnern uns an die Eichenkommode. Zwar müssen auch Bundespolitiker sich unterschiedlichen Gremien ihrer Partei stellen. Ein wichtiger Prozess, da hier die Botschaft an der Basis ausprobiert und auf Resonanz untersucht werden kann. Ergibt sich eine Rückkopplung, die eingearbeitet wird, ergibt sich daraus Rückhalt von Person und Botschaft. Nach dem nach innen gerichteten Prozess kann das Produkt einer von der Partei unabhängigen Öffentlichkeit präsentiert werden. Die verkündete Botschaft kann nicht mehr unabgeschlossen sein. Höchstens anschlussfähig.

Gerade diese Anschlussfähigkeit muss in der digitalen Transformation neu gedacht werden, da meist nicht die abgeschlossene Botschaft, sondern der vormals interne Prozess rezipiert wird. Um die Rezeptionsprozesse zu verstehen, aus denen sich neue Formationen, Botschaften und Rückkopplungen ableiten, bieten sich die Begriffe „Gemeinschaftlichkeit“, „Referentialität“ und „Algorithmizität“ an. Diese drei Begriffe sind nach Felix Stalder die Bestandteile der von ihm benannten „Kultur

der Digitalität“ (Stalder, 2016). Dabei ist jeder Teil dieser „Kultur der Digitalität“ einem Aushandlungsprozess unterworfen, sogar die Frage danach, wer Teil der Gemeinschaft und damit überhaupt Teil des Prozesses ist, indem Kultur – in Stalders Verständnis die Bedeutungsaushandlung – sich materialisiert. Die begriffliche Unschärfe des Kulturbegriffs ergibt gleichermaßen seine Nützlichkeit. Seine eigentliche Pointe ist aber: Digitalität ist nicht Auslöser, sondern Katalysator bestehender sozialer Prozesse, beispielsweise der Sichtbarwerdung von vormals marginalisierten Communities.

Digitalität ist damit weniger eine technisch vernetzte Komplexitätssteigerung der Kommunikationssituation, sondern zum einen als Veränderung der Bedingungen selbst und zum anderen ein „Bezugsproblem“ (Nassehi, 2019, S. 28) der schon bestehenden gesellschaftlichen Komplexität zu verstehen.

Politische Kommunikation verstanden als „öffentliche[r] Gebrauche seiner eigenen Vernunft“ (Kant, 1784/1999) wird von den Sendern – also von politisch Handelnden – ohne die Reflexion dieser veränderten Bedingungen auf der einen und der eigenen „digitalen Positionalität“ (Wampfler, 2021) auf der anderen Seite verstanden. Wenn man die fertige Kommode einer Öffentlichkeit präsentiert, die sich für Tischlermeister hält, wird das zum Problem. Vor allem dann, wenn man dies aus einer Position tut, die sich der hierarchischen Schieflage zu wenig bewusst ist.

„Wer das Netz nutzt, tut das aus einer bestimmten Position“. Das erscheint zunächst trivial, ist aber im zitierten Artikel Grund genug für die Reflexion dieser Positionalität. „Da es sich um iterative, dynamische Verfahren handelt, reicht es nicht, eine Anleitung zu befolgen: Nur wer unterschiedliche Verhaltensweisen im Netz erprobt, Reaktionen darauf wahrnimmt und Zusammenhänge reflektiert, kann nachhaltig Anwendungen nutzen.“ (Wampfler, 2021, S. 346). Was eigentlich auf eine veränderte Pädagogik in der Kultur der Digitalität zielt, kann als Grundlage für das Verständnis politischer Akteure und ihrer ge- oder misslingenden Kommunikation verstanden werden.

Aus dieser Sicht ist das „Habeck-Paradoxon“ eigentlich kein Widerspruch. Es ist ein konsequentes Missverständnis der Wahrscheinlichkeit politischer Kommunikation.

In seinem Aufsatz „Die Unwahrscheinlichkeit der Kommunikation“ (Luhmann, 2011) beschreibt Luhmann, dass die drei Unwahrscheinlichkeiten der Kommunikation – des Verstehens, des Erreichens des Empfängers und des Erfolgs – sich wechselseitig verstärken. Während die

Massenkommunikation suggeriere, dass unter dem Eindruck des Funktionierens jene Probleme gelöst seien, sei es vielmehr so, dass die „Problemlösungen sich wechselseitig belasten und immer neue Folgeprobleme auslösen“ (Luhmann, 2011, S. 81). Wenn Robert Habeck seine Argumente einfach nicht so vortragen könne, wie er wolle (ZDF, 2021), verweist dieses „So“ auf eine schon innerhalb einer einfachen Kommunikationssituation auf ein unterkomplexes Verständnis von gelingender Kommunikation.

Das von Robert Habeck beschriebene „So“ offenbart nämlich eine weitere Unwahrscheinlichkeit. Zu den von Luhmann beschriebenen Unwahrscheinlichkeiten kommen jene hinzu, die sich aus den Leerstellen unbekannter Empfänger und Situationen ergeben. Ein Rückzug auf andere Netzwerke oder repräsentative Kanäle ist damit nur scheinbar ein Ausweg. Denn die Sozialmedialisierung im Zeichen der Kultur der Digitalität wird von den angesprochenen Gemeinschaften auch dann vollzogen, wenn die Meinungsgeber nicht anwesend sind. Es entsteht ein Negativbild, an dessen Skizze der Beschriebene nicht mehr mitarbeitet. Der dadurch entstehende Kontrollverlust kann weder durch ein Zurückrufen noch durch eine ausbleibende Reaktion beherrscht werden. Zumindest dann nicht, wenn die Reaktionen nicht durch die Plattformen selbst gefiltert oder censiert werden.

Damit ist Habeck nicht allein. Die offene, transparente Mitteilung der Parteivorsitzenden der SPD, Saskia Esken, dass sie den sogenannten „Staatstrojaner“ ablehne, obwohl die eigene Fraktion ihn kurz zuvor geschlossen hatte, ist ein weiteres Beispiel für diese Diskrepanz: Die Mitteilung mag innerhalb der sozialmedialen Teilöffentlichkeit anschlussfähig sein, konterkariert ihre Kernaussage aber in der fehlenden Verantwortung nach innen. Anders formuliert: Die institutionelle Anbindung erlaubt es Personen nicht, die Freiheit der sich stets verändernden Formationen einer „Kultur der Digitalität“ anzudienen, zumindest dann nicht, wenn dies der Verantwortung innerhalb der eigenen Partei widerspricht.

Möglich wird das nur, wenn die hier als politische Verantwortung gefasste Anbindung an die Partei von dieser selbst so offen gefasst wird, dass sie genügend Leerstellen lässt. Das ist vor allem bei populistischen Parteien der Fall und wird von diesen stetig bedient, indem die Klaviatur der Rezipientenorientierung bespielt wird. Diese spielt mit der Veränderung der Botschaften, integriert diese also – und zwar sowohl in der wohlwollenden als auch in der ablehnenden Variante. Die Sessel aus dem Führerbunker können von allen bemalt werden.

Der momentan oft thematisierte performative Widerspruch, zu sagen, dass man nichts mehr sagen könne, spielt mit der bewussten Provokation, die die Rezipienten als Verbreiter der Botschaft einbezieht. So schrieb die damalige Parteichefin der AfD, Frauke Petry, in einer internen Mail, dass „provokante Aussagen unerlässlich“ seien, da sie für die „notwendige Aufmerksamkeit“ sorgten (Üruk, 2016). Im Grunde ist das banal, zog aber eine lange Diskussion nach sich, da viele erkannt hatten, dass die AfD-Strategie als Standardsituation der Aufregungsökonomie verstanden werden konnte. Im Sinne der „Kultur der Digitalität“ werden die Thesen symbolisch oder als Chiffre anschlussfähig. Die Empfänger nehmen die meist halbgare Rücknahme nicht mehr wahr. Und selbst das öffentliche Zurückrudern ist nur als „Non-apology apology“ (Wikipe-dia, 2022) zu verstehen, bei der sich der Zurückrudernde dafür entschuldigt, dass seine Äußerung falsch verstanden worden sei. Die Schuld wird damit dem Rezipienten der entgegengesetzten politischen Öffentlichkeit zugeschustert. In einer fortgesetzten Form dieser Provokationsstrategie wird die Äußerung nicht einmal mehr mit der Wahrheit abgeglichen. Es handelt sich um Bullshit (Frankfurt, o.J.), dessen digitale Weiterentwicklung als ein Signal politischer Zugehörigkeit wichtiger ist als die eigentliche Aussage. Diese Zugehörigkeit kann dann weiterverarbeitet werden, so dass die Beteiligten zum Teil der Gemeinschaft werden.

Die Populisten scheinen die neuartigen Bedingungen politischer Kommunikation besser verstanden zu haben, freilich auch deshalb, weil offene Prozesse einfacher zu gestalten sind als geschlossene. Dabei kommt ihnen zugute, dass die öffentliche Erregung sich besser über destruktive Vagheit als über verantwortungsvolle Vorschläge orchestrieren lässt.

Nachdem dem ehemaligen Chef des Verfassungsschutzes, Hans-Georg Maassen, mit nachvollziehbaren Belegen vorgeworfen worden war, antisemitische Chiffren zu nutzen, twitterte er am 5. Juni 2021: „Annalena Charlotte Alma Baerbock = ACAB = All Cops Are Bastards. Zufall oder Chiffre?“ Ein perfektes Beispiel für die Inszenierung eines medialen Eklat. Insofern, als dass Maassen einen Tag später stolz die Reichweite von 777.000 Impressionen feierte und konstatierte, „einen Nerv getroffen“ zu haben, zeigte er Verständnis für eine gelungene politische Kommunikation in der digitalen Transformation.

Der Tweet hat auf diese Weise die Bedingungen der Kultur der Digitalität perfekt ausgenutzt. Der direkte Angriff erzeugte Wellen in den Gruppen der politischen Gemeinschaftlichkeit. Diese wurden durch Algorithmen verstärkt, die besonders viel diskutierten Tweets weitere Öffentlichkeit geben. Unter dem Tweet sammelten sich über 3000

Kommentare. Und im Sinne der Referentialität haben selbst jene, die den Tweet nach eigenen Angaben dumm oder abscheulich fanden für seine Weiterverbreitung gesorgt.

Hans-Georg Maaßen hat die perfekte Anleitung für ein IKEA-Regal verbreitet, weil er wusste, dass die Fertigstellung im Sinne einer aufgebrachten Netzgemeinde zur Verbreitung seiner Botschaft verhelfen würde, eigentlich der fakteninteressierte, sachliche Politiker zu sein.

Damit wird die in der Problemstellung genannte Veränderung der Bedingungen der Rezeption von politischer Kommunikation genutzt, um die eigene Person zu inszenieren.

Vor dem Hintergrund dieser Beispiele erscheint es eine logische Schlussfolgerung, die Mitgestaltung der politischen Botschaft mitzudenken. Die Kenntnis der Kriterien der Kultur der Digitalität würde so zum Imperativ einer gelingenden Kommunikation. Dieser Imperativ bedeutet jedoch, dass genau jene Mitgestaltung auch verwehrt werden kann. Dies zeigt die Reaktion der CDU auf das Video des Youtubers Rezo, der mit seiner „Zerstörung der CDU“ eine ganze Volkspartei zur Rechtfertigung zwang.

Vor allem für politische Kommentatoren, die selbst langjährige Erfahrungen mit Social-Media haben, war klar: Dass die CDU auf das virale Video des Youtube-Videos mit einem auf der Homepage veröffentlichten PDF geantwortet hatte, hätte ihr Unverständnis der Jetztzeit verdeutlicht. Dass dem nicht so sein muss, zeigt eine andere Perspektive auf den zuvor genannten Imperativ: Die Mitgestaltung mitzudenken bedeutet in nicht wenigen Fällen nämlich auch, deren destruktive Wirkung zu beachten. Und ob ein von Philippe Amthor veröffentlichtes Video die Botschaften der Partei besser übermittelt hätte, darf bezweifelt werden.

Denn genau an dieser Stelle bedeutet die Rezipientenorientierung eine Entscheidung: Ist es wichtiger, die Botschaft an jenen zu orientieren, deren „Mitgestaltung“ zu einer Verdrehung im Sinne der Kommentatoren führen kann, die wiederum von den etablierten Medien aufgenommen und verstärkt wird? Oder ist es eine Orientierung nach innen, die gleichsam zeigt, dass die Form und Funktion der Rechtfertigung konservativen Werten entsprechen?

Es wird deutlich: Wenn das Problem politischer Kommunikation die Veränderung der Bedingungen ihrer Rezeption ist, ist die Erkenntnis ihrer Bestandteile zwar grundlegend, aber nicht zwangsläufig handlungsweisend.

Ich habe immer noch deutlich zu viele Billy-Regale, deren Bretter sich gefährlich nach unten biegen. Ob ich wirklich stolz war, diese auf-

gebaut zu haben, daran erinnere ich mich nicht mehr. Nur daran, dass es anstrengend war. Mittlerweile weiß ich ja, dass ich einfach meine Community hätte fragen sollen, wie man ein Regal nach dem Aufstellen befestigt. Obwohl dabei nicht so viele Kommentare zusammenkommen, wie bei einem kaputten Regal. Etwas Kaputtess zu sehen, ist immer attraktiv. Darauf konnte ich nach meinem Verlust nicht achten, sondern bin dieses Mal in ein dänisches Möbelhaus gegangen. Das neue Regal war schon aufgebaut, ich nahm es mit und stelle es auf. Ich war nicht stolz, aber froh, dass an der Stelle des wackligen Billys ein namenloses, kräftiges Holzregal stand. Und dass es immer noch steht.

Referenzen

- Berman, J. (2011, September 26). *People Over-Value That „Lousy Mug“ They Made In College, Study Finds*. HuffPost. https://www.huffpost.com/entry/ikea-effect-consumers-study_n_981918
- Frankfurt, H. (o.J.). *On bullshit*. Abgerufen 14. Februar 2022, von http://www2.csudh.edu/ccaughen/576f12/frankfurt_harry_-_on_bullshit.pdf
- Kant, I. (1784). Was ist Aufklärung? In *Was ist Aufklärung? Ausgewählte Kleine Schriften* (S. 20–22). Meiner. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:101:1-201706293295>
- Lobo, S. (2020, August 5). Sascha Lobo: QAnon – die Verschwörungsiedologie zum Mitmachen. *Der Spiegel*. <https://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/qanon-verschwoerungsiedologie-zum-mitmachen-a-8656ef8e-b2dc-4b90-a09f-8cb6e4a4db19>
- Luhmann, N. (2011). Die Unwahrscheinlichkeit gelingender Kommunikation. In *Aufsätze und Reden* (S. 76–93). Reclam.
- Nassehi, A. (2019). *Muster: Theorie der digitalen Gesellschaft*. C.H. Beck.
- Stalder, F. (2016). *Kultur der Digitalität*. Suhrkamp.
- Ürük, B. (2016). *Provokante Aussagen unerlässlich, sie sorgen für notwendige Aufmerksamkeit*. kress. <https://kress.de/news/detail/beitrag/134284-interne-anweisung-von-afd-chefin-frauke-petry-legt-medienstrategie-offen-provokante-aussagen-unerlaesslich-sie-sorgen-fuer-notwendige-aufmerksamkeit.html>
- Wampfler, P. (2021). Digitale und argumentative Positionalität: Für einen diskursiven Umgang mit Phänomenen in einer Kultur der Digitalität. *Pädagogische Rundschau*, 75(3), 339–350.
- Wikipedia. (2022). Non-apology apology. In *Wikipedia*. https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=Non-apology_apology&oldid=1071766311
- ZDF. (2021, Februar 3). *Habeck sorgt für Twitter-Diskussion*. <https://www.zdf.de/uri/10627b4c-4206-4167-aa8e-7b104957514f>

Sophia-Hanser Politics
Roboter mit mehr Rechten
auf einer Investorenkonferenz
in Saudi-Arabien

Wenn KI gefällt wird
kann sie ohne menschen
ähnliches zu je entscheiden
Gespräch führen

(zum Schmid habe als
Motivat der mündende
Computeremancipation)

→ Systeme like zweite Ordnung
DL-Botschaft ist Gesellschaft
Kontrolle annehmen und
nicht totgeschweigen
Es ist anders als ein von
wenn geprägte Stoff (Systemik)
von Gesellschaften Systemen
nach Fazit die
Vorherrschaft der KI sollte
→ die Kommunikation der
Kommunikation

Womit an dem Rechtmäßigkeit
Objektivität

Samstag - Vom mitteg (Robin)
Duftshaus

10:45 - tritt

Welt-Passelle v. der er möglichen
Kame 69-72

Wand offen ("Vorlesung d. Raum")
→ im Handlungsumfeld

organisatorisch liegt auf
Interessen

Geschäfte die von sich hersteller
(Handlungsspielräume)

Diagonale Dispositivität

"Formen füllen die sich um den
Motiv schließen"

Expansivität wachsen

die eine Situation des Faziters

herausdrückt

"Insuffizient - Regulierung"

Christian Montag

Ich träume von einer Welt, in der wir Social Media neu starten

Über die Stationen Zürich, Luzern komme ich endlich in Sachseln an, um mit dem Postbus nach Flüeli-Ranft im Herzen der Schweiz zu gelangen. Es ist schon spät, als ich das Jugendstil-Hotel Paxmontana vor mir sehe. Ich muss direkt an das Overlook-Hotel in Stephen Kings „Shining“ denken. Ein einsames Hotel in Bergkulisse, wo der Schriftsteller Jack Torrance sein Unwesen treibt. Auch die zu später Stunde leer gefegten Gänge des Hotels erzeugen eine ähnliche Gefühlswelt in mir. Am nächsten Morgen sind die Bergwelten nebelverhangen und die Luft ist klar, als ich auf den Balkon von meinem Zimmer trete. Ich atme die kalte Luft tief ein. Tatsächlich fühle ich mich hier in dem Schweizer Dorf Flüeli-Ranft weit weg von der hektischen Welt des Twitterns und des oft heftig geführten politischen Online-Diskurses, über den sich eine spannende Gruppe von Experten und Expertinnen hier in Ruhe austauschen will. Das spartanisch, aber sehr schön eingerichtete Hotel lädt dazu ein, sich auf die innere Erlebenswelt zu fokussieren.

Während ich von dem Balkon aus in die Berge schaue, hält die COVID-Pandemie nach wie vor die Welt im Griff und ich muss gestehen, dass sich nach über eineinhalb Jahren Pandemie bei mir eine große Müdigkeit breitgemacht hat. Unter anderem galt es an der Universität vieles umzustrukturieren, um meinen Studierenden eine ansehnliche Lehre unter erschwerten Umständen zu ermöglichen. Dass wir nach über eineinhalb Jahren Pandemie in Deutschland mitten in einer vierten COVID-Welle mit dramatischen Inzidenz-Zahlen hängen und uns wahrscheinlich ein harter Winter bevorsteht, ist leider auch politisch zu erklären. So gut man viele der nicht immer sinnvollen Maßnahmen zu Beginn der Pandemie aufgrund der damals unsicheren Datenlage nachvollziehen kann, so wenig verständlich ist nun, warum wir in Deutschland nach wie vor tief in der COVID-Misere stecken. Die pandemische Lage hätte längst im Griff sein können. Das Versagen der Politik zeigt sich unter anderem in der großen Zahl an Personen, die nach wie vor in Deutschland nicht geimpft sind.

In diesem Zusammenhang spielt meiner Ansicht nach die Digitalität des politischen Diskurses eine nicht unwesentliche Rolle, die die Stimme

der QuerdenkerInnen mit randständigem Gedankengut großgemacht hat. Natürlich muss eine tolerante Gesellschaft ein breites Meinungsspektrum zulassen. Im aktuellen Online-Diskurs über die bestehenden Online-Plattformen kann allerdings jede noch so unsinnige Stimme eine unglaubliche Aufmerksamkeit bekommen, die den täglichen politischen Diskurs stark emotionalisiert und mit Fehl- oder Falschinformationen überzieht. In dem Internetzeitalter ist es für eine Minderheit von Menschen mit randständigem Gedankengut einfach geworden, den täglichen politischen Diskurs zu bestimmen. Heute können sich unterschiedlichste Gruppierungen ohne größere Probleme über Kanäle von Telegram bis Facebook zu Wort melden. Und zwar so laut, dass Politiker und Politikerinnen anscheinend nicht immer mit kühlem Kopf die besten Entscheidungen für ihr Land treffen. Was also tun?

So schlimm die aktuelle COVID-Pandemie ist, so hat sie für mich persönlich auch schöne Aspekte mit sich gebracht. Während die Arbeitsbelastung besonders im Jahr 2020 teilweise unerträglich hoch war, so habe ich als Berufspendler so viel Zeit wie noch nie zuvor mit meiner Familie verbringen können. Weiterhin hat es der Zufall mit sich gebracht, dass ich mit Beginn der Pandemie einen Vertrag für mein Buch „DU GEHÖRST UNS!“ abgeschlossen hatte. Darin beschäftigte ich mich ausführlich mit dem Datengeschäftsmodell hinter den üblichen Social-Media-Anwendungen. Ich hatte also ein schönes Corona-Projekt, welches mich einige Nächte auf Trab gehalten hat.

Eine zentrale Erkenntnis meiner Forschung, die in meinem Buch ausführlich dargelegt wird, ist, dass das Datengeschäftsmodell nicht kompatibel mit einer gesunden Social-Media-Plattform und damit auch nicht mit einem gesunden politischen Online-Diskurs ist. Solange Unternehmen damit Geld verdienen, dass sie uns möglichst lange auf ihren Online-Plattformen halten, sind sie natürlich daran interessiert, Online-Umgebungen zu entwickeln, die möglichst „süchtig“ machend sind und zeitgleich auch die Interaktion mit anderen NutzerInnen auf der Plattform steigern. Das bedeutet aus Sicht der Tech-Unternehmen ein deutliches Plus an digitalen Fußabdrücken, welche ausgewertet werden können, um die Nutzer und Nutzerinnen psychologisch besonders gut zu durchleuchten. Dieses Wissen wird seit vielen Jahren über gezielte Werbung kapitalisiert und hat Konzerne wie Facebook unglaublich reich gemacht.

Das Datengeschäftsmodell hat nicht nur zu besonders immersiven Online-Plattformen geführt, sondern auch den politischen Online-Diskurs verändert. Es ist mittlerweile gut belegt, dass Online-Botschaften,

die Wut, Zorn und Ärger erzeugen, besonders starkes Engagement auf Seiten der Nutzer und Nutzerinnen erzeugen, und dass diese emotionalen Nachrichten häufig an die Spitze der Social-Media-Kommunikation gespült werden. Kurzum, es rechnet sich für große Online-Plattformen anscheinend, Algorithmen einzusetzen, die äußerst emotionale Botschaften mit hoher Sichtbarkeit belohnen. Damit wird von Seiten der PlattformbetreiberInnen in Kauf genommen, dass Fake News und Hassrede den täglichen politischen Diskurs online dominieren können. Weiterhin führen Design-Elemente wie der personalisierte News-Feed möglicherweise zu einer Einengung der persönlichen Weltanschauung, da die bestehenden Algorithmen der Tech-Konzerne den NutzerInnen jeden Tag eine möglichst interessante, personalisierte Tageszeitung präsentieren wollen, die auf den Vorlieben dieser Nutzer und Nutzerinnen aufbaut. Als Konsequenz werden also besonders solche Nachrichten in den personalisierten News-Feed gepackt, die den Interessenlagen der Nutzenden am besten entsprechen. Zumindest für solche NutzerInnen, die sich ausschließlich über diese Online-Kanäle politisch informieren, kann hier die viel zitierte Filterblase entstehen, die möglicherweise auch einer Radikalisierung Vorschub leistet.

Was also tun, um Bürgern und Bürgerinnen weiterhin die Möglichkeit zu geben, sich online politisch auszudrücken und zu beteiligen, ohne dabei aber die ganzen Schattenseiten der aktuellen Social-Media-Plattformen in Kauf zu nehmen?

Ich bin davon überzeugt, dass wir Social-Media und verwandte Plattformen für den öffentlichen Diskurs ganz neu denken müssen. Da das Gewinnstreben via Datengeschäftsmodell und ein gesundes Social-Media-Angebot meiner Auffassung nach nicht miteinander kompatibel sind, muss darüber diskutiert werden, ob Online-Plattformen für den politischen Diskurs nicht eigentlich ein öffentliches Gut (Public Good) darstellen. Zumindest für Deutschland mit seiner stark öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Radiokultur finde ich diesen Gedanken sehr attraktiv. Ein öffentlich-rechtliches Social-Media-Angebot könnte auch schnell großgemacht werden, indem im öffentlich-rechtlichen Rundfunkbereich weder private Social-Media-Plattformen beworben, noch die bestehenden kommerziellen Social-Media-Angebote für den Austausch unter BürgerInnen und PolitikerInnen an der Schnittstelle öffentlich-rechtliche Internet-TV-Radiowelt verwandt werden dürften. Ich gehe davon aus, dass in diesem Szenario viele NutzerInnen sich zumindest eine Zusatz-App auf ihren Smartphones installieren würden. Als

Nebeneffekt würde möglicherweise auch der Druck auf das bestehende Datengeschäftsmodell hinter den bestehenden Social-Media-Angeboten größer werden, da dort als Konsequenz die Nutzungszeiten sinken würden. Vielleicht würden die aktuell dominierenden Plattformen ihr Geschäftsmodell überdenken. Eine öffentlich-rechtliche Social-Media-Plattform muss finanziert werden, wie die bereits existierenden Fernseh- und Radiosendungen. Eine solche Finanzierung könnte über GEZ-Gebühren stattfinden.

Social Media und verwandte Online-Plattformen als öffentliches Gut zu sehen, geht übrigens mit weiteren Voraussetzungen einher. Bezahlt würden wir logischerweise für eine solche Plattform nur, wenn das Online-Angebot gesunder Natur wäre. Das heißt: die Plattformen müssten anders gestaltet werden, damit sie eben nicht schlicht Online-Zeiten verlängernd wirken. Weiterhin müssten die Algorithmen hinter einem gesunden Social-Media-Angebot dahingehend verändert werden, dass weniger Fake News an die Oberfläche gespült werden und der Diskurs online zivilere Formen annehmen könnte. Die anfallenden digitalen Fußabdrücke würden in einem öffentlich-rechtlichen Social Media nur noch eingesetzt, um den Service der gesunden Plattform zu verbessern. Kurzum, die Privatsphäre der Nutzer und Nutzerinnen wäre besser geschützt. Meiner Auffassung nach sollte auch psychologisches Wissen bei der Gestaltung eines gesunden Social-Media-Angebots berücksichtigt werden. Ein Beispiel wäre die Berücksichtigung des *Online-Disinhibition-Effect*, also die Erkenntnis, dass sich Menschen in Onlinewelten öfters impulsiver verhalten als dies direkt von Angesicht zu Angesicht der Fall ist.

Unabhängig von dem bis Hierhin gesagten, ist die Frage, wie gesunde Social Media für den öffentlichen Diskurs genau gestaltet werden müssten, nicht trivial, da das meiste Wissen über den Einfluss von Designelementen wie Like-Button, personalisierter News-Feed oder unendliches Scrolling auf das Verhalten der NutzerInnen in den Händen der großen BetreiberInnen wie Meta und Twitter liegt. Unabhängige Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen haben zumeist keinen Zugriff auf die Daten hinter den hohen Mauern der Tech-Industrie. In meinen Augen ist dies ein nicht hinnehmbarer Zustand: Ein Unternehmen wie Meta hat auf allen hauseigenen Plattformen insgesamt über drei Milliarden NutzerInnen. Ein gigantischer Konzern wie Meta, der supranational agiert, kann nicht mit jedem x-beliebigen Unternehmen verglichen werden, und bedarf meines Erachtens einer besonderen Untersuchung – auch durch externe Oversight-Boards. Die

aktuelle Enthüllung der Praktiken von Meta durch die Whistleblowerin Francis Haugen zeigt erneut, dass ein unabhängig arbeitender Aufsichtsrat sicherlich wertvolle Dienste leisten könnte.

Social Media ist leider für unabhängige Forscher und Forscherinnen momentan in vielen Fällen eine Black Box. Wir verstehen trotz der offenkundigen Schattenseiten der bestehenden Social-Media-Angebote und dem Datengeschäftsmodell nur unzureichend, was genau dort vor sich geht. Vor diesem Hintergrund erscheint es mir dringend geboten, Social Media neu zu denken.

Ich gehe ans Fenster meines Hotelzimmers und schaue in die nebelverhangenen Berge. Ich träume mich in eine Welt, in der Social Media neu gestartet wird.



Werner Bartens

Am Abgrund – Dr. Data und der heilige Datenberg

Die Digitalisierung in der Medizin soll den Fortschritt in der Heilkunde beschleunigen und Patienten bessere Behandlungen ermöglichen.

Bisher bleiben Erfolge aus, Pannen häufen sich.

Doch der Hype ist ungebrochen.

Eine Ernüchterung inklusive misslungener Heiligsprechung im Nebel.

Der 53-Jährige hatte die Reisetasche schon Tage vor dem geplanten Eingriff gepackt, so aufgeregt war er. Dabei würde er nur zwei Tage in der Uniklinik bleiben müssen, das war ja keine Weltreise.

Eine Reise, ja doch, das ist ja das Schöne daran. Doch wie auf den heiligen Berg hinaufkommen, von hier unten, wo die Bahn einen zwar pünktlich ausspuckt, doch noch sind es ein paar Kilometer hoch zu Bruder Klaus. Der hat Frau und zehn Kinder im Stich gelassen und wurde heiliggesprochen. Zeiten waren das.

Seine Leberwerte waren erhöht, im Kernspin erwies sich die Organstruktur dichter als üblich. Nichts Dramatisches, eine Gewebeentnahme sollte Klarheit bringen. In der Klinik wurde der Patient freundlich begrüßt, gleich konnte es losgehen.

Über Leberwerte hätte sich in „Haus Bergfrieden“ trefflich debattieren lassen, „Pax Montana“ klingt allerdings weltläufiger und friedlicher, mindestens nach Völkerbund. Die Bar hat bis tief in die Nacht geöffnet und die lokalen Brauereien und Brennereien verstehen ihre Kunst.

„Ich habe die Blutverdünner heute abgesetzt, das war doch in Ordnung?“, sagte der Patient zur Ärztin. Die fiel aus allen Wolken, besprach sich mit ihrem Oberarzt, dann wurde die Untersuchung verschoben. „Geht gar nicht“, herrschte der Arzt den verdutzten Patienten an. „Den Eingriff führen wir nicht durch, das Blutungsrisiko wäre viel zu hoch.“ Moment mal, wurde *er* etwa angepflaumt, weil *er* das Mittel am selben Tag abgesetzt hatte – wo ihm in derselben Uniklinik, vielleicht 100 Meter

Luftlinie entfernt, vier Monate zuvor eben dieser Blutverdünner verschrieben worden war?

Was wissen wohl die anderen voneinander, wer wird den anderen unterbrechen, wer sich als Alpha-Tier in den Vordergrund spielen? Das Thema ist so herrlich weit wie offen, wie unbestimmt. „Mensch, Maschine, Zukunft“ – dieser Titel passt auch gut zu einem Treffen der örtlichen Traktorenhersteller.

Ein Arzt weiß nicht, was der andere verordnet hat. Eine Abteilung erfährt nichts von der nebenan. Akten oder andere Informationen über Patienten von einer Klinik zur anderen zu versenden oder – verrückte Idee – gar vom Hausarzt in die Klinik oder umgekehrt, hat manchmal ähnliche Erfolgssäusichten wie eine Flaschenpost im Bermuda-Dreieck. Was, wenn statt des alerten 53-Jährigen ein verwirrter Rentner zur Gebeventnahme in die Klinik gekommen wäre und die Ärzte nicht darauf hingewiesen hätte, dass er Blutverdünner einnimmt?

Schwer symbolisch legt sich der Nebel im Kanton Obwalden in, auf und neben Flüeli-Ranft. Alle sind voller Ideen, Assoziationen, doch die Gedanken mändern vor sich hin. Immer mal wieder scheint kurz die Sonne durch, vermittelt kurz eine Ahnung von der schroffen Bergwelt, doch von Durchblick kann während des Wochenendes nicht die Rede sein. Konturen scheinen auf, das dann doch.

Jeder kennt die Geschichten aus der Medizin: von verlorenen Röntgenbildern, verschwundenen Arztbriefen, nicht aufzufindenden CT-Befunden. Und erst das Papier-Mikado in der Klinik, wenn die Patientenakten neben den Konsilberichten ausgebreitet werden oder sich die Nacht- und die Tagesschicht darüber streiten, warum in der Kurve nicht vermerkt ist, dass Herr Meyer, 93, doch „auf gar keinen Fall eine Reanimation“ wollte – gegen Mitternacht aber trotzdem die Wiederbelebungseinheit mit vollem Besteck angerückt ist, um ihn „zurückzuholen“, wie es medizinumgangssprachlich heißt, als werde ein entlaufenes Tier eingefangen.

Was macht diese Digitalität also mit uns, wie werden die Themen durch die Funktionalität der Endgeräte und ihrer Einschränkungen bestimmt, begradigt und vielleicht gar ihrer Vieldeutigkeit beraubt? Ist digitale Teilhabe ein Gewinn für die Kommunikation und gar die Demokratie? Oder stellt sich die Digitalisierung erst noch als antidebakatischer Treibstoff heraus? Schwer hängt der

Nebel über dem Abgrund. Und wie ging es eigentlich der Frau und den Kindern von Bruder Klaus, dem Scheinheiligen mit dem Heiligenschein? Fragen eines lesenden Seminaristen. Doch Flüeli-Ranft verleiht bekanntlich Flügel.

Angesichts des heillosen Durcheinanders der Daten und Befunde in Krankenhäusern und Praxen ist es erstaunlich, dass sich die Medizin gerade im euphorischen Taumel der Rettung durch Big Data hingibt. Kladden, Mappen, Arztbriefe gibt es zwar, doch sie kreiseln orientierungslos irgendwo im Gesundheitssystem wie der Plastikstrudel im Westpazifik. Sie kommen oftmals gar nicht an, viel zu spät oder beim falschen Adressaten. Aber es gibt sie, das ist erwiesen. Und dennoch befindet sich die Heilkunde im Datenrausch und erwartet davon nichts weniger als genauere Diagnosen und bessere Therapien vom heiligen Datenberg. Das muss man erstmal verstehen – paradoxer geht es kaum. Wobei, vorweg: Ordnung im Chaos der Patientenakten und Befunde zu schaffen und einmal digital feucht aufzuwischen und dann gut sortiert zu sein – das wäre zu begrüßen. Um Patienten besser zu behandeln, das schon mal als Spoiler vorweg, taugt die Methode hingegen wenig. Hier gilt: Big Data – Big Error. Mehr Daten, das heißt in der Medizin zunächst mehr Unordnung, weniger Klarheit.

Erste Wortmeldungen zeigen den Versuch, den disparaten Strom an Ideen und wildem Denken zu sortieren, teils dienen sie aber der Selbstbespiegelung und produzieren vornehmlich sozialen Lärm. Aber am heiligen Orte sind Verständnis und gnädige Moderation gut aufgehoben. Wer weiß schließlich schon, mit welchem Gepäck die anderen angereist sind? Da heißt es, Dankbarkeit und Teilhabe zeigen, sich selbst verorten und fundieren – und das bei dem Wetter.

Der Begeisterung für das große Wühlen und Suchen im Datenstrom tut die Kritik daran keinen Abbruch. Bücher wie „Big Data“ von Kenneth Cukier und Viktor Mayer-Schönberger prophezeiten schon 2013 eine „Revolution, die unser Leben verändern wird“, weil „durch Recherche und Kombination in der Datenflut blitzschnell Zusammenhänge entschlüsselt“ würden. Sogar vor Toten machten diese Autoren nicht Halt; sie behaupteten, dass Steve Jobs nach seiner Krebsdiagnose noch einige „Extra-Lebensjahre gewonnen“ habe, weil er „alle und nicht nur ein bisschen Daten“ für genetische Analysen zur Verfügung gestellt habe. Der Apple-Chef starb 2011, und es ist nicht belegt, dass Jobs nach der Diagnose noch viel Zeit geblieben wäre.

Seltsam bezugslos und beziehungslos sind einige Wortbeiträge, anregend und informativ zwar oft, doch wo bleibt das Miteinander, der diskursive Anschluss, der Austausch, das Sich-Ergänzen? Nun ja, jeder ist schließlich auch Makler seiner selbst, muss die schönste Seite offerieren, die er hat und dabei dezent auf frühere Heldenataten verweisen. Personalisierung ist schließlich auch ein Kennzeichen von Social Media; Berichte von Brüchen, weiser Umkehr und andere Konversionserzählungen geben erst die Würze. Kurze Zwischenfrage: Wer hat sich kürzlich noch bei Twitter abgemeldet?

Wenn es nach Wunsch und Theorie geht, sollen mit Hilfe von Big Data allerlei medizinische Wunderdinge gelingen und zwar mit Hilfe der „drei V“ – Volume, Velocity und Variety, also der Datenmenge, der Geschwindigkeit der Verarbeitung und der Vielfalt der Daten, die im Idealfall nicht nur medizinische Befunde und Analysen umfassen, sondern auch aus sozialen Netzwerken, Blogs, Tweets, E-Mails oder den Sensoren zur Aufzeichnung von Körperfunktionen stammen.

Gespräche entstehen und vergehen, es geht zu wie auf den Marktplätzen der sozialen Medien, die einen bunten Reigen an Eindrücken und Ausdrücken bieten, aber in denen es technisch erschwert wird, anderen zu antworten, sich zu zweit oder gar zu mehreren auszutauschen. Broken by design – das macht den Dialog schwer. Scheint so, als ob die neurobiologische Verdrahtung von Homo sapiens sapiens das auch immer weniger zulässt.

Die IT-Branche ist in Aufbruchsstimmung, Politiker wie Ökonomen wittern die Chance, dass Deutschland endlich digital Anschluss gewinnt – über das Vehikel der Medizin, wo die Flugtaxis doch immer noch auf sich warten lassen. Der wissenschaftliche Dienst des Bundestags sieht „Big Data als großes Innovationsthema der Informationstechnik“. Franz Bartmann von der Bundesärztekammer hält gar „das Smartphone des Patienten für das Stethoskop des 21. Jahrhunderts“. Nicht alles, was hinkt, ist ein Vergleich. Manche Adepten von Big Data erwarten schon das Ende des wissenschaftlichen Weltbildes, weil kausale Zusammenhänge mal eben als unnötig erklärt und von der Menge an statistischen Korrelationen abgelöst werden. Das käme nahezu einem wissenschaftlichen Wortbruch gleich, wenn die Kausalität verschwindet zugunsten schlichter Korrelation. Der drohende Qualitätsverlust ist dann absehbar, aber offenbar auch einkalkuliert.

Zwar ist niemand eine Insel, aber jeder seine Welt für sich. Die Gedanken sind frei, ihren Spiel- und Tummelplatz haben sie aber vor allem im eingezäunten Gehege des eigenen Weltbildes. Kommunikativ behände nimmt die Diskussion kein Ende – und bleibt trotzdem immer wieder stecken und stocken im halb-autistischen Selbstbezug. Und draußen dunkelt es bereits.

Der Glaube daran, dass sich jedes medizinische Problem durch mehr Daten lösen ließe, wurde zwar schon früh als „Wissenschaft im Größenwahn“ (NZZ) und „leeres Versprechen“ (Deutsches Ärzteblatt) bezeichnet, trotzdem vertrauen Ärzte wie Laien darauf, dass der Zugewinn an Daten schon „irgendwie“ auch einen Zugewinn an Erkenntnis mit sich bringen wird. Harvard-Mathematiker haben diese Erwartung längst entkräftet. Und der Finanzmathematiker Nassim Taleb spricht von Big Data als „Rosinenpicken auf industriellem Niveau“. Jeder sucht sich, was er braucht – diesmal aber mit Hilfe von Algorithmen, kleinen Chips und großen Maschinen.

Sich erklären und verständlich machen will geübt sein – jenseits von Fachidiot und Bedeutungsbeckmesserei. Verständlich machen will sich auch Salvatore, ein liebenswerter „idiot savant“, der in Umberto Ecos Roman „Der Name der Rose“ eigentlich als Sprachgenie brilliert. So viele Sprachen kann er, so freundlich ist er – dennoch scheitert er unverstanden und deshalb folgerichtig auf dem Scheiterhaufen.

Schließlich tauchen durch mehr Daten – und das ist nun mal das Ziel von Big Data – auch mehr falsche Daten und statistische Störgeräusche auf. „Jeder kann falsche statistische Zusammenhänge finden“, sagt Taleb. „Big Data bedeutet durchaus mehr Informationen, aber eben auch mehr falsche Informationen.“ Mit der Zahl der Variablen steigt nun mal die Anzahl der zufälligen, aber dennoch statistisch signifikanten Korrelationen stärker an. In der Diagnostik drohen mehr Fehlalarme, weil falsche Signale als echt gedeutet – und Patienten in der Folge unnötig untersucht und behandelt werden. Falsch positive Signale sind ein Problem. Nicht mehr, sondern weniger Variable würden Abhilfe schaffen. Aus wildem Hupen an einer gestauten Kreuzung lässt sich keine Verkehrsrichtung erkennen.

Und die Demokratie, profitiert die vielleicht von mehr Digitalität? Schön, wenn Wahlverfahren vereinfacht werden und die Stimmabgabe damit auch denen gelingt, die sonst nicht teilhaben würden. Doch demokratische Partizipation ist

etwas anderes – hier spielen doch nur jene mit, die Übung haben, die sich ausdrücken können. Doch längst wird mit diesen Vehikeln auch agitiert, verschwörungstheoretisiert und antideomokratisiert.

Ein weiteres Bild illustriert Chaos und Gefahr durch immer mehr Daten: Wenn der Wasserstand im Ozean durch ständigen Zustrom erhöht wird, ist vor tosendem Wellengang weder der Schall von U-Booten noch der Gesang der Buckelwale zu hören – sondern ein anschwellendes Rauschen mit einer Menge an Störsignalen. Kritiker von Big Data verweisen deshalb auf ebenso beeindruckende wie unsinnige Korrelationen: So entwickelte sich der Käsekonsum pro Kopf in den Jahren 2000 bis 2010 parallel zur Anzahl der Menschen, die auf tragische Weise unter ihrer Bettdecke erstickt sind (nein, nicht an Schmelzkäseeecken). Eine weitere überzeugende Zehn-Jahres-Korrelation besteht zwischen den von 1999 bis 2009 in Pools ertrunkenen Menschen und der Anzahl der jährlichen Filmrollen von Nicolas Cage – auch das hat nichts mit bei Unterwasser-aufnahmen verunglückten Statisten zu tun.

Verständlichkeit? Was wird denn vorgeführt auf Twitter, Facebook, Instagram und Co.? Doch nicht das Bild unser Selbst, sondern das Bild, das wir gerne von uns hätten. Wie ein Gütesiegel schreiben manche Politiker und B-Promis auf Twitter, dass sie „noch selbst“ den Account befüllen. Doch wer hält das auf Dauer durch? Mal sehen, wie lange Karl Lauterbach in seiner neuen Funktion als Gesundheitsminister dieses Twitter-Tempo durchhält, das er als teilnehmender Politikbeobachter vorher praktiziert hat. Es gilt das unbarmherzige Motto für fast jedes Thema und jede Diskussion: Es verebbt – oder einer gibt auf. Und wo ist eigentlich Bruder Klaus?

Große Erfolge von Big Data lassen in der Medizin auf sich warten. Patientennahe Beispiele zeigen vor allem Pleiten, Pech und Pannen der großen Datenschau. Ein paar wenige Beispiele unter vielen: 2008 kündigte Google an, anhand der Suchvorlieben im Netz die Entstehung von Grippewellen in Echtzeit, gleichsam vom ersten Husteln an, zu erkennen und den Verlauf vorhersagen zu können. Das renommierte Fachblatt „Nature“ kündigte die Neuerung an, zunächst klappte es auch einigermaßen mit der Vorhersage. 2013 wurde „Google Flu Trends“ dann im kleinsten Kreise beerdigt, nachdem es den Höhepunkt der Grippewelle um schlanke 140 Prozent verfehlt hatte. Von „epischem Versagen“ war anschließend die Rede – der Algorithmus geriet ins Schleudern, weil andere saisonal beliebte Begriffe wie „High School Basketball“ ebenfalls

in die Suchanalyse einbezogen wurden. Auch das Dutzende Millionen Dollar teure Programm Watson von IBM wurde von großen Krebskliniken wieder gekündigt, weil der Doktor aus Fleisch und Blut zuverlässiger arbeitete.

Wie soll man sich auch zurechtfinden bei dem Nebel? So nah an der Ranft hinunter ins Tal, flugs die nackten Füße in den kalten Gebirgsbach, dann hinauf auf die „Hohe Brücke“, wenn auch nur auf halber Strecke und mit halber Mannschaft, ein bisschen Schwund ist immer. Ein Auf-und-Ab, stochernd im Nebel. Da saß er also, der Bruder Klaus, in Sichtweite zur Familie, die er in Stich ließ, aber in genehmigter Nebentätigkeit den weisen Ratgeber und mystischen Seher gebend. Am Abgrund lässt sich gut munkeln.

Computer mögen besser auffällige Zellen in Gewebeproben entdecken oder eine veränderte Organtextur im Kernspin. Teifähigkeiten des Menschen lassen sich maschinell nicht nur gut ersetzen, sondern die Maschine ist dem Menschen schnell überlegen. Allerdings muss der Maschine auch rückgemeldet werden, ob sie irrt oder richtig liegt, das ist nicht anders als bei einem Dreijährigen. Sonst kann sich die Maschine nicht nachjustieren und korrigieren, sondern sie wird Ergebnisse liefern, die falsch und falscher sind und nichts dazulernen. Dann kann aus einer harmlosen Gewebeveränderung schnell ein Tumor werden.

Wer moderiert das Ganze, wo doch Underdogs und Radikale auf Twitter und Co. so viel zu gewinnen haben? Es hat schon seinen Grund, dass es Lektoren, Redakteure und Moderatoren gibt. Nicht jedes soziale Geräusch ist schon ein Gedanke und nicht jeder Gedanke ist es wert, im Internet zu überdauern. Ein-zuschreiten, bevor Unfug salonfähig oder politisch instrumentalisiert wird, ist noch lange keine Zensur, sondern notwendiger denn je.

Dass mehr Daten nicht automatisch mehr Informationen und erst recht nicht mehr Erkenntnis bedeuten, erleben Menschen beim Arzt immer wieder. Schwangeren wird zum „Baby-Fernsehen“ neben dem üblichen Ultraschall neuerdings immer öfter auch ein 3-D-Ultraschall angeboten. Die Bilder sind plastischer (manche sagen: vor allem hässlicher) und beruhen auf größeren Datenmengen. Zusätzliche diagnostische Details oder andere Informationen sind dadurch aber nachweislich nicht zu entdecken.

Können Bilder anbiedernd sein? Muss man begriffsstutzigen Studenten tatsächlich eine virtuelle Kulisse des Mittelalters vorspielen, weil ihnen die geistige Flexibilität abhandengekommen ist, sich in das Weltbild kurz vor einem Kreuzzug hineinzuversetzen? Klar – aus Sophies Welt wird Doofies Welt, Faust wird mit Playmobil nachgestellt, warum dann nicht VR für angehende Historiker?

Noch ungünstiger für Patienten wirkt sich die immer detailliertere Auflösung moderner Kernspin- und CT-Bilder aus. Mittlerweile werden bereits kleinste Abweichungen und Zufallsbefunde entdeckt, die keinerlei krankhafte Bedeutung haben, Ärzte jedoch irritieren und Patienten Angst machen. Dann werden Kontrolluntersuchungen oder invasive Diagnostik angeordnet, wie bei dem 53-Jährigen mit dem unklarem Leberbefund, die unnötig sind und schaden können. Die Folge der technisch aufgerüsteten Absicherungsmedizin ist – Verunsicherung. Neurologen scherzen längst über die Diagnose UBO. Das sind „unidentified bright objects“, also unklare Aufhellungen in Kernspin oder CT ohne jeden Krankheitswert. Für Patienten bringen die zusätzlichen Daten keine Vorteile, sondern überflüssige Untersuchungen mit sich.

Was aber wollen die Konzerne? Der Ausverkauf der Daten und Meta-Daten ist längst in vollem Gange, da muten die Proteste gegen die Volkszählung Mitte der 1980er-Jahre geradezu röhrend an. Diesmal nicht angeordnet vom Staat, sondern ganz freiwillig, noch intimer und auf allen Kanälen. Oder frei nach der Werbung: Weil ich es mir wert bin – du darfst.

Die Beispiele sind nicht nur von anekdotischem Interesse, sondern illustrieren den Gegensatz der Weltbilder, wenn es um medizinischen Fortschritt geht. Techniker und Entwickler medizinischer Geräte begeistern sich für höhere Auflösung und genauere Analysemethoden und müssen dann feststellen, dass die Fortschritte zum Schaden der Patienten sein können. IT-Experten freuen sich, wenn immer mehr Daten in immer kürzerer Zeit „verarbeitet“ werden und drohen zu verkennen, dass mehr und schnellere Technik nicht automatisch mehr brauchbarem Inhalt mit sich bringt.

Die Kontrolle ist längst aus der Hand gegeben worden. Techkonzerne wie Apple, Google, Amazon und Facebook sind mit nationalen Gesetzen nicht zu fassen, da ähneln sie den illustren Schacherrunden von Fifa, IOC oder Uefa. Eine Welt für sich, mächtiger als die meisten Staatenlenker.

Hört die Politik auf falsche Einflüsterer aus der IT-Branche? Welche Daten im Wechselspiel zwischen Unis, Kliniken und Firmen kommerzialisiert werden und welche geschützt, ist nicht ansatzweise geregelt. Trotzdem findet sich auf der Homepage des Bundesministeriums für Bildung und Forschung unter dem Stichwort „Digitalisierung in der Medizin“ die Behauptung, „Patienten und Ärzte könnten entscheidend profitieren, wenn alle relevanten Gesundheitsdaten der Patienten, alle für eine Krankheit verfügbaren Forschungsdaten und -ergebnisse sowie das dazugehörige medizinische Fach- und Erfahrungswissen intelligent verknüpft zur Verfügung stünden.“ Können sie das wirklich? Wichtig sind die Details: „Intelligent verknüpft“ und „alle“ Daten – selbst gut gemeinte Erfassungen bergen jedoch die Gefahr großer Schieflagen, wie sich jüngst in Boston zeigte, als eine Schlagloch-App auf dem Smartphone registrieren sollte, wenn das Auto durch Dellen fuhr und die Daten in Echtzeit an das städtische Bauamt übermittelt wurden. Aufällig viele Schlaglöcher fanden sich in gentrifizierten Stadtteilen – wo genügend junge Leute wohnten, die Smartphones besaßen und die App installieren konnten.

Die Inszenierung entscheidet, gerne mit Konversionserlebnis inklusive. Wer seine Authentizität im Aufhören gewinnt, vergewissert sich seiner selbst als einziger zuverlässiger Ressource. Es ist das Ende der Diskussion, denn was zur Umkehr bewegt, ist schließlich selbst erlebt, ist bekräftigt durch das einschneidende Schlüsselerlebnis. Und wer will da widersprechen? Ach so, aber bitte nicht die Oralität erkennen. Ist zwar auf Twitter oder Facebook geschrieben, aber doch nicht schriftlich gemeint. Nur dahingesagt. Wohin?

Big Data führt manchmal gar zu gespenstischen Szenarien. Stanford-Informatiker haben selbstlernende Algorithmen entscheiden lassen, ob Todkranke eine Palliativ-Behandlung bekommen sollten oder noch versucht würde, sie zu heilen. Lebenswichtige Entscheidungen traf der Computer. Abgesehen von der ethischen Fragwürdigkeit zweifelten Methodiker die Richtigkeit der Vorhersagekriterien an. Der Lernprozess der Maschinen war so grob, dass die Informationen über die Schwere der Krankheit keine zuverlässigen Prognosen erlaubten. Etliche Patienten überlebten, obwohl sie schon für die Palliativgruppe vorgesehen waren. Big Data ist eine grobe Täuschung der Öffentlichkeit – und die Getäuschten nehmen daran teil.

Jeder macht mit, sorgt sich nicht, was mit seinen Daten passiert und glaubt, dass große Datenmengen die Probleme der Zukunft lösen werden. Ein gefährlicher Irrglaube.



Philippe Wampfler

Empörungsengagement und Desinformation – politische Kommunikation und die Dynamik digitaler Plattformen

Einleitung

„Weaponizing liberal anger into online engagement“ – mit dieser Formel beschreibt der Politberater Dan Pfeiffer die Strategie des US-Senators Ted Cruz (Pfeiffer, 2021). Engagement, also digitale Aktivität, führt zu Aufmerksamkeit, Aufmerksamkeit wiederum zu politischem Kapital. Erzeugt wird Engagement durch eine Strategie des *Weaponizing*, die man als Verfahren der Desinformation bezeichnen kann.

Desinformation und Aufmerksamkeitserzeugung sind Mechanismen, die sich aus der Logik werbefinanzierter Social-Media-Plattformen ergeben. Aufmerksamkeit für Werbung steigert ihren Wert, Engagement jeder Art dient dazu, Werbung wirksamer auszuspielen. Dabei ist belanglos, welche Informationen damit verbunden werden – digitale Plattformen agieren bewusst nicht redaktionell, sondern bewirtschaften *User-Generated-Content*. So entsteht nicht nur ein idealer Nährboden für Desinformation, sondern darüber hinaus ein Narrativ über die angebliche (destruktive) Wirksamkeit von Social-Media-Plattformen (Bernstein, 2021).

Die zunehmende Nutzung digitaler Plattformen hat Aufmerksamkeitseffekte auf politische Kommunikation übertragen. Aufmerksamkeit – so die Ausgangsthese – kennt keine Richtung. Wie politische Profile Engagement erzeugen, ist in der Logik der Aufmerksamkeitsökonomie belanglos. Auf eine Formel gebracht: Politische Kommunikation funktioniert im digitalen Raum nicht durch Überzeugung, sondern durch Resonanz. Resonanz ist messbar: Kennzahlen übersteuern eine argumentative, informationsethisch reflektierte Kommunikation.

Die folgenden Abschnitte zeigen, wie dieses Problem das Phänomen erklären kann, was *Habeck-Paradox* genannt worden ist (Redaktion Merkur, 2021): Politische Kommunikation oszilliert zwischen „Beklagen und zugleich Bespielen“ von Social-Media-Plattformen, sie nutzt

digitale Inszenierungen im Wissen, dass damit keine demokratisch bedeutungsvolle Überzeugungsarbeit geleistet werden kann.

Beispiel 1: Die Emcke-Rede

Auf dem Parteitag der Grünen hielt die Publizistin Carolin Emcke im Juni 2021 eine kurze Rede. Eine Passage daraus rief in der Folge heftige Reaktionen hervor:

Die radikale Wissenschaftsfeindlichkeit, die zynische Ausbeutung sozialer Unsicherheit, die populistische Mobilisierung und die Bereitschaft zu Resentiment und Gewalt werden bleiben. Es wird sicher wieder von Elite gesprochen werden. Und vermutlich werden es dann nicht die Juden und Kosmopoliten, nicht die Feministinnen oder die Virologen sein, vor denen gewarnt wird, sondern die Klimaforscher. (Emcke zitiert nach Patalong, 2021)

Empörung entstand primär auf Twitter. Der CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak schrieb dort, es handle sich um „eine unglaubliche & geschichtsvergessene Entgleisung“ (Ziemiak, 2021) und warf Emcke Antisemitismus vor. Auf dem Profil der Bild-Zeitung behauptete die Redaktion im Teaser zu einem Artikel, Emcke habe Klimaforscher mit „verfolgten Juden“ verglichen (Bild, 2021). Beide Reaktionen stehen exemplarisch für einen Shitstorm, dem sich die Publizistin und die Grünen ausgesetzt sahen: Er wurde angetrieben durch Konten von Politikerinnen und die Berichterstattung von Massenmedien. Die Argumente und Thesen von Emcke waren diesbezüglich belanglos: Ihre Formulierungen wurden im Rahmen der Desinformationskampagne verfälscht und aus dem Zusammenhang gerissen (Laschyk, 2021). Der Vorwurf des Antisemitismus verbreitete sich, er fand Reichweite – gerade auch durch den Versuch, die Zuspitzung und Verzerrung zu korrigieren und differenziert darauf hinzuweisen, was Emcke tatsächlich gesagt hatte. Paul Ziemiak führte im Anschluss zwar ein Gespräch mit Emcke, entschuldigte sich und löschte seinen Tweet. Doch die Empörung und der emotionale Gehalt des Vorwurfs hallten nach.

Das macht diesen Fall symptomatisch für das hier diskutierte Problem. Die Rede Emckes enthielt ironischerweise eine klare Darstellung der Mechanismen, denen sie sich in der Folge ausgesetzt sah, sie sprach von einem „empörte[n] Protest“, dessen Objekt „so austauschbar wie mutwillig sei“ (Emcke, 2021). Was Emcke prognostizierte, trat gerade bei ihrer Rede ein. Anschlussfähig an die Empörung und Manipulation

waren Kommentare, die primär eine politische Abgrenzung und *Virtue Signaling* erlaubten. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der Rede Emckes hätte vorausgesetzt, dass Menschen bereit gewesen wären, sich einzulesen und darüber nachzudenken, was die Autorin meint. Die Verknappung auf die Codes: *Grüne – Intellektuelle – Antisemitismus* reichte hingegen aus, um Engagement ohne weiteren Aufwand zu erzeugen.

Die Begleitung der Eskalation durch Publikationen in der Süddeutschen Zeitung (z.B. Steinke, 2021) verhalf den Profilen, die sich am Shitstorm beteiligt hatten, zu mehr Reichweite – und verschaffte der perfiden Unterstellung, Emcke habe antisemitische Aussagen getätigt, eine weitere Bühne. Resonanz ersetzte Relevanz. Der berufsethisch bewusste Journalismus stand so vor einer *Catch-22-Situation*: Entweder ignorieren, worüber alle (zumindest auf Twitter) sprechen – oder denen eine Bühne geben, welche eine deliberative Auseinandersetzung verhindern oder erschweren.

Aufmerksamkeit als Wertersatz

„Dass es geknallt hat – darüber braucht man sich nicht mehr zu verständigen“, schreibt Luhmann in *Einfache Sozialsysteme* (Luhmann, 1972, S. 28). Im Aufsatz verhandelt er das Verhältnis von diffuser, schneller Wahrnehmung und thematisch orientierten, reflektierten Sprachhandlungen. Dieser Zusammenhang (und die Analyse von Luhmann) betrifft politische Kommunikation im Kern – beide verbinden emotionale Einschätzung und argumentative Auseinandersetzung. Politische Kampagnen orientieren sich in ihrer Arbeit nicht an normativen Vorstellungen von Überzeugung. Sie stützen sich auf psychologische Einsichten, die Wahrnehmungsfragen priorisieren: Wie wirken Kandidierende, welche Assoziationen lösen Slogans aus? Dieses Know-how haben Kampagnen lange versteckt: Sie präsentieren politische Bemühungen im Wahlkampf mit einem idealistischen Anspruch, nämlich so, als handle es sich dabei primär um sprachlich-thematische Kommunikation.

In dieser Ausgangssituation greifen digitale Plattformen auf politische Interaktionen zu. Michael Seemann spricht von einer „Graphnahme“: Verbindungen auf einer Plattform bilden Verbindungen ab, die außerhalb der Plattform bereits existieren (Seemann, 2021). Menschen, die an politischer Kommunikation teilnehmen, nehmen das umgekehrt wahr: Sie erleben sich in der Wahl von Kanälen als aktiv (vgl. Bösch und Köver, 2021), werden aber durch die Ökonomie von Plattformen

vereinnahmt. Politische Kommunikation ist Teil einer Entwicklung von Plattformen, für die Wachstum und Engagement entscheidend sind. Sprachlich-thematische Kommunikation ist langsam und aufwendig, sie bietet wenig Ansatzpunkte für Plattform-Wachstum. Deshalb verstärken soziale Netzwerke emotionale Wahrnehmungseffekte.

Kurze Zeit existierte dafür politisches Bewusstsein: Kampagnen waren bemüht, Shitstorms zu vermeiden, sie hielten an der Vorstellung von politischer Kommunikation als inhaltlicher Verständigung fest. Die Trump-Bewegung führte zu einem Paradigmenwechsel: „Dass es geknallt hat – darüber braucht man sich nicht mehr zu verständigen“, wurde zum Motto politischer Kommunikation. Wer sich in Shitstorms bewegt und Empörung generiert, erhält auf digitalen Plattformen maximale Reichweite und Sichtbarkeit. *Trumpismus* lässt es nicht nur knallen, er setzt auch Desinformation strategisch ein. Ihr primärer Effekt besteht darin, argumentative Auseinandersetzungen zu *derailen*, die Ebene von politischen Entscheidungen zu verlassen und Aufregung zu generieren. Verfälschungen lösen gerade auch im Widerspruch Resonanz aus; die Bereitschaft, psychologische Überzeugungseffekte nicht mit Werten oder Argumenten in Deckung zu bringen, kann ein Zielpublikum stark an eine politische Bewegung binden. Wenn es knallt, werden Menschen politisch aktiv.

Influencer-Marketing in der Politik

Creators, wie Influencer:innen sich seit einiger Zeit nennen, haben diese Einsicht zu einer Grundregel verdichtet: „Baue eine Beziehung zu einem möglichst großen Publikum auf – du wirst sie monetarisieren können!“ Diese Abfolge entspricht auf einer individuellen Ebene derjenigen von Plattformen, wie sie Seemann beschreibt (2021, S. 99ff.): Sie expandieren und kümmern sich erst danach um die Extraktion von Gewinn. Influencer:innen bauen ein Following aus Profilen auf – und verkaufen später die damit verbundene Reichweite und Macht.

Empörungsengagement und Desinformation lassen sich in ihrer Wirkung so beschrieben: Wer in Bezug auf bestimmte politische Positionen immer wieder emotional zugespitzte, einfache Vorlagen zur Interaktion liefern kann, wird ein Publikum an sich binden. Influencer-Marketing besteht auch aus bewussten Fehlern und Tabubrüchen, damit Menschen ablehnend und kritisch darauf reagieren. Resonanz kennt keine Werte und keine Inhalte, schafft aber vielfältige Verbindungen, die

Plattformen erkennen und algorithmisch verarbeiten. Das ist der Grund, weshalb sich die Methoden der Influencer:innen verbreiten, gerade auch in die politische Kommunikation.

Beispiel 2: PewDiePie und Ken Jebsen

PewDiePie, bürgerlich Felix Kjellberg, hat sich in den 2010er-Jahren zum bekanntesten und reichweitenstärksten Youtuber emporgearbeitet, er ist ein prototypischer Influencer (Roose, 2019). Nachdem Kjellberg primär Computerspiel-Videos gemacht hatte, begann er 2015 Grenzen auszuloten. Insbesondere mit antisemitischen Memes provozierte er immer wieder. Rechtsextreme politische Parteien begannen sich für PewDiePie einzusetzen, der Attentäter von Christchurch warb in der Aufnahme seiner Terrorattacke 2019 für sein Profil. Kjellberg versuchte gleichzeitig früh, sich von politischer Ideologie zu distanzieren (Kjellberg, 2017).

Die Frage, welche politische Haltung hinter dem Kanal steht, bleibt aber bis heute offen. Das ist symptomatisch für politische Kommunikation unter den Bedingungen der Digitalität: Reichweite führt zu politischer Macht, die nicht an Werte gebunden ist. Was die Menschen hinter der Reichweite wirklich glauben, wird zu einer offenen Frage.

Anders als Kjellberg hat sich Ken Jebsen kaum gegen politische Ver einnahmung gewehrt. Der ehemalige Journalist hat wie PewDiePie immer wieder mit antisemitischen Provokationen Grenzen übertreten, die zu Aufmerksamkeit für ihn und seine Formate geführt hat. Jebsen war vermutlich primär daran gelegen, möglichst viel Reichweite und medialen Erfolg aufzubauen. Mittlerweile ist aber Jebsen Teil einer radikalierten politischen Querfront, die Verschwörungstheorien und russische Propaganda teilt. In einer Podcast-Folge formulieren Fachpersonen die These, Jebsen sei ein „nützlicher Idiot“: Er arbeite für eine russische Desinformationskampagne, ohne sich dessen bewusst zu sein (Behroz, 2021).

Influencer:innen zeigen, dass Reichweite eine Bedingung für politische Kommunikation in digitalen Kontexten ist. Diese Reichweite wird politisch instrumentalisiert, selbst wenn Verantwortliche das gar nicht wollen. Daneben haben Influencer:innen aber noch eine andere Bedeutung: Einige von ihnen agieren als *Edgelords*, welche die Grenzen des Sagbaren im Internet bewusst überschreiten. Antisemitismus ist eine dieser Grenzen. Edgelords sind wichtig, um das Kommunikationsklima zu verschieben. Gerade im politischen System tendieren Aktivist:innen

dazu, zunächst extreme Forderungen vorzubringen, welche zunächst keinen Platz im politisch Denkbaren haben. Seriöse Parteien oder Gruppierungen können sich dann gleichzeitig von diesen Forderungen distanzieren und eigene, weniger extreme nachlegen, die zuvor politisch nicht verhandelbar waren. Edgelord-Influencer:innen wie PewDiePie und Jebsen verschieben das *Overton-Fenster*, den Rahmen derjenigen Themen, die im öffentlichen Diskurs akzeptiert werden: Egal ob sie das als Empörungsbewirtschaftung oder im Dienste politischer Interessen machen – sie sind damit „nützliche Idiot:innen“ für Bewegungen, deren Interessen sich am Rande des Meinungsklimas befinden.

Methoden politischer Desinformation

Politische Kommunikation differenziert einzuordnen wäre eine wichtige journalistische Aufgabe. Seit der digitalen Transformation können sie viele Publikationen nur noch selten genug wirksam wahrnehmen. Zwei Effekte haben das bewirkt: Einerseits hat das zuvor beschriebene Empörungsgengagement politische Kommunikation verändert, andererseits hat sich der Journalismus selbst gewandelt. Journalist:innen sind persönlich in öffentliche Debatten im Netz involviert. Ihre Beiträge werden primär digital verbreitet, Metriken spielen eine wichtige Rolle: Wie oft werden sie geklickt, geteilt, kommentiert? Resonanz steht so in einer Konkurrenz zum Ideal des politischen Feuilletons: Differenzierte Einordnung ist zwar wichtig, Reichweite aber fast wichtiger. Für Journalist:innen entsteht ein Dilemma: Ziehen sie fundierte Auseinandersetzungen oder Engagement vor?

Diese Konstellation erlaubte es Bewegungen wie der *Alt-Right*, das politische Feuilleton zu hacken. Begriffe wie *Political Correctness*, *Identitätspolitik*, *Cancel Culture* oder *Wokeness* suggerieren, sie stünden für theoretisch fundierte Analysen. Sie sind aber primär ideologische Einfallstore für Empörungsgengagement: Sie beziehen sich fast immer direkt auf hochkochende Emotionalisierungswellen und ermöglichen Zeitungen so, an der Reichweite von Plattformeffekten zu partizipieren.

An dieses Aufmerksamkeitshacking schließt eine Reihe von Verfahren an, die als Desinformation bezeichnet werden können. Im Kern geht es darum, Information (oder die Möglichkeit, sich zu informieren) durch etwas zu ersetzen, worauf sich Aufmerksamkeit fokussieren kann. Information würde bei der Emcke-Rede bedeuten, vorgebrachte Argumente wahrzunehmen und eine kritische Auseinandersetzung damit zu

ermöglichen. Die Desinformationskampagne setzt dagegen Reduktion und Eskalation ein: Wenige Sätze aus der Rede werden mit einem maximalen Vorwurf (Antisemitismus) verbunden. Eskalation bindet Aufmerksamkeit.

Desinformation ist ein Oberbegriff für eine Reihe von Verfahren, die medial und psychologisch komplex strukturiert sind. Logisch ist das Problem nicht auf digitale Plattformen zu reduzieren. Gleichwohl besteht eine enge Verbindung, für die es drei Ursachen gibt: In der Ökonomie der Plattformen spielt es keine Rolle, worauf sich Aufmerksamkeit bezieht. Desinformation ist darauf abgestimmt, sie präsentiert Zusammenhänge so, dass sie leicht wahrgenommen werden. Zweitens ermöglichen gemeinschaftliche und algorithmische Verfahren eine Vielfalt von Desinformation: Mit digitalen Plattformen lässt sich testen, wie Menschen auf Informationsangebote reagieren. Desinformation durchläuft also kontinuierliche Evolutionsprozesse von Variabilität und Selektion, sie wird memefiziert (Memes sind Informationen, die Evolutionsprozesse durchlaufen haben). Drittens sind digitale Plattformen für Massenmedien Recherchekontext und primärer Verbreitungskanal: Desinformation erzeugt so massenmedial verstärkt Rückkopplungseffekte. Desinformation ist zu einem politischen Werkzeug geworden (Rafael, 2021). Besonders antidemokratische Bewegungen setzen sie ein, um das Vertrauen in Behörden, Institutionen und demokratische Prozesse zu erschüttern. Thomas Rid zeigt in seiner Studie *Active Measures*, dass digitale Plattformen Kampagnen billiger, schneller, passgenauer gemacht haben (Rid, 2020). Viele Aktivitäten wirken, als wären es spontane Reaktionen auf Vorfälle, obwohl dahinter strategische politische Überlegungen stehen.

Das Habeck-Paradox

Die ehemalige Facebook-Angestellte Sophie Zhang (2021) hat ein Phänomen beschrieben, das für die hier diskutierten Zusammenhänge exemplarisch ist: User:innen aus dem globalen Süden verbinden ihre Facebook-Profil mit Programmen, die ihnen zu mehr Resonanz verhelfen. Sie verbreiten damit nicht direkt Desinformation, vielmehr möchten sie lediglich etwas unternehmen, damit Facebook ihre Beiträge mehr Kontakte anzeigen. Um die Sichtbarkeit zu steigern, verwenden sie sogenannte *Autoliker*. Gewähren sie diesen Skripten Zugang zu ihren Accounts, werden ihre Profile genutzt, um Engagement auf anderen Beiträgen zu faken. Zhangs Fazit: Der Wunsch nach mehr Reichweite

einzelner User:innen führt zu einem generellen Vertrauensverlust und Kosten, die andere tragen müssen.

Dieser Mechanismus lässt sich bei politischer Kommunikation ganz ähnlich beobachten. Sobald einzelne Akteur:innen Resonanz über Relevanz und Empörung über Argumente stellen, funktioniert das wie ein Autoliker-Programm: Empörungsengagement führt zu Sichtbarkeit – kurzfristig auf Kosten anderer, weil Diskussionen dadurch erschwert werden. Mittelfristig beschädigt das den politischen Diskurs insgesamt, da die Unterscheidung von sachlich-argumentativen Beiträgen und Empörungsprovokation verschwimmt.

Der Soziologe Urs Stäheli spricht in diesem Zusammenhang von einer „Autonomisierung des Netzwerks“ (Stäheli, 2021, S. 32). Die Eigendynamik von Netzwerken verdrängt die Ziele, welche Menschen mit dem Netzwerken verfolgen. Werden Netzwerke für politische Zwecke benutzt, dann verschiebt sich also der Fokus weg von politischen Fragen und hin zu Netzwerkeffekten. Das ist es, was hier mit Resonanz oder Engagement bezeichnet wird, das ist der Autoliker-Effekt, der Nährboden für Desinformation.

Bezieht man das auf das eingangs erwähnte Habeck-Paradox, so steht Habeck stellvertretend für Politiker:innen, die sich an einem demokratischen Ideal politischer Kommunikation orientieren, diese aber gleichzeitig in einer von Plattformökonomie geprägten Medienwelt betreiben. Solange der politische Journalismus seine Aufgabe wahrnehmen konnte, erreichten Akteur:innen mit weitgehend argumentativer politischer Kommunikation ein Publikum.

Aufmerksamkeitsökonomie hat in einer Kultur der Digitalität diese Möglichkeit zersetzt. Das Paradox bezeichnet ein Dilemma: Politiker:innen müssen sich im Kontext von Desinformation zwischen demokratischen Werten und Resonanz, zwischen informationsethischen Idealen und Performanz, zwischen Überzeugungen und politischem Kapital entscheiden. Der persönliche Rückzug aus der digitalen Kommunikation erscheint zuweilen als Ausbruch aus diesem Dilemma, obwohl er keinen der Widersprüche auflösen kann.

In dieser Formulierung des Problems erscheint es trivial und gar nicht neu. Die folgenden Fragen scheinen im Kontext der digitalen Plattformen lediglich klarer und verstärkt auf: Welche politischen Kompromisse sind zulässig, um eine Überzeugung umsetzen zu können? Welche Rhetorik ist angemessen, um Ideen vorzutragen? Welche Beziehungen müssen und dürfen wie gepflegt werden, um politische Wirkung zu entfalten? Wo hören Allianzen auf und wo beginnt Vereinnahmung?

Wirtschaftliche und systemische Zusammenhänge haben sich schon immer auf politische Kommunikation ausgewirkt. Digitalität verstärkt über Plattformen diesen Einfluss. Der Verzicht der republikanischen Partei auf ein Wahlprogramm für die Präsidentschaftswahlen 2020 ist ein Reflex davon, dass ein kohärenter Text kaum noch Bedeutung für politischen Erfolg hat; auch seriöse politische Parteien werden in Zukunft ähnliche Prioritäten setzen. Von Memes getriebene, in Netzwerken kontextualisierte Kommunikation bestimmt die Aushandlung politischer Fragen.

Das vorliegende Problem kann mit vier Fragen konkretisiert werden:

1. Wie kann sich politische Kommunikation von den Versuchungen der Empörungsresonanz auf digitalen Plattformen lösen?
2. Wie können politische Akteur:innen auf Methoden des Influencer-Marketings und der Desinformation verzichten? Welche Ideale politischer Kommunikation brauchen sie dazu?
3. Wie geht eine aufgeklärte Gesellschaft mit politischen Edgelords um, also Profilen, die bereit sind, jede Grenze zu überschreiten?
4. Wie sieht eine mediale Begleitung des politischen Diskurses aus, die nicht anfällig auf aufmerksamkeitsökonomische Effekte ist?

Komplexität und Landsgemeinden – weshalb sich das Problem nicht leicht lösen lässt

Stäheli schreibt im Epilog zu seiner Soziologie der Entnetzung (2021, S. 499), es brauche „affektive Bilder des Entnetzens“, um strategisch an den Orten, wo „Konnektivitätsimperative“ besonders stark wirkten, Verbindungen aufzulösen. Entnetzung ist einer der Ansätze, um politische Empörungsmechanismen aufzulösen. Waren politische Aussagen weniger stark mit großen Netzwerken und ihrer Dynamik auf digitalen Plattformen verbunden, würden sich einige der aufgeworfenen Probleme auflösen.

Die Landsgemeinde bezeichnetet solch ein affektives Bild für politische Kommunikation. In Schweizer Kantonen oder Tälern wird damit eine Versammlung der Stimmberchtigten bezeichnet, die Wahlen abhalten und politische Entscheide fällen. Landsgemeinden sind lokal verankert, die Präsenz vor Ort führt zu überschaubaren Verfahren der Überzeugung und der politischen Kommunikation. Als performative Partizipation zeigen sie Interessierten und Betroffenen, welche Wege es für sie gibt, sich einzubringen und gehört zu werden.

Auch wenn Landsgemeinden nicht gegen Desinformation, Influencer:innen, oder problematische Einflüsse auf das Meinungsklima gefeit sind, könnten sie eine Leitvorstellung für politische Kommunikation im Kontext der Digitalität darstellen. Man stelle sich Foren vor, auf denen verifizierte Konten politische Fragen lokal verhandeln – nicht beeinflusst von Algorithmen, die Eskalationen priorisieren.

Diese Vorstellung ist aber eine Scheinlösung, da sie nur einen Teil des Problems adressiert. Die Komplexität der hier verhandelten Fragestellung führt dazu, dass ein gesamtgesellschaftlicher Kraftakt notwendig ist. Schon nur deshalb, weil die problematischen Dynamiken von digitalen Plattformen sich fast automatisch auf alle neuen Kommunikationsformen übertragen. Entscheidender ist aber, dass Gefahren für die Demokratie nur teilweise auf politische Kommunikation zurückzuführen sind. Lobbyismus, Entwertung von Expertise und wissenschaftlicher Forschung, eingeschränkte und fehlende Partizipation oder mangelhafte Entwicklung demokratischer Institutionen und Prozesse – diese Probleme sind alle mit Kommunikation verbunden, lassen sich aber nicht darauf reduzieren.

Digitale Landsgemeinden können eine digitale Organisation politischer Kommunikation anbieten, die nicht von Plattformökonomie abhängt. Damit sie aber funktionieren, bräuchte es enorme Investitionen in Moderation, Community-Management, Entwicklung von Partizipation, permanente multiperspektivische Reflexion und konstante Überarbeitung der Regel. Zusätzlich müssen gewinnorientierte Plattformen in Bezug auf politische Kommunikation einer strikten Regulierung unterworfen werden. Kurz: Politische Kommunikation lässt sich nur dann von Desinformation und Empörungsbewirtschaftung befreien, wenn der politische und gesellschaftliche Wille vorhanden ist, demokratische Prozesse konstant und inklusiv im Kontext der medialen Gegebenheiten zu entwickeln. Einfacher lässt sich eine Lösung nicht formulieren.

Das Habeck-Paradox als Freeriding-Problem

Desinformation destabilisiert Demokratien doppelt: Erstens greift sie ihre Funktionsweise an. Bürger:innen können sich nicht mehr angemessen über politisch relevante Vorgänge informieren; die Kommunikation von Institutionen und Behörden wird durch Desinformation verfälscht; Medienschaffende kämpfen bei Recherche und Verbreitung ihrer Inhalte mit orchestrierten Bemühungen, ihre Arbeit zu erschweren oder ver-

unmöglichen. Das zeigt jeder Terroranschlag: Gerüchte, Deutungen und Warnungen fluten digitale Plattformen. Wer sich ein sachliches Bild machen will, muss viel Energie investieren – genauso wie die Polizei, die sicherheitsrelevante Informationen verbreiten will. Das führt zur zweiten Destabilisierungsgefahr: Demokratische Institutionen geraten in Versuchung, ebenfalls mit Desinformation zu arbeiten, mit Empörungsenagement Wirkung zu erzielen – Menschen etwa mit PR-Kampagnen dazu bringen, sich impfen zu lassen, ohne sie dabei umfassend zu informieren.

Das sind die beiden Dimensionen des Habeck-Paradoxes: Der Verzicht auf digitale Kommunikation entsteht aus dem Wunsch, nicht ständig gegen Desinformation und Empörungseskalation kämpfen zu müssen. Andererseits signalisiert er die Einsicht, dass seriöse Politiker:innen der Versuchung widerstehen müssen, solche Methoden selber einzusetzen.

Wunsch und Einsicht reichen aber nicht, sie schaffen keine Grundlage für wirksame politische Kommunikation. Deshalb werden Politiker:innen auch immer wieder rückfällig: Ab und zu wie Influencer:innen zu agieren, scheint keinen direkten Schaden zu verursachen. Das ist klassisches *Freeriding*. Ein einzelner Stunt, eine Zuspitzung, eine persönliche Anspielung – das allein verursacht nicht das große Problem. In einem Kommunikationsklima, das von Plattformökonomie und Desinformationskampagnen geprägt ist, trägt jede einzelne Aktion dazu bei, dass Demokratien erodieren. Genauso wie der Klimawandel einzelnen Konsument:innen nicht angelastet werden kann, kann diese massive Bedrohung der Demokratie nicht einzelnen Politiker:innen zum Vorwurf gemacht werden.

Die Bedingungen müssen sich ändern: Politiker:innen sollen ihre Kommunikation nicht an Plattformen ausrichten, die ihnen versprechen, ein Publikum zu erreichen. Sie sollten Partizipation und Demokratie gemeinsam mit Interessierten so entwickeln, dass sie stark und autark werden. Möglicherweise auf digitalen Landsgemeinden.

Referenzen

- Behroz, K. (2021). *Cui Bono: WTF happened to Ken Jebsen?* Podcast RBB, Folge 5. <https://www.ardaudiothek.de/sendung/cui-bono-wtf-happened-to-ken-jebsen/89991466/> [abgerufen 25. Februar 2022].
- Bernstein, J. (2021). Bad News. Selling the story of disinformation. *Harpers*, 9/21. <https://harpers.org/archive/2021/09/bad-news-selling-the-story-of-disinformation/> [abgerufen 25. Februar 2022].

- Bild (2021). *Tweet vom 11.6.2021*. <https://twitter.com/BILD/status/1403453533760938004> [abgerufen 25. Februar 2022].
- Bösch, M. und Köver, Ch. (2021). *Schluss mit lustig? TikTok als Plattform für politische Kommunikation*. https://www.rosalux.de/fileadmin/images/publicationen/Studien/Studien_7-21_Schluss_mit_lustig_TikTok_web_1_.pdf [abgerufen 25. Februar 2022].
- Kjellberg, F. (2017): *Just To Clear Some Things Up*. <https://pewdie.tumblr.com/post/157160889655/just-to-clear-some-things-up>
- Laschyk, T. (2021). *Bild-Fake über Emcke*. <https://www.volksverpetzer.de/wahlkampf/emcke-bild-luege-juden/>
- Luhmann, N. (1972). *Einfache Sozialsysteme*. In *Soziologische Aufklärung* 2. (5. Auflage, S. 25–47). Springer.
- Pfeiffer, D. (2021). *How Libs Can Stop Owning Themselves*. <https://messagebox.substack.com/p/how-libs-can-stop-owning-themselves> [abgerufen 27. Mai 2022].
- Rafael, S. (2021). *Wie einflussreich sind Desinformationen von „RT De“?* <https://www.belltower.news/bundestagswahl-2021-wie-einflussreich-sind-desinformationen-von-rt-de-121111/> [abgerufen 25. Februar 2022].
- Redaktion Merkur (2021). Preisausschreiben: Das Habeck-Paradox. Merkur-Blog, 09.3.2021. <https://www.merkur-zeitschrift.de/2021/03/09/preis-ausschreiben-das-habeck-paradox/> [abgerufen 25. Februar 2022].
- Rid, T. (2020). *Active Measures: The Secret History of Disinformation and Political Warfare*. McMillan.
- Roose, K. (2019). What Does PewDiePie Really Believe? *New York Times Magazine*, 9/19. <https://www.nytimes.com/interactive/2019/10/09/magazine/PewDiePie-interview.html>
- Seemann, M. (2021). *Die Macht der Plattformen*. Ch. Links.
- Patalong, F. (2021). *Shitstorm nach Bericht über angeblichen Holocaust-Vergleich*. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/shitstorm-nach-bericht ueber-angeblichen-holocaust-vergleich-a-0dbf3dd5-2754-4e4a-8a27-2b56f81af55a> [abgerufen 25. Februar 2022].
- Stäheli, U. (2021). *Soziologie der Entnetzung*. Suhrkamp.
- Steinke, R. (2021). Carolin Emcke wird gezielt verunglimpft. *Süddeutsche Zeitung*, 13.6.2021. <https://www.sueddeutsche.de/meinung/carin-emcke-gruener-parteitag-antisemitismus-1.5320198>
- Ziemiak, P. (2021). *Tweet vom 11.6.2021*. <https://twitter.com/PaulZiemiak/status/1403692666647416832> [abgerufen 25. Februar 2022].
- Zhang, S. (2021). I saw millions compromise their Facebook accounts to fuel fake engagement. <https://restofworld.org/2021/sophie-zhang-facebook-autolikers/> [abgerufen 25. Februar 2022].

Politisches Transformationspotential in Literatur, Psychologie und Pädagogik



Eva Marlene Haustein

Radikale Netzwerke. Über die Notwendigkeit digitaler Utopien

Die Digitalisierung schreitet schnell voran – und dennoch wirkt dieser Prozess zunehmend wie eine Sackgasse. Das Internet, das in den 1990er Jahren unbegrenzte Möglichkeiten und Freiheiten versprach, ist durchökonomisiert, von monopolistischen Playern beherrscht, Sphäre der Manipulation und Vermachtung. Demokratische Politik kommt in der Gestaltung dieses neuen sozialen Raumes scheinbar kaum hinterher: Die ambitioniertesten Vorhaben verfolgen lediglich die regulatorische, kartellrechtliche und steuerpolitische Einhegung weitgehend frei expandierender Netzgiganten und sind damit in erster Linie reaktiv. Demokratisch legitimierte Entscheidungsträger*innen scheinen den politischen Entwicklungen regulierend hinterherzulaufen. Im hochdynamischen Bereich der Digitalisierung – der Entwicklung der Plattformen, der kommerziellen Datennutzung, der algorithmischen Steuerung von Verhalten – ist dieses Muster langsamer politischer Nach-Bearbeitung besonders greifbar: Demokratische Rhythmen, und zwar nicht nur Wahlen, sondern auch Gremienscheidungen und rechtsstaatliche Überprüfungen, können mit der Geschwindigkeit der in erster Linie privatwirtschaftlich gestalteten Digitalisierung nicht mithalten.

Letztere gibt damit nicht nur den Takt vor, sondern den Ton an: Der zeitliche Vorsprung bedeutet Gestaltungsmacht. An Visionen scheint es vielen Gestalter*innen der Digitalisierung nicht zu mangeln: Nimmt sich Mark Zuckerbergs Idee eines „Metaverse“ noch erstaunlich unkreativ als Erweiterung der kommerziellen Kapazitäten Facebooks aus,¹ gehen Ideen der technischen Verbesserung und Vernetzung menschlicher Physis wie etwa Elon Musks 2017 gegründetes *Neuralink* etliche Schritte weiter.

Liegt die utopische Gestaltungsmacht also dauerhaft bei denjenigen Akteuren, die sich früh die kritischen Ressourcen digitaler Infrastruktur gesichert haben – und müssen sich andere, nicht zuletzt demokratisch legitimierte Institutionen, mit nachträglichen Korrekturen begnügen? Brisant ist diese Überlegung auch deshalb, weil die gesellschaftspolitisch-normative Grundierung der Digitalmagnaten in erster Linie libertär

und elitär ist: Gemeinwohlorientierung und demokratische Werte der Gleichheit und Solidarität sind für die „Silicon-Valley-Ideologie“ nicht leitend (Barbrook & Cameron, 1996).

Utopische Energien

Hinter der Frage nach dem Verhältnis von Macht und Digitalisierung steht ein wiederkehrendes Dilemma: Wie können Gestaltungsmöglichkeiten und die Hoffnung auf tiefgreifende Veränderbarkeit des Bestehenden und Zukunftsoptimismus erhalten bleiben angesichts offensichtlicher Pfadabhängigkeiten und Machtballungen, also: der Beharrungskräfte des Status Quo? Dieses Dilemma wird im europäischen politischen Denken klassisch in der Reflexionskategorie des Utopischen bearbeitet. Das Utopische, allgemein verstanden, hat seit der frühen Neuzeit spezifische Ausformungen im sogenannten „Staatsroman“ gefunden – einem Textgenre, das einen nicht unmittelbar erreichbaren Idealstaat ausführlich darstellt und narrativ einbettet, und das eng verbunden ist mit der staatzentrierten europäischen Ideengeschichte.

Die Stärke des utopischen Denkens liegt allgemein darin, die Frage nach dem realistisch Machbaren zu suspendieren und damit besonders wünschbare Szenarien denkbar zu machen. Mehr noch: Stilbildende Staatsromane wie Thomas Morus‘ „Utopia“ von 1516 oder Francis Bacons „Nova Atlantis“ von 1627 wurden gerade dadurch so wirkmächtig, dass sie Szenarien entwarfen, die in ihrer Radikalität aus Sicht der jeweiligen Gegenwart ganz unmöglich wirkten: Die Abschaffung von Privateigentum und bürgerlicher Ehe oder die Erhebung von Wissenschaft zum höchsten gesellschaftlichen Gut sind bei Morus bzw. Bacon keine konkreten Umsetzungsvorschläge, sondern horizonteröffnende, auch provokative Vehikel einer Gegenwartskritik, die eben nicht nur kritisiert sondern radikale Alternativen imaginiert. Die frühneuzeitlichen Utopien, die dieser Maxime des Anti-Realismus folgen, sind daher auch *Raum-Utopien*, d.h.: Sie formulieren kein wenigstens in ferner Zukunft erreichbares Szenario, auf das die Menschheit hinarbeiten könne, sondern die Utopie findet an einem wörtlich als „Nirgendwo“ (ou-topos = Nicht-Ort) benannten Ort statt, z.B. einer weit entfernt-mythischen Insel. Erst ab dem späten 18. Jahrhundert werden maßgeblich *Zeit-Utopien* formuliert, die Wünschbarkeit und Nicht-Realismus mit einem Minimum an Ansporn zur tatsächlichen Änderung der vorgezeichneten Zukunft versehen.

Je enger die Allianz zwischen utopischem und sozialrevolutionärem Denken, desto eher sind die Zeit-Utopien Szenarien in der greifbaren Zukunft angesetzt – also eher in 100 als in 1000 Jahren: Die utopischen Entwürfe Robert Owens und Charles Fouriers Mitte des 19. Jahrhunderts schlugen sozioökonomisch radikal neue Zustände vor, plädierten aber für deren sofortige Umsetzung, etwa in Owens US-Modellstadt *New Harmony*. Was diese Sozialutopien von den derzeit vieldiskutierten „Realutopien“ allerdings unterscheidet, ist ihre Radikalität und ihr umfassender Änderungsanspruch. Realutopien, wie sie von Eric Olin Wright und, populärpolitischer, von Rutger Bregman formuliert und eingefordert wurden, beanspruchen ihre Validität gerade daraus, zumindest punktuell schon einmal realisiert und daher: realistisch zu sein. Anders als bei solchen dezidiert verwirklichbaren (weil: schon verwirklichten) und eher sektoralen Ansätzen – wie etwa jenem eines bedingungslosen Grundeinkommens – (Wright, 2017; Bregman, 2019), sind die Sozialutopien ab dem 19. Jahrhundert auf eine umfassende und grundlegende Transformation der Gesellschaft angelegt und suchen keine die Verwirklichbarkeit begünstigenden Kompromisse.

Es ist diese Kombination aus radikaler Kritik und konkreten Änderungsvorschlägen, die das genuin utopische Denken der Moderne kennzeichnet. Dass Karl Marx und Friedrich Engels vehement gegen ihre sozialutopischen Vorläufer anschrieben und selbst das Label der Utopie ablehnten (Marx & Engels, 1848/1974), hängt mit ihrem als wissenschaftlich verstandenem materialistischen Determinismus zusammen. Die mit dem Utopischen assoziierte gesellschaftliche Fähigkeit zur ergebnisoffenen Transformation standen für Marx und Engels nicht im Vordergrund; ihr teleologisches Geschichtsbild versprach eine letztlich Verwirklichung des kommunistischen Ideals: Die klassenlose Gesellschaft tritt auf jeden Fall ein und bedarf keiner drastischen Kursänderung. Die kritische Energie *utopischen* Denkens dagegen erwächst gerade aus einem Wissen um die Variabilität der Zukunft: Soll sie sich nicht in die „falsche“ Richtung entwickeln, ist radikale Veränderung nötig. Aus dieser Haltung speist sich auch die popkulturell derzeit einflussreichste Stilrichtung der Utopie: Die Dystopie, deren Szenarienbildung ganz darauf setzt, gegenwärtige Fehlentwicklungen zu extrapolieren und so eine besonders wirkungsvolle und mobilisierende Zukunftswarnung auszusprechen (Claeys, 2017).

Utopische Netzwerke

Folgt man dieser Tradition politischen Denkens, ist die Formulierung des radikal Wünschbaren genau dann angebracht, wenn Gemengelagen besonders festgefahren scheinen: Gerade wenn der Idealzustand kaum oder keinesfalls erreichbar ist, kann das Imaginieren von Utopien politische Energien entfalten. Utopien formulieren Szenarien des Wünschbaren, die dieses plausibel, anschaulich und stimmig kommunizieren, auch um den Preis der scheinbaren Unmöglichkeit. Die so narrativ angefachten utopischen Energien können genutzt werden, um auf dieses Wünschbare hinzuwirken – und zwar nicht unbedingt auf die exakte Umsetzung des unrealistischen Idealzustandes, sondern womöglich nur auf die Erfüllung der ihm zugrundeliegenden Normen.

Dieser Imperativ, die Mobilisierungsenergie utopischen Denkens zu nutzen, lässt sich plausibel auf das Feld der Digitalisierung anwenden. Utopisch zu denken, würde hier bedeuten, sich nicht ausschließlich daran zu orientieren, was von Google, Amazon oder Facebook oder von deren politischer Einhegung tatsächlich zu erwarten ist, sondern freier über ideale Szenarien zu reflektieren – selbst und gerade dann, wenn diese Szenarien völlig unrealistisch erscheinen. Konkret lässt sich dies etwa in der Frage der Social Media-Plattformen durchdeklinieren. Entgegen den Hoffnungen der 1990er und des „Arabischen Frühlings“ der frühen 2010er Jahre haben sich soziale Medien nicht in erster Linie als Katalysatoren der Demokratisierung, der kosmopolitischen Vernetzung und der sozialen Kohäsion erwiesen. Vielmehr scheinen sie zur gesellschaftlichen Polarisierung und zur politischen Radikalisierung beizutragen, indem Fake News und andere Formen von Desinformation zirkulieren, algorithmisch Erregungs- und Eskalationsspiralen befördert werden und sich relativ abgekapselte Echokammern herausbilden. Jüngst sind auch die schädlichen Auswirkungen auf die psychische Gesundheit insbesondere von jugendlichen Nutzer*innen in den Blick gekommen. Diese negativen Entwicklungen hängen in erster Linie mit der privatwirtschaftlich-profitorientierten Oligopolform dieser Infrastruktur zu tun, die sich seit den frühen 2000er Jahren politisch nahezu ungebremst herausbilden konnte (Montag 2021; Seemann 2021).

Um dieser Entwicklung gegenzusteuern, werden politisch derzeit Möglichkeiten der Regulierung hin zu besserem Datenschutz, einer Reduzierung der Marktmacht weniger Player oder auch der Einhegung der suchtfördernden Elemente bestehender Netzwerke erwogen. All diese Interventionen sind allerdings reaktive Korrekturen, die sich eng an den

Grenzen des Möglichen orientieren. Wie sähe dagegen ein unmöglicher, unrealistischerer Ansatz, also: eine Social Media-Utopie aus?

Jeder Antwortversuch auf diese Frage muss bei den maßgeblichen Normen ansetzen: Von welchen Prinzipien und Werten sollte ein ideales soziales Netzwerk geleitet sein – geht es um ein Forum zur freien und gleichen Debatte im Sinne eines rationalen Austausches? Sollen soziale Nähe und die Herstellung genuiner menschlicher Bindungen im lokalen, wie globalen Maßstab ermöglicht werden? Soll ein soziales Netzwerk aktiv zur Stärkung von Demokratie – in einzelnen Ländern oder in globaler Hinsicht – beitragen, indem beispielsweise die Partizipation von Bürger*innen und gesellschaftliche Kohäsion gefördert werden? Diese Alternativen verbindet, dass sie ein wünschenswertes soziales Netzwerk nicht minimalistisch von den zu vermeidenden Übeln her entwerfen, sondern die maximalistische Perspektive der Normverwirklichung wählen.

Eine Skizze eines solchen Netzwerks zeichnet etwa der Science Fiction-Autor Kim Stanley Robinson in seinem Roman „The Ministry for the Future“ (2020): Im Zuge einer globalen Anstrengung zur Einhegung der Klimakatastrophe gründen die notorisch handlungsunfähigen Vereinten Nationen eine finanziell relativ gut ausgestattete Behörde in Zürich, die die Zukunft retten soll – eine Kombination aus Think Tank und klimapolitischer Diplomatie- und Eingreiftruppe, die in den mittleren Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts ein breites Portfolio an Vorschlägen zur Reduktion von CO₂ in der Atmosphäre vorlegt und zu implementieren versucht.

Als utopisch ist dieses Szenario darum einzuordnen, weil es zwar in der relativ nahen Zukunft verortet ist, für sein Eintreten allerdings narrativ eine Reihe radikaler Einschnitte nötig ist: Neben der durchaus realistischen Verschärfung der Klimafolgen kommen religiös motivierter Ökoterrorismus und eine recht unwahrscheinliche Kooperationsanstrengung der internationalen Staatenwelt zusammen, um die Entstehungsbedingungen für das Netzwerk zu schaffen. Sobald aber diese Bedingungen vorliegen, erweist sich das Netzwerk tatsächlich als ideal: Es kann Nutzer*innen attrahieren, indem es nicht nur gratis ist, sondern ihnen auch ihr Recht an den eigenen Daten bewahrt und die Kommunikation besonders gut verschlüsselt; die Open Source-Struktur des Netzwerks bewirkt, dass es im Endeffekt als Allmende, als *commons*, funktioniert.

Im Setting des Romans erweist sich das Netzwerk also als geeignet, ganz bestimmte soziopolitische Normen zu befördern: Erstens steht hier die Wahrung der Persönlichkeits- und (Daten-)Eigentumsrechte der In-

ividuen im Vordergrund. Neben dieser individuell-liberalen Perspektive spielt auch zweitens die Förderung von sozialer Kohäsion durch die Möglichkeit von globaler Kommunikation eine Rolle – und drittens die Idee, dass essentielle Infrastruktur Allgemeingut und nicht Privateigentum sein solle. Die fragliche Realisierbarkeit und Umsetzbarkeit dieses idealen Netzwerkes ist auch dem Autor klar, der seine Protagonistin Mary, die Leiterin der Behörde, skeptisch fragen lässt: „Will it work?“. Dass die Erfinderin des Konzepts schnippisch zurückfragt: „Is it working now?“ (Robinson, 2020, S. 243) zeigt: Der utopische Vorschlag bezieht seine Kraft aus den profunden Defiziten des Status Quo. Dass sich dieses Netzwerk innerhalb des Romans als tatsächlich realisierbar erweist – dass also Milliarden Menschen weltweit sich gegen Facebook und für die digitale Allmende entscheiden – kann man vor diesem Hintergrund als literarische *suspension of disbelief* lesen; im Vordergrund steht die Radikalität des Vorschlags: Ein von einer transnationalen Agentur erfundenes, komplett gemeinfreies, im besten Sinne anarchisches soziales Netzwerk.

Totale Utopien

Die Verwirklichung dieses Social Media-Vorschlages wäre an sich bereits hoch transformativ, was die politisch-sozialen Rahmenbedingungen in globalem Maßstab angeht. Robinson aber legt eine *near-future*-Utopie im umfassenden Sinne vor: Er beschränkt sich nicht auf die Skizzierung einzelner wünschenswerter Policy-Vorschläge, sondern er lässt den Think Tank des „Zukunftsministeriums“ ein umfassendes Repertoire an Maßnahmen ersinnen, die ineinandergreifen und eine stimmige bessere Zukunft ermöglichen sollen. Anders als in den klassischen Utopien der politischen Ideengeschichte handelt es sich hier aber nicht in erster Linie um die Reform von Familien- und Geschlechtermodellen oder die Abschaffung von Privateigentum. Die Schlüsselrolle kommt vielmehr dem Finanzsektor zu, der durch eine global von den Zentralbanken ermöglichte „carbon coin“ – also eine durch Blockchain-Technologie abgesicherte Form des CO₂-reduzierenden Investments – von Kopf auf die Füße, also: endlich in den Dienst des Gemeinwohls und der Klimarettung gestellt werden soll. Erst vor dem Hintergrund dieses Vorschlags einer neuen globalen Finanzordnung wird die Bedeutung des vorgeschlagenen sozialen Netzwerks deutlich: Es ist ein einzelner Baustein in der Utopie,² der Klimawandel sei (mehr oder weniger) im Rahmen demokratischer Prinzipien zu bewältigen. Die Grundannahme dieser Utopie lautet, dass

Kooperation, kluge Anreize und Gemeinwohlorientierung in der Lage sind, einen Weg aus den Dilemmata der Lösung globaler Probleme zu weisen. Robinsons Werk steht also in der utopischen Tradition des Entwurfs umfassender soziopolitischer und ökonomischer Gesellschaftsentwürfe, die ihre eigene Unwahrscheinlichkeit in Kauf nehmen, dafür aber vor Augen führen, wie ein stimmiges, multidimensionales und in diesem Sinne: *totales* Entwicklungsszenario aussähe.

Dass in der aktuellen politischen Debatte das utopische Denken im Gegensatz zu dystopischen Worst Case-Szenarien und inkrementellen Realutopien weitgehend zum Erliegen gekommen ist, hat etwas damit zu tun, dass diese totale Umfasstheit gerade im revolutionären Denken des 20. Jahrhunderts oft mit einem Wahrheitsanspruch hinsichtlich dessen, was überhaupt ideal und wünschenswert ist, einherging. Vor dem totalitären Potential des Utopischen ist immer wieder mit Recht gewarnt worden. Wie sich aber in der gegenwärtigen Science-Fiction bei Robinson und anderen zeigt, muss das Abrücken vom totalitären Utopismus nicht auf Kosten der komplexen, multidimensionalen und totalen Vorstellungskraft gehen.

Auf die Ernüchterung mit den Utopien, die am Ende des 20. Jahrhunderts stand, folgt derzeit eine profunde Ernüchterung mit fantasielosem Status-Quo-Denken. Gerade im Bereich der Digitalisierung, auf den die tiefgreifendsten gesellschaftlichen Transformationen der letzten Jahrzehnte zurückzuführen sind, sollte daher utopisch gedacht werden, um eigentlich recht neue Machtverschiebungen nicht vorschnell als gegeben hinzunehmen.

Anmerkungen

1 Unkreativ ist auch die Bezeichnung, die ursprünglich aus dem Roman „Snow Crash“ (1992) des Science-Fiction-Autors Neil Stephenson stammt.

2 Konkret soll das soziale Netzwerk als Ausgangspunkt für eine internationale Kreditunion, eine „people's bank“ (S. 242), fungieren, die mit „carbon coin“ handelt: „It would be an open network of people who make a distributed issuance of credit, issuing carbon coin fractions to each other on proof of good action on caron. [Their bank] invests mindfully as a group mind, a kind of planetary mind, that has to always be funding biosphere-friendly activities.“ Diese Tauschgeschäfte an den Privatbanken vorbei würden schließlich zu einer Vergemeinschaftung des Privatbankenwesens führen.

Referenzen

- Barbrook, R. & Cameron, A. (1996). The Californian Ideology. *Science as Culture* 6.1, S. 44–72. doi: 10.1080/09505439609526455
- Bregman, R. (2019). *Utopien für Realisten*. Rowohlt.
- Claeys, G. (2017). *Dystopia. A Natural History*. Oxford University Press.
- Marx, K. & Engels, F. (1848/1974): Manifest der Kommunistischen Partei. In Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.), *Marx-Engels-Werke*, (Band 4, S. 459–493). Dietz Verlag.
- Montag, C. (2021). *Du gehörst uns*. Blessing.
- Seemann, M. (2021). *Die Macht der Plattformen. Politik in Zeiten der Internetgiganten*. Ch. Links.
- Robinson, K. S. (2020). *The Ministry for the Future*. Orbit.
- Wright, E. O. (2017). *Reale Utopien. Wege aus dem Kapitalismus*. Suhrkamp.



Bert te Wildt

Zum Zusammenhang digitaler und demokratischer Reifungskrisen. Ein entwicklungspsychologischer Essay

Während der Blütezeit der Soziologie und der Geisteswissenschaften war es für viele Vertreter*innen von wissenschaftlichen Disziplinen, die sich vornehmlich mit dem individuellen Menschen beschäftigen, wie Pädagogik, Psychologie und Medizin, eine Selbstverständlichkeit sich an politischen Diskursen zu beteiligen, diese sogar mitzuprägen. Man denke an die Diskussion um schwarze Pädagogik und die Aufarbeitung der Zeit des Nationalsozialismus oder an den Kampf gegen die friedliche und militärische Nutzung von Kernenergie, der von Psychotherapeut*innen und Ärzt*innen bis heute unterstützt wird. Allerdings sind die Stimmen aus dieser Perspektive, individuelle und kollektive Phänomene aufeinander zu beziehen und damit zur Analyse und Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse beizutragen, offenkundig seltener geworden. Dieser Text stellt einen Versuch dar, schlaglichtartig einzelne psychologische Impulse zu setzen, im Hinblick auf die Frage, warum sich die jahrhundertalte Demokratie sich mit der noch so jungen digitalen Transformation immer noch so schwertut.

Die Macht geht vom Volke aus. So besagt der Begriff „Demokratie“. Nicht ein Individuum hält alle Macht inne. Es regiert ein Kollektiv von Individuen, nicht ein Kollektivismus. Dass Demokratie als solche empfunden und verstanden wird, hängt davon ab, inwieweit das Individuum auch jenseits der Wahlurne eine Stimme hat. Eine demokratisch organisierte Bevölkerung will sich in einem lebendigen Austausch mit der Politik erleben und von Politikern gut vertreten fühlen. Kommunikation und Repräsentanz spielen für die Digitalisierung eine ganz erhebliche Rolle. Nun wird das Verhältnis zwischen Individuum und Kollektiv im Zuge der digitalen Medienrevolution neu verhandelt. Dies zeigt sich insbesondere in der Frage, welche Chancen und Risiken die Digitalisierung für die Demokratie mit sich bringt. Im Zuge dessen besteht immer mehr Grund zur Sorge sowohl um eine zu große Polarisierung als auch um eine zu große Vereinheitlichung von Meinungen, Haltungen und politischem Handeln. Letztendlich geht es dabei um ein Ringen zweier Extreme, einem Ausgleich von Individualismus und Kollektivismus im Übermaß.

Jenseits demokratischer Reife

Irritierenderweise stellen mittlerweile nicht wenige die Demokratie als bestmögliche Gesellschaftsform in Frage. Dem begegnet man nicht nur im Rückbau von jungen Demokratien, so beispielsweise in den ost-europäischen Ländern, sondern auch in Teilen der Klimaschutzbewegung, die demokratische Entscheidungsprozesse nicht (mehr) dazu in der Lage sehen, dem globalen Exitus schnell genug entgegenwirken zu können. Besonders augenfällig wird Demokratiemüdigkeit natürlich in den rechtspopulistischen Bewegungen. Diese Entwicklungen werden nicht unerheblich von den digitalen Medien katalysiert, nicht zuletzt, weil sie zur Filterblasenbildung neigen und bislang weitestgehend ohne Regulativ auskommen.

Eine Gegenbewegung zu diesen Entwicklungen zeigt sich darin, dass man sich an das klammert, was bisher als demokratische Praxis verstanden worden ist, als seien es in Stein gemeißelte Gesetzmäßigkeiten. Die im Sinne des sogenannten westlichen Demokratieverständnisses gängige Organisationsform von Demokratie wird als das Non-Plus-Ultra hochgehalten. Dass dies gerade auch von ihren Gegnern unter Ideologie-Verdacht gestellt wird, sollte niemanden verwundern. Unantastbarkeit, das Fehlen jeglichen Reformwillens sollte allenthalben skeptisch machen, ebenso wie bei orthodoxen Religionsgemeinschaften oder bei Regimen, die sich vor allem auf Traditionen und Nationalstolz berufen. Vielleicht gibt es auch bei Demokraten einen Stolz, der sie sich allzu sicher fühlen lässt in ihrer festen Überzeugung, auf jeden Fall immer auf der richtigen Seite zu stehen. Dass dies so einfach nicht ist, dürfte sich eigentlich schon allein aus der Tatsache erkennbar ergeben, dass Demokratien sehr unterschiedlich funktionieren. Daraus erwachsen verschiedene Stärken und Schwächen. Der europäische Blick auf die US-amerikanische Demokratie beispielsweise erfüllt viele mit ebenso viel Faszination wie Schrecken, aus denen sich sowohl Bewunderung als auch Ablehnung ergibt. Es gibt nicht die Demokratie schlechthin. Demokratien können anders sein, das heißt auch, dass sie sich verändern können. Vermutlich müssen sie dies auch, wenn sie überlebensfähig bleiben wollen. Jeder Versuch, sie in Stein zu meißeln, dürfte von einer Angst vor ihrer Überkommenheit, wenn nicht sogar Verkommenheit zeugen.

Der Begriff „Demokratie“ beschreibt letztendlich Vorgänge, deren prozesshafter Charakter als konstitutiv verstanden werden kann. Es geht dabei immer um Wandel und Erneuerung. Und das muss vermutlich auch für die demokratischen Prozessbedingungen selbst geltend

gemacht werden. Wenn Demokratien überleben wollen, müssen sie sich entwickeln und erneuern wie es Lebewesen tun. Demokratien sind letztendlich organisierte Prozesse von Kollektiven, vergleichbar mit den physiologischen und psychologischen Vorgängen, die sich in den Körpern und Geistern von Individuen nach gewissen natürlichen und logischen Gesetzmäßigkeiten vollziehen. Wenn sich individuelle Wesen nicht mehr regenerieren und erneuern können, dann sind sie dem Tode geweiht. Am Anfang des Lebens geht es psychologisch und physiologisch noch um Wachstums- und Entwicklungsvorgänge, im fortgeschrittenen Alter um Reifung und Transformation. Überträgt man individuelle auf kollektive Prozesse, wie es ja im Kern demokratisch gemeint ist, dann befindet sich die Demokratie in einem vergleichsweise hohen, ja stattlichen Alter. Reifung als Ausdruck von Lebenserfahrung könnte sich hier im Bemühen um eine Verfeinerung äußern und im Bemühen um die Vorbereitung auf eine Transformation als Ausdruck von Grenzerfahrung. Letzteres scheint sich gerade im Ringen der Demokratien mit der Digitalisierung zu vollziehen.

Digitale Entwicklung zur Reife

Das hohe Alter der Demokratisierungsbewegung trifft nun auf die Sturm- und Drang-Phase der Digitalisierungsbewegung. Die digitalen Transformationsimpulse, die uns individuell wie kollektiv erfassen, sie sind ebenso destruktiv wie kreativ. Die Disruptionen, die von der digitalen Bewegung, allen voran ihren aktuellen Protagonisten, den ökonomischen Visionären, ausgehen, können nur als Angriffe auf das Althergebrachte verstanden werden. Hier wird dem Prinzip gefolgt: Altes muss zerstört und getötet werden, damit neues aus der Asche gehoben werden kann. Demokratische Gesellschaften befinden sich also in einer radikalen Umbruchphase, in der sich ihnen die Frage stellt, was sie sterben beziehungsweise hinter sich lassen müssen, um etwas Neues erschaffen zu können. Was wollen sie erhalten (die Demokratie an sich?), was soll davon analog bleiben (die Stimmzettel und Wahlurnen?) und was darf im Zuge der Digitalisierung verändert und hoffentlich auch verbessert werden (die Diskurse?). Wird es so etwas wie Demokratie 2.0 geben? Müssen sie den Digital Natives ein früheres Wahlrecht (vielleicht schon ab 16 Jahren?) einräumen, damit sie ihre Zukunft besser selbst mitgestalten können? Brauchen sie eine ganze neue Art von diskur-siver Meinungsbildung und mehr direkte Demokratie, um den immer

drängenderen und größeren Herausforderungen, vor die sie die digitale Revolution weiterhin in exponentiellem Tempo stellt, gerecht zu werden? – In jedem Fall ergibt es vermutlich keinen Sinn, weiter die Risiken und Chancen gegeneinander auszuspielen. Statt dessen sollten wir die digitale Revolution vor allem als eine Chance begreifen, deren Risiken beherrschbar sind, wenn man sich ihr mit Gestaltungskraft und Verantwortungsbewusstsein stellt. Insofern sollten demokratische Länder es eilig haben, das weiterhin ubiquitäre Schwarz-Weiß-Denken in dieser Angelegenheit zu überwinden.

Diese ungünstige kollektive Dichotomie im Massenpsychologischen lässt sich entwicklungspsychologisch auch vom Individualpsychologischen her verstehen. Die digitale Revolutionsbewegung ist noch jung. Nicht einmal die Phase des Anarchischen der Digitalisierung ist voll und ganz überwunden. Das anarchische Stadium kann analog zur Weltansicht eines Babys verstanden werden, bei dem sich (bestenfalls) die ganze Welt um ihn/sie und seine/ihre existuellen Bedürfnisse dreht, ein natürlicher Egozentrismus also, bei dem unmittelbare Lust und Unlust noch alles bestimmend sind. Dass die Netz-Anarchie auf Dauer keine vernünftige Option ist, dass es Regeln braucht, um die Freiheit im Netz bestmöglich zu erhalten, geschützt vor autokratischer Politik und entgrenzter Ökonomie, das haben auch die letzten liberalen Internetpionier*innen erkannt. Auch im Netz kommt die eigene Freiheit dort an eine Grenze, wo die Freiheit des Anderen beginnt. Auf jegliche Regeln zu verzichten, das fordern nur diejenigen, die ohnehin nicht verstanden haben, dass Freiheit im Kollektiv stets seine Begrenzungen hat und nur mit Spielregeln zu haben ist, die im Grunde das anarchische Stadium, in dem die eigenen, in der Regel recht primitiven Bedürfnisse, egozentrisch im Mittelpunkt stehen, nicht verlassen haben bzw. verlassen wollen.

Gesamtgesellschaftlich sind viele demokratisch regierte Länder in den politischen Diskursen und Entscheidungen im Hinblick auf die digitale Transformation etwas weiter als Deutschland. Noch immer aber werden Chancen und Risiken recht einseitig betrachtet und gegeneinander ausgespielt. Es wird versäumt, den Spannungsfeldern zwischen Euphorie und Angst integrative Lösungen zuzuführen. Das dichotome Denken in Gut-Böse-Kategorien, die Unfähigkeit zur Ambivalenz, ist ein typisches Merkmal von Borderliner*innen und Pubertierenden. Man darf sich diese Analogie erlauben, um die aktuelle Krise der Demokratie zu betrachten. Wenn sich die Netzgesellschaft im Stadium der Pubertät befindet, hin- und hergerissen zwischen Kind- und Erwachsensein,

zwischen lieb und böse, zwischen Spiel und Rebellion, dann wird vielleicht deutlich, was zu tun ist. Dann könnten individuelle Konzepte der Pädagogik (Pubertät) und der Psychotherapie (Borderline) dabei helfen, kollektive Maßnahmen zu ergreifen, die das Netz, die Netzkultur und damit auch seine politische Kultur zur Reife führen. Die Disziplinen Pädagogik und Psychotherapie sind Expertinnen für zwischenmenschliche Beziehungen. Eine gut funktionierende Demokratie ist bestenfalls eine reife komplexe Beziehungsform, an der sehr viele Menschen beteiligt sind.

Wie bereits angedeutet, besteht eine Schwierigkeit der westlichen demokratischen Länder in der scheinbar zunehmenden Unfähigkeit, Ambivalenzen zu ertragen und zu integrieren. Sie findet sich allerdings keinesfalls allein auf der Seite derjenigen, die dem rechtspopulistischen Feld zugeschrieben werden. Die Ausgrenzung und Verdammung Andersdenkender findet sich auch in der Sphäre wieder, die bislang als links-liberal wahrgenommen beziehungsweise tituliert wurde, dies vermutlich vor allem bei jungen Menschen. Dieses globale Ambivalenzdefizit wird mit den sozialen Medien, insbesondere ihrer Tendenz zur Filterblasenbildung in Verbindung gebracht. Die erhoffte „Schwarmintelligenz“ ist offensichtlich nicht ohne die Schattenseite der „Schwärmedummheit“ zu haben. Die Welt nicht einfach in Gut und Böse, Schwarz und Weiß einzuteilen, gehört wie gesagt zu den wichtigen späten Entwicklungsaufgaben auf dem Weg ins Erwachsenenleben. Pubertierende Jugendliche und erwachsene Borderliner*innen haben (noch) ihre Probleme damit. Die Erwachsenenwelt als Eltern, Pädagog*innen und Therapeut*innen kann dem nur gut begegnen, wenn sie es schafft, authentisch auch bei sich selbst Stärken und Schwächen zu erkennen, zu zeigen und zuzugeben. Nur dann vermag sie den Kindern und Patient*innen im Sinne eines „Containings“ Halt dadurch zu geben, dass sie angenommen, geliebt beziehungsweise gemocht werden, auch wenn sie negatives Verhalten an den Tag legen. Es geht letztlich darum, dass eine höhere Macht, die Dyade der Eltern, die Triade der Eltern mit ihrem Kind oder eben die Dyade von Therapeut*in und Patient*in, in der Lage ist Ambivalenz und Dissens auszuhalten, um Unterschiede und Spannungsfelder deutlich zu machen und stehen lassen zu können, um am Ende Konflikte lösen zu können.

Ambivalenzdefizite finden sich aber auch am anderen Ende des Altersspektrums, wenn man sich und seine Werte nicht mehr in Frage stellen mag und das Althergebrachte für allgemeingültig erklärt. Wer sich aber selbst gar nicht mehr selbtkritisch zu befragen vermag, hat sich

einer stetig in Wandlung befindlichen Gesellschaft längst entfremdet und entgegengestellt. Ein sich der Vernunft und Aufklärung verpflichteter Mensch müsste sich solang es geht der kritischen Selbstreflexion verschreiben. Manch einer würde vielleicht sogar sagen, dass ohne einen Transformationsimpuls am Ende des Lebens keine umfassende Lebendigkeit zu haben ist.

Reifungskrisen integrativ bewältigen

Es geht hier also allenthalben um Reifungskrisen. Bei der Frage nach der Digitalisierung geht es letztlich um eine Krise auf dem Weg der finalen Schritte des Erwachsenwerdens, um ein pädagogisches Problem der Individuation: Wie kann ich Teil einer Gesellschaft mit Rechten, Pflichten und Regeln sein und gleichzeitig frei und ganz ich selbst? Wie kann die digitale Revolution ihr befreientes Potential voll entfalten und bewahren, wenn Anarchie keine Option mehr ist und Regulative notwendig werden? Bei der Demokratisierung geht es dagegen um die Problematik, die ein spätes Stadium der Reife mit sich bringt. Es geht am Ende um die auch psychotherapeutisch zu bearbeitende Frage, wie ich damit umgehe, wenn ich an Grenzen von Wachstum und Entwicklung komme. In diesem Sinne stellt sich uns die bange Frage, ob die Demokratie als solche überleben wird. Der Unterschied liegt vielleicht vor allem darin, dass Technologien nicht lebendig sind und in aller Regel irgendwann veralten und das Zeitliche segnen. Demokratie mag als organisches Kollektiv, als etwas überindividuell Lebendiges verstanden werden, nicht zuletzt auch als immaterieller Gegenstand von Geisteswissenschaft, der in der Lage ist, sich zu transformieren.

Nun ließe sich sicherlich treffend einwenden, dass die Demokratie vielleicht gar nicht vor einem vorläufigen Endpunkt steht, der eine existenzielle Bedrohung beziehungsweise eine potentielle Wiedergeburt impliziert. Vielleicht hat sie einfach ein stolzes Alter mit hoher Lebenserwartung erreicht. Ebenso kann in Frage gestellt werden, ob die digitale Avantgarde wirklich die beschriebenen Anpassungsleistungen vollziehen muss, um endlich erwachsen und der Demokratie fähig und würdig zu werden. Vermutlich braucht es die widerständige und destruktive Kraft der Revolution, um wirklich etwas Neues zu erschaffen. – Aber das müssen nicht notwendigerweise unvereinbare Widersprüche sein. Die Auseinandersetzungen und Verhandlungen zwischen den konservativen Bewahrern und den disruptiven Erneuerern bilden oftmals dasjenige

Spannungsfeld, auf dessen Boden sich Entwicklungen vollziehen, im Gegensatz zu Neuanfangen auf der Grundlage einer kompletten Zerstörung.

Pädagogisch und psychologisch gesehen geht es im Grunde um einen Generationenkonflikt, der noch nicht ausgehandelt ist. Alt gegen Jung. Jung gegen Alt. Eine völlig fluide Demokratie ohne Grenzen und Regeln erscheint dabei ebenso als eine gefährliche Utopie, wie eine Beschwörung einer niemals dagewesenen idealen Demokratie der Vergangenheit, die es um jeden Preis zu erhalten gelte. Den „digital divide“, der Digital Natives und Digital Immigrants voneinander scheiden soll, der vergleichsweise alte Menschen vorzeitig zumindest politisch für tot erklärt, und junge Menschen zu Prototypen einer neuen Menschheit erhebt, den gilt es zu überwinden. Dies gilt nicht zuletzt deshalb, weil die existentiellen Dinge des Lebens sich gerade ganz besonders am Anfang und Ende des Lebens, in Kindheit und Alter vollziehen und eben nicht oder kaum digitalisierbar, weil leibgebunden sind. Gerade im Umgang mit diesen so analogen, körperlichen und krisenanfälligen Lebensphasen beweist sich Menschlichkeit innerhalb einer Gesellschaft.

Wie sich diese Kluft zwischen den Generationen verstärkt und wie sie aber auch vielleicht überwunden werden kann, das kann am Beispiel einer Beobachtung in der aktuellen Pandemie erörtert werden. Um vor allem ältere Menschen zu schützen, haben Kinder, Jugendliche und Adoleszenten sehr lange auf Freiheiten verzichtet: die Freiheit zur Schule und Universität zu gehen, sowie die Freiheit, in der Freizeit zu tun, was immer sie wollen. Dabei ist es der Generation der Erwachsenen nicht ausreichend gelungen, die Digitalisierung schnell und umfassend genug zu nutzen, um diese Krise gut zu überstehen. Vielmehr wurde deutlich, wie wenig es die Politik und Pädagogik verstanden hat, die Chancen der Digitalisierung frühzeitig zu erkennen und zu operationalisieren. Dieser Rückstand konnte auch in zwei Jahren Pandemie nicht aufgeholt werden. Wie sehr die Digitalisierung ein chancenreicher Segen sein kann, das dürfte diese Pandemie wohl ausreichend aufgezeigt haben, wenn man nicht nur an Home-Schooling und Homeoffice denkt, sondern auch an den Umgang mit dem physischen Social Distancing und an das Überstehen von Quarantäne und Isolation. Bei allen Risiken, die es wie bei jeder unter dem Strich segensreichen technologischen Revolution weiterhin zu bedenken gilt, werden die Digital Natives mehr Gehör finden (müssen). Die Heranwachsenden haben allen Grund dazu, wütend auf ihre Alten und ganz Alten zu sein. Denn sie haben den sich wandelnden Acker der Geschichte nicht gut bestellt

und sich auf dem Erreichten ausgeruht. Jetzt im Ruhestand einfach nur wieder in See zu stechen und mit aufwändigem und umweltbelastendem Reisen alles vermeintlich Versäumte nachzuholen, das muss sowohl kollektiv wie individuell als Armutsszeugnis einer Wohlstandsgesellschaft verstanden werden. Die provokative Frage mag erlaubt sein, wer in den Pandemiejahren wohl mehr wichtige Zeit verloren hat, die Alten oder die Jungen? – Darauf kann es keine ethisch vertretbare Antwort geben, weil junge und alte Menschen ja nicht gegeneinander ausgespielt werden sollen. Es geht auch nicht um Schuldzuweisungen, sondern darum, wer jetzt Verantwortung übernimmt. Ein wichtiges Zeichen könnten ältere Menschen jetzt damit setzen, dass sie den Jungen dabei helfen, ins Leben und Lernen zurückzufinden. Sie könnten im Sinne eines Nachhilfeunterrichts dabei eine Unterstützung sein, Lernrückstände aufzuholen (und dabei vielleicht selbst noch etwas über digitale Medien lernen). Und sie könnten vielleicht auch Zeit und Geld mit ihnen teilen, um die analoge Welt zu entdecken, geographisch und kulturell (und dabei mit ihnen auf Reisen und ins Theater gehen). Solche vielleicht etwas romantisch anmutenden Betrachtungen und Lösungsansätze könnten hilfreich sein, wenn es darum geht, die jungen Protagonisten der noch nicht gereiften digitalen Revolution und die Vertreter einer reifen bislang ziemlich analog gebliebenen Demokratie miteinander kreativ und produktiv ins Gespräch und in Einklang zu bringen.

In jedem Fall ist hier die Erwachsenenwelt an der Reihe und Macht etwas zu verändern, altes und neues miteinander zu verbinden und zu integrieren. Vor dem Hintergrund der pädagogischen und psychologischen Betrachtungen geht es um zwei Aspekte, wenn Demokratie eine größtmögliche individuelle Freiheit im Kollektiv ermöglichen soll. Es geht um Grenzen, die am Ende Sicherheit und Halt geben. Die handelnde Erwachsenenwelt von Eltern, Pädagogen, Politikern etc. wird den Kindern der digitalen Revolution vermutlich mehr Regeln zumuten müssen, damit nicht nur individuelle, sondern auch über-individuelle Entscheidungen getroffen und umgesetzt werden können. Und den älteren Menschen könnte abverlangt werden, dass es zeitliche Grenzen gibt, über die manche bisher gepflegten und geschätzten Merkmale der Demokratie überlebensfähig sind. So sollte wirklich darüber nachgedacht werden über die digitale Agora, auf der diskutiert wird, über Wege zu mehr direkter Demokratie und – in diesem Zusammenhang besonders augenfällig – ein Wahlrecht für jüngere Menschen. Es geht also gleichzeitig um mehr digitale Regeln wie auch um mehr Freiheitsgrade.

Nicht nur die Fähigkeit, sondern auch eine gewisse Kultivierung der Auseinandersetzung mit sich selbst und anderen ist eine Voraussetzung Konflikte zu ertragen, zu bearbeiten und zu lösen. Die Diskursfähigkeit als gute Voraussetzung für ausreichend gute Entscheidungen, sie nimmt in der Auseinandersetzung des Individuums mit dem Kollektiv von Elternschaft und Gesellschaft ihren Ausgang. Eine Demokratie ist nur dann freiheitlich, wenn sie kollektive Entscheidung zu treffen und umzusetzen vermag. Anarchie kennt keine Spielregeln und vermisst deshalb auch die Spielräume einer demokratisch grundierten Kultur. Wer keine Spielräume im Denken und damit für zukünftige Entwicklungen mehr hat, hat sich daraus verabschiedet. Ganz am Ende entscheidet nicht die Demographie, sondern die Sterblichkeit und Fruchtbarkeit. Ob Demokratie mit Hilfe der Digitalisierungsbewegung graduell weiterentwickelt oder kategorisch transformiert wird, sie wird so oder so nur lebendig bleiben, wenn sie sich erlaubt und abverlangt, sich immer wieder gemeinschaftlich und integrativ zu verändern. Vielleicht konnte hiermit eine Idee davon vermittelt werden, warum die Erkenntnisse und Erfahrungen aus Pädagogik und Psychotherapie dabei eine Rolle spielen könnten, wenn sie sich auch kollektiven Fragen und Diskursen stellen und widmen.



Robin Schmidt

Digitalpolitik und Pädagogik

Zur Politik der technologischen Lösung pädagogischer Probleme und der pädagogischen Lösung technologiepolitischer Probleme – und darüber hinaus

Das Technologiedefizit der Erziehung...

Ende der 1970er Jahre wurde durch Lernpsychologie und Unterrichtsforschung immer deutlicher, dass schulisches Lernen nicht in kausalen Bedingungen zu operationalisieren ist. Systemisch unterliegt Pädagogik dem, was Niklas Luhmann in seiner ironischen Art das „Technologiedefizit der Erziehung“ (Luhmann & Schorr, 1979) nannte: Es lassen sich keine unmittelbaren Ursache-Wirkungsbeziehungen in Lehr-Lernprozessen ausmachen, sondern Lernen findet immer unter der Bedingung von Kontingenzen statt, also in Zusammenhängen zwischen Lehrer*innen, Schüler*innen, der Organisation Schule und vielen anderen Faktoren, die weder zufällig noch notwendig sind. Das heisst nicht, dass diese Faktoren ohne Bedeutung sind, jedoch bilden deren reziproke Wechselbeziehungen ein Geflecht, in dem allenfalls von Einflüssen und Angebot-Nutzungsbeziehungen gesprochen werden kann. Lernen, Bildung, Erziehung kann nicht kausal erwirkt werden. Entsprechend lösten sich die Hoffnungen auf einen rational programmierbaren Unterricht auf. Und so wurde auch klar, dass es im Prinzip keine Erziehungs-Technologie geben kann, die diese Kontingenzen in Kausalität zu überführen vermag.

Ziemlich genau zur gleichen Zeit zeichnete sich ab, dass Computer einmal klein und billig genug sein werden, um sie für den schulischen Kontext beschaffen zu können und die Entwicklung von Programmiersprachen wie LOGO oder BASIC erschloss deren Nutzung und Programmierung für pädagogische Zwecke. Seither, also seit über 40 Jahren, ist mit Computern die Verheißung verbunden, sie könnten das Lernen effizienter, interessanter, personalisierter, gerechter machen und sie seien essenziell für die berufliche Zukunft.

Diese Idee ist von vielen enthusiastisch aufgegriffen worden. An dem einen Ende des Spektrums von Stakeholdern dieser Idee steht hier

früh die auf wirtschaftliches Wachstum orientierte Bildungspolitik der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung). Schon das CERI-Programm der OEDC von 1971 (Hof & Bürgi, 2021, S. 155) legte hier Fundamente: Dem Computer wurde die Rolle übertragen, alle Lernenden in individualisierter Weise auf den Arbeitsmarkt vorzubereiten, da man davon ausging, dass er immer mehr in das tägliche Leben und insbesondere in die wirtschaftlichen Aktivitäten einbezogen werden würde. Insbesondere sah man im Computer das Potential, die Probleme des bevorstehenden Übergangs von der höheren Bildung für Wenige zur Massenbildung zu bewältigen. Eine erfolgreiche Informatisierung von Handel und Industrie wurde als wesentlich für die künftige Wirtschaft Europas bezeichnet. Entsprechend sollte ein Informatikunterricht die Schüler auf die technologisierte Gesellschaft und ihren künftigen Arbeitsplatz vorbereiten. Informatik sollte aber kein separates Fach sein, sondern von Lehrer*innen in verschiedenen Fächern eingeführt werden (Hof & Bürgi, 2021, S. 158).

Am anderen Ende des Spektrums stand damals die UNESCO, die 1983 das Potenzial von Computern für die Gestaltung einer gerechteren Welt feierte (UNESCO, 1983):

The impact that the messages transmitted by this means can have on mutual understanding between peoples and between nations and on the maintenance of peace is undeniable. [...] mankind has always attached importance to the role that the media play, or can potentially play, in eliminating prejudice and helping to bring about a world where mutual understanding will hasten the coming of peace and the advent of societies that are more just, more respectful of human rights, and more concerned to do away with ignorance, disease, hunger and poverty (UNESCO, 1983, S. 4).

Neben dieser faszinierten Darstellung des Potentials digitaler Technologien für eine gerechtere und friedlichere Welt durch Informations-technologien in den Beiträgen dieser Ausgabe des *Courier* ist hier auch der frühe Hinweis auf einen *Digital Divide* bemerkenswert, dass etwa das „elektromagnetische Spektrum“ sehr ungleich verteilt sei und nur wenige Länder von den Technologien wirklich profitieren könnten.

Interessanterweise wird also just ab dem Zeitpunkt, in dem erziehungswissenschaftlich klar wird, dass Erziehung systemisch einem „Technologiedefizit“ unterliegt, der Computer als Lösung gerade dieses „Technologiedefizits“ vermarktet und zum Gegenstand politischer Agenden.

... und die Replikation des Technologiedefizits

Auch wenn beispielsweise schon 1975 die amerikanische „Digital Equipment Corporation“ (DEC) auf der Bildungsmesse „Didacta“ einen „Classroom Interactive Computer (CLASSIC)“ präsentierte, dauert es weitere 20 Jahre bis technologisch und bildungspolitisch flächendeckende Versuche mit Computern im Unterricht durchsetzbar sind (Geiss, 2022). Und erst Ende der 1990er Jahre fallen die Preise für Laptop-Computer und Software so, dass an Vollausrüstungen von Klassen und Schulen zu denken ist. Regierungen, Stakeholder, Hard- und Softwarehersteller und zunehmend auch in der empirischen Forschung aktive Erziehungswissenschaftler*innen werben intensiv für die Einführung von Laptops in Schulen.

Diese Forderungen treffen auf eine sehr weit verbreitete Unzufriedenheit mit der Qualität der Schulen und gleichzeitig ist es zum Allgemeinplatz geworden, dass das bevorstehende 21. Jahrhundert durch Digitalisierung andere Anforderungen an künftige Arbeitnehmer*innen stellen wird. Flexibilität, Problemlösefähigkeit, Kreativität und andere Kompetenzen werden für eine Informationsgesellschaft zentral sein und sollen in der Schule entwickelt werden (Schmidt, 2020, S. 33ff). In Entwicklungsländern wächst die Hoffnung, durch ein (technisch) modernisiertes Schulsystem die Demokratisierung voranzubringen und die gesellschaftliche Durchlässigkeit zu erhöhen. Dies alles lässt sich in politische Forderungen umformen: die Voll-Ausstattung von Schulen mit Laptops und Breitband-Internet erscheint als ideales Mittel, diese Ziele zu erreichen.

Erste Versuche, ganze Klassen mit Laptops auszustatten, werden zwar bereits 1990 in Australien gemacht (Watters, 2015), größere Projekte beginnen aber erst 2002 in den USA, beispielsweise im Bundesstaat Maine, wo alle Sekundarschüler*innen mit einem Laptop wie zuvor mit Schulbüchern als Leihgabe ausgestattet werden; in sehr vielen anderen Ländern folgten ähnliche Pionierprogramme (Zucker & Light, 2009, S. 83). Ein repräsentatives und gut erforschtes Projekt in Deutschland ist die Initiative in Niedersachsen „1000mal1000: Notebooks im Schulranzen“, die 2003 startet. Schulklassen des 7. Jahrgangs werden mit persönlichen Notebooks ausgestattet, finanziert durch Eltern, Landesregierung und im Rahmen einer Public-Private Partnership. Die formulierten Erwartungen an dieses Projekt im Rahmen der „Schulen ans Netz“-Initiative können stellvertretend für die Ambitionen der Laptop-Programme stehen. Es soll erreicht werden, so das vollmundige Versprechen,

„[...] die schulische Lernkultur dahingehend zu verändern, dass das eigen-tätige, selbstverantwortliche und kreative Erforschen und Entdecken der Schülerinnen und Schüler gestärkt, kooperatives Lernen und Arbeiten gefördert sowie individualisiertes und differenziertes Lernen unterstützt wird. Daraüber hinaus wird angestrebt, fächerübergreifendes Lernen zu fördern. All dies soll dazu beitragen, den Schülerinnen und Schülern verstärkt fachunabhängige Schlüsselqualifikationen zu vermitteln, z.B. Strategien zur Informationsrecherche und -verarbeitung, Kommunikations- und Kooperationsfähigkeit. [...].“ (Schaumburg et al., 2007, S. 10)

Deutlich wird die Erwartung formuliert, allein durch die Bereitstellung von Laptops zentrale pädagogische Ziele wie selbstgesteuertes, kollaboratives und transdisziplinäres Lernen zu erreichen.

Die empirische Evaluation der in den Folgejahren weltweit durchgeführten Laptop-Programme zeigt dann aber, dass sowohl repräsentative Schulleistungsstudien wie auch wohlwollende Auftragsstudien von Sponsoren bei der Identifikation von positiven Lerneffekten durchweg zurückhaltend ausfallen, wenngleich sie zumeist rhetorisch bemüht sind, die positiven Effekte herauszustellen. Ein statistisch signifikanter Lernzuwachs ist lediglich – wenig überraschend – im Bereich der Computerkenntnisse festzustellen (Herzig & Grafe, 2011, S. 76). Das bestätigen auch internationale Meta-Studien über dann bereits 4500 verfügbare Studien (Hattie, 2015, S. 259; Tamim et al., 2011): Der Einsatz von Computern erreicht eine Effektstärke von $d= .37$, was durchschnittlichen „Schulbesuchseffekten“ entspricht. Interessant ist auch, dass keine Korrelation zwischen den Effektstärken und dem Jahr einer Studie aufgezeigt werden konnte, woraus geschlossen werden kann, dass die Lerneffekte auch bei neuerer Technologie nicht grösser werden. Insgesamt bestätigen diese Befunde die Ergebnisse schulischer PC-Studien früherer Jahre (Zucker & Light, 2009): Lernen mit ICT (also digitalen Informations- und Kommunikationstechnologien) macht „no significant difference“ (Petko, 2014, S. 104).

ICT kann in der Folge nicht mehr als Katalysator besseren Lernens oder einfacher Hebel schulischer Modernisierung gesehen werden – „truly effective technology use is complex, contextual, and multi-faceted“ (Amador et al., 2015, S. 812). Angesichts der empirischen Ergebnisse scheint das größte Problem, dass mit ICT viel wertvolle Lernzeit verschwendet wird, weil der Lernfortschritt vom Einsatz der Technologie allein statt dem Handeln der Lehrpersonen (mit ICT) erwartet wird. Diese Befunde wiederholen sich im Prinzip auch in den letzten zehn Jahren bei der Untersuchung anderer digitaler Tools und Apps.

Vierzig Jahre empirische Forschung zum schulischen Computereinsatz zeigt, dass ICT in der Schule weitgehend *unwirksam* ist. Sie falsifiziert im Detail, was systemisch längst klar ist: die These wirksamer Lerntechnologie. Oder anders gesagt: intensiver schulischer Technologieeinsatz repliziert das Technologiedefizit der Erziehung.

„Cruel Optimism in Edtech“

Im Rückblick auf diese ICT-Integrationsprogramme zeigt sich die Durchgängigkeit einer bezeichnenden Rhetorik: dass die jeweils aktuell verfügbare digitale Technologie noch mit einigen kleinen Mängeln behaftet sei, die das volle Potential zwar ankündige, aber noch nicht ganz ausschöpfen könne, was dann aber die nächste Generation von Geräten realisieren werde. Politisch interessant ist dabei, dass die Zeit, die benötigt wird, um diese Claims der Digitalisierungsprojekte empirisch zu prüfen – also ungefähr die zehn Jahre, die eine sorgfältige theoretische Modellierung, Implementierung im Klassenzimmer und deren empirische Erforschung, Auswertung, Publikation und Rezeption braucht – ziemlich genau die Zeit ist, zu der dann die jeweils nächste Generation digitaler Technologien verfügbar wird. Angesichts der jeweils nächsten Generation Technologie erscheinen so solide empirische Forschungsergebnisse zur Lernwirksamkeit einer spezifischen ICT immer schon redundant, sobald sie vorliegen: vom PC der 1990er zum Laptop und Beamer der 2000er, von diesen zu Tablet und Whiteboard der 2010er Jahre. Und so werden auch gegenwärtig wieder die mangelhaften Lernleistungsverbesserungen in den Studien mit Tablets mit Blick auf die künftig verfügbaren KI- und VR-Technologien relativiert, um erneut vollmundige claims verbesserten und gerechteren Lernens zu einer „charismatischen Technologie“ (Ames, 2019) aufzubauen.

Immer erscheint die *nächste* Generation von Technologie in der Lage, die grundlegenden Probleme der Pädagogik zu lösen. Dieser Fortschrittsglaube an die Wirkmächtigkeit der nächsten Generation von ICT (ein Glaube an die technische Lösung des Technologiedefizits durch Fortschritt) ist die politisch einflussreiche Erzählung, die enorme finanzielle Ressourcen freizusetzen vermag. Angesichts der letzten 40 Jahre Forschung auf diesem Gebiet erscheint diese Erzählung jedoch eher wie eine politische Allüre.

Doch diese Allüre ist keineswegs neutral. Sie verleitet dazu, die Fiktion einer effizienten Bildungstechnologie weiter zu verfolgen, anstatt

die langwierige und schwierige Arbeit anzugehen, die strukturellen und materiellen Hindernisse zu beseitigen, die einer Bildungsgerechtigkeit im Wege stehen. Das verweist auf die grausame Seite dieses technologischen Optimismus:

When hardware and software are being financed as the means to close the achievement gap, protect privacy and expose inequalities, this often passionate attachment to technological solutions blocks interventions in historically rooted, structural inequalities. (Macgilchrist, 2019)

Die Politik digitaler Ausstattungsprogramme verspricht genuin pädagogische Probleme durch Investition in Zukunftstechnologien zu lösen. Für Politiker ist das durchaus attraktiv, denn ein Ausstattungsprogramm ist innerhalb einer Legislatur zu stemmen und ziemlich risikolos als politischer Erfolg verbuchbar. Doch es ist eine Politik, die technische Ausstattung als Lösung originärer (so gar nicht lösbarer) pädagogischer Probleme verkauft, eine Politik des technologischen Solutionismus. Es ist letztlich ein „cruel optimism in edtech“ (Macgilchrist, 2019), der vielfach auf Kosten der Bildungsgerechtigkeit geht – er verstärkt jene Probleme, die er zu lösen verspricht.

„Let the teachers deal with it!“

Selbstverständlich wurden die Ergebnisse der Evaluationen der Laptop-Programme nicht überall ignoriert. Dort wo die Einsichten in die empirischen Ergebnisse gehört und aufgegriffen werden, wird ein Strategiewechsel eingeleitet. Denn wo positive Effekte auf das fachliche Lernen von Schüler*innen beim schulischen Einsatz von ICT gemessen werden, ist dies abhängig davon, *wie* Lehrpersonen ICT im Lernprozess einsetzen (Gerick et al., 2014). Leicht stärkere Effekte wurden beispielsweise gemessen, wenn ein Lernarrangement mit ICT so gestaltet wird, dass Schüler*innen das Lernen selbst dirigieren können oder wenn Lehrpersonen Computer so nutzen, dass sie mit diesem neue Lernstrategien vermitteln oder wenn durch sie der Kontakt zwischen Lehrperson und Lernenden erhöht wird (Hattie, 2015, S. 262). Verbesserung des Lernens findet somit nicht durch ICT per se, sondern nur im Kontext einer professionellen fachbezogenen didaktischen Verwendung statt, in deren Rahmen eine lernförderliche Wechselwirkung zwischen Medienmerkmalen und Lernvoraussetzungen der Lernenden zustande kommt (Herzig & Gafe, 2011, S. 78). Nicht die Technologie, sondern

die Qualität der von der Lehrperson inszenierten Tätigkeiten sind bestimmd für positive Lerneffekte. Diese können aber weder durch ICT erwirkt werden, noch hängen sie bedingend davon ab.

Auf dieser Grundlage wechselt die Zuschreibung der Verantwortung für die Lösung der Bildungs-Probleme von der Ausstattung auf die einzelne Lehrperson. Die Lehrperson mit ihren professionellen Handlungskompetenzen wird nunmehr als „Schlüssel der schulischen ICT-Integration“ (Petko & Honegger, 2011, S. 156) in den Blick genommen. Mit dieser Identifikation der Schlüsselfunktion der Lehrpersonen und ihrer Kompetenz werden nun seit Beginn der 2010er Jahre zunehmend Kompetenzmodelle Gegenstand digitaler Bildungspolitik.

Dabei geht der deutsche Diskurs zu ICT-Kompetenzen zunächst einen historisch bedingten Sonderweg. Er wird in den 1990er Jahren stark von der Medienpädagogik und den dort zentralen Begriffen wie Medienbildung, Medienkompetenz oder Medienkritik geprägt (u.a. Baacke 2007), einem Ansatz, der letztlich darauf zielt, Medien als Faktor der Entstehung von Totalitarismus kritisch im Blick halten zu können. Seit Anfang der 2000er wird Medienpädagogik dann zunehmend auf Lebensbewältigung in einer immer stärker durch Medien bestimmten Welt hin konzipiert, in der wiederum die Medien selbst immer mehr als Instrumente dieser Bewältigung dienen (Herzig, 2017; Hüther & Podehl, 2005; Kerres, 2017). Aus dieser Perspektive werden auch Modelle für Medienkompetenzen und Standards für die Lehrpersonenbildung entwickelt, auf die sich auch die Strategie der Kultusministerkonferenz „Bildung in der digitalen Welt“ stützt (Herzig, 2020; Kultusministerkonferenz, 2016; Martin, 2020; Tulodziecki, 2012).

Der englischsprachige Diskurs zu ICT-Kompetenzen dagegen hat sich zunächst von der einst „arkanen“ Fähigkeit zur Programmierung von Grossrechnern her kommend mit Begriffen wie „Computer Literacy“ konturiert (Buckingham, 2010). Etwas später wird darunter dann die Kompetenz zur Bedienung von Personal Computern verstanden und auch hier wird seit den 2000er Jahren zunehmend von allgemeineren Kompetenzen gesprochen, die Teilnahme an einer digitalen Gesellschaft fokussieren.

Seit Anfang der 2010er Jahre nähern sich diese beiden Linien zunehmend aneinander an. ICT-Kompetenzen werden als Zugangsvoraussetzungen zur heutigen Gesellschaft konzipiert, für deren Erwerb Lehrer*innen zuständig sind. Ausdruck hierfür sind die heute international einflussreichen Kompetenzmodelle, wie beispielsweise die „ISTE-Standards for Educators“, der EU-Referenzrahmen Digital Competence

Framework for Educators (DigCompEdu) oder der UNESCO „ICT Competency Framework for Teachers“. Diese Modelle finden weite Verbreitung und sind gegenwärtig häufig Gegenstand von Darstellungen an der Schnittstelle von Bildungspolitik, Wirtschaft und Bildungsadministration (zu Vergleich und Konsistenz u.a. (Lorenz & Endberg, 2019; Voogt & Roblin, 2012).

Doch auch hier gilt es, die Dialektik im Blick zu halten, die in diesem Ansatz liegt:

“Ultimately, media literacy is an individualistic solution. Policy makers accept, however regrettably, that the media are not doing a good job in informing citizens and promoting democracy, and that regulating them is impossible. And so they pass responsibility down to the individual consumer: it's their problem to sort it out.” (Buckingham, 2017)

Scharf tritt diese Weitergabe der Verantwortung an den einzelnen Nutzer bzw. an Schüler*innen und Lehrpersonen dort hervor, wo pädagogische Programme auffangen sollen, was letztlich das Versagen der Politik darstellt, wirksame Gesetze gegen Fehlinformation, Gewalt, mangelndem Datenschutz, süchtig machende Trigger in Apps usw. zu verabschieden.

Das politische Versagen kommt schon darin zum Ausdruck, dass es als einigermaßen erstaunlich wahrgenommen wird, wenn es Staaten (der Schweiz) überhaupt gelingt, gegenüber Anbietern schulischer Bildungs-technologien (Google), geltende Gesetze des Landes durchzusetzen (Fiechter, 2019). Doch noch viel deutlicher zeigt sich dies darin, dass pädagogische Einsätze der Polizei in den Primar- und Sekundarschulen gegen Cyberbullying und illegalen Datentausch Alltag sind, dass Digital-Sucht-Präventionsprogramme Teile der Lehrpläne wurden, Kurse in Datensicherheit bei der Benutzung von kommerzieller Software, die in der Schule angewendet werden muss, ein alltägliches Geschäft in vielen Schulen geworden sind. Hier hat sich ein eigener Markt von Berater-firmen, Weiterbildungsangeboten staatlicher und privater Anbieter ent-wickelt, der systemische Last auf den einzelnen abwälzt und der pädagogisch – angesichts täglich greifbarer Gefahren und akutem Leid von Kindern und Jugendlichen – bereitwillig Anerkennung findet.

Doch beruht auch diese Lösung auf einem „Solutionismus“, in dem die Lehrpersonen mit ihren Kompetenzen die Lösung eines systemi-schen Problems herstellen sollen:

Media literacy is often invoked in a spirit of ‘solutionism’. When media regulation seems impossible, media literacy is often seen as the acceptable answer – and indeed a magical panacea – for all media-related social and

psychological ills. Are you worried about violence, sexualisation, obesity, drugs, consumerism? Media literacy is the answer! Let the teachers deal with it! (Buckingham, 2017)

Schüler*innen und Lehrpersonen werden dadurch letztlich für die Bewältigung von Problemen zuständig gemacht, die politischen Ursprungs sind: dass es bisher nicht gelungen ist, Gesetze zu verabschieden, die Anbieter von Software *per default* verpflichtet, Datensicherheit zu gewährleisten, die Features in Apps und Games kurzerhand verbietet, die süchtig machen (wie es auch im Glückspiel der Fall ist) oder die unmenschliche Manipulation via digital erstellter Psychogramme ebenso verbietet wie einst die Sklaverei. Anstatt politische Lösungen gegen unmenschliche Praktiken in digitalen Technologien durchzusetzen, wird so im Grunde erwartet, dass die Mißstände pädagogisch aufgefangen werden. Und mit der bereitwilligen Akzeptanz dieser Präventionsprogramme wird – ganz dialektisch – letztlich durch gut motivierte pädagogische Praxis eine unmenschliche Gesetzeslage legitimiert.

Pädagogische digitale Commons

Aus den beiden skizzierten Fehlentwicklungen möchte ich zwei politische Forderungen ableiten. Die erste geht gegen den „cruel optimism in edtech“ und besteht darin, den politischen Fokus auf Geräte-Ausstattungsprogramme und Kompetenzforderungen hin auf die Bereitstellung von Infrastrukturen zu richten, die demokratisches Zusammenleben stärken. Vermutlich wird hier für die Pädagogik langfristig am meisten erreicht, wenn auf nationaler oder beispielsweise europäischer Ebene so etwas wie *staatliche pädagogische digitale Commons* entwickelt werden. Ich denke dabei insbesondere an plattformunabhängige Softwarepakete für fachliches Lernen, Infrastrukturen, Cloud-Ressourcen und Social-Media-Applikationen, die eigens für pädagogische und fachdidaktische Zwecke entwickelt werden. Als „Allmende“ sind diese wie Straßen allgemein zugänglich, sicher und nicht nur mit den neuesten Geräten nutzbar. Sie erfüllen die Datenschutzbestimmungen von vorneherein, erfüllen die Standards zur gleichberechtigten Teilhabe aller Menschen (auch solcher mit Assistenzbedarf), sie sind frei von gesundheitsschädlichen Triggern und sie werden von pädagogischen Expert*innen moderiert und weiterentwickelt. Wie die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- oder Fernsehsender in Deutschland sind sie über Steuergelder finanziert

und nehmen einen definierten Grundversorgungsauftrag wahr, der vielfältige und nach fachwissenschaftlichen und fachdidaktischen Standards entwickelte Lernressourcen umfasst. Teil davon sind auch eine unabhängige (altersspezifisch modifizierte) Internetsuche, eigene Social-Media-Kanäle (vgl. die Beiträge von Hausteiner und Montag in diesem Band) und eine moderierte staatlich kontrollierte Aufsicht.

Solche *pädagogische Commons* setzen auf die Etablierung von Rechten für Schüler*innen, die nicht darauf beruhen, Unrecht und Gefahren für Kinder durch individuell zu erwerbende Kompetenzen aufzufangen. *Pädagogische digital commons* sind solch ein Beitrag zur Umsetzung einer „rights-based vision of digital literacy“ (Johnson, 2017), die Voraussetzungen für Kinder und Jugendliche schaffen möchte, dass diese lernen, ihre Rechte wahrzunehmen – u.a. ihr Recht, gut informiert zu sein, ihr Recht, gehört zu werden und ihr Recht auf eigene Meinungen – und dies auf eine Weise, die nicht vorgibt, was die richtige Meinung ist, sondern die all das bereitstellt, was erlaubt, eigene Urteile über richtig und falsch bilden zu können.

Ein neuer Gesellschaftsvertrag

Daraus konturiert sich die zweite politische Forderung. Angesichts der Herausforderung, die Wahrnehmung dieser Rechte zu ermöglichen, ist die Frage, ob ein Unterrichtsmittel digital oder analog ist, nicht wirklich entscheidend und auch nicht so sehr, ob der bisherige Unterricht durch ICT mit hohem Aufwand ein wenig effizienter im Hinblick auf Lernleistungen werden könnte. Entscheidend wird vielmehr eine „Digital Literacy Education“: also ob im Unterricht das gelernt werden kann, was für das Leben in einer durch Digitalisierung veränderten Gesellschaft relevant ist und ob Schüler*innen dadurch befähigt werden, ihren originären, eigenen Beitrag zur Veränderung dieser Welt zu machen.

Als politische Forderung lässt sich dies an die Anstrengungen für eine Alphabetisierung (d.i. Literacy) anschließen, die sich gegen die „Bankiersmethode“ in der Pädagogik wendet, die Wissen als Spareinlage in den Köpfen der Lerner ansieht, um Rendite zu erwirtschaften (Freire, 1973, 2013). In deren Zentrum steht die Entwicklung von Handlungsfähigkeit, von Fürsorge, von Entwicklung eines kritischen Bewusstseins, von Beharrlichkeit und Emanzipation. Diese zielen auch in einer digitalen Gesellschaft letztlich darauf: to „produce and reproduce the sense of being in the world with others toward common good“ (Mihailidis,

2018). Somit gilt es, die Forderung der „Digitalisierung der Pädagogik“ oder der „Digitalkompetenzen“ zu einer elementareren Forderung umzuformen. Es gilt „Digitalität“ als zentrales Element eines neuen Gesellschaftsvertrags für die Pädagogik aufzufassen, wie ihn beispielsweise die UNESCO in ihrem jüngsten Bericht zur Zukunft der Bildung formuliert. Es gilt einen Gesellschaftsvertrag zu schließen, der darauf abzielt, unsere Beziehungen zueinander, zum Planeten und zur Technologie durch Pädagogik neu zu gestalten, so dass das geteilte Leben auf der Erde sozial, wirtschaftlich und ökologisch gerecht und nachhaltig wird (UNESCO, 2021).

Ein erster wichtiger Schritt dorthin wäre, den Blick auf die Frage zu lenken, wie Lehrpersonen *Agency* in diesem Spannungsfeld erwerben, was sie in den Stand setzt, einen Unterschied zu machen, was ihnen ermöglicht, den gesuchten Gesellschaftsvertrag in jeder Schulstunde *schon jetzt* zu schließen.

Sich für dieses Spannungsfeld von Politik und Pädagogik im Hinblick auf die digitale Transformation zu engagieren, wird in den kommenden Jahren sehr viel „non-stupid optimism“ (Facer & Selwyn, 2021) benötigen. Es wird auf der einen Seite beständig zu betonen sein, dass es dringend ist, in der Schule die digitale Transformation offensiv zu Inhalt und Form des Lernens zu machen, um die Zugangsbedingungen zur veränderten Gesellschaft sozial, gerecht und nachhaltig zu sichern. Auf der anderen Seite muss beständig der Solutionismus abgewehrt werden, der Lösungen kaufbar erscheinen lässt: als Investition in Technologien, die sich als elegante politische Lösung pädagogischer Probleme ausgeben oder als Investition in den Aufbau von Kompetenzen, die dazu dienen, politische Missstände zu kompensieren.

Referenzen

- Amador, J., Miller, B. G., Kimmons, R., Desjardins, C. D., & Hall, C. (2015). Preparing Preservice Teachers to Become Self-Reflective of Their Technology Integration Practices. In M. L. Niess & H. Gillow-Wiles (Hrsg.), *Handbook of Research on Teacher Education in the Digital Age* (S. 81–107). IGI Global. <https://doi.org/10.4018/978-1-4666-8403-4>
- Ames, M. G. (2019). *The Charisma Machine: The Life, Death, and Legacy of One Laptop per Child*. MIT Press.
- Buckingham, D. (2010). Defining Digital Literacy. In B. Bachmair (Eds.), *Medienbildung in neuen Kulturräumen: Die deutschsprachige und britische Diskussion* (S. 59–71). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-92133-4_4

- Buckingham, D. (2017, Januar 12). Fake news: Is media literacy the answer? *David Buckingham*. <https://davidbuckingham.net/2017/01/12/fake-news-is-media-literacy-the-answer/>
- Facer, K., & Selwyn, N. (2021). *Digital Technology and the Futures of Education: Towards 'Non-Stupid' Optimism*. <https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000377071.locale=en>
- Fiechter, A. (2019). *Bald gilt „Switzerland first“ bei Google und Co*. <https://www.republik.ch/2019/12/19/bald-gilt-switzerland-first-bei-google-co>
- Freire, P. (1973). *Pädagogik der Unterdrückten* (3. Auflage). Kreuz-Verlag.
- Freire, P. (2013). *Pädagogik der Autonomie: Notwendiges Wissen für die Bildungspraxis* (I. Tamm & P. Schreiner, Hrsg.; 2. Aufl.). Waxmann Verlag.
- Geiss, M. (2022). Der Pakt mit dem Computer. *Geschichte der Gegenwart*. <https://geschichtedergegenwart.ch/der-pakt-mit-dem-computer/>
- Gerick, J., Eickelmann, B., & Vennemann, M. (2014). Zum Wirkungsbereich digitaler Medien in Schule und Unterricht. Internationale Entwicklungen, aktuelle Befunde und empirische Analysen zum Zusammenhang digitaler Medien mit Schülerleistungen im Kontext internationaler Schülerleistungsstudien. In H. G. Holtappels, A. S. Willem, M. Pfeifer, W. Bos, & N. McElvany (Hrsg.), *Jahrbuch der Schulentwicklung: Daten, Beispiele und Perspektiven. Band 18*. Beltz Juventa. <https://content-select.com/portal/media/view/552557cd-7868-43b3-b18a-4cc3b0dd2d03>
- Hattie, J. (2015). *Lernen sichtbar machen: Überarbeitete deutschsprachige Ausgabe von Visible learning* (3. Aufl.). Schneider Verlag Hohengehren.
- Herzig, B. (2017). Medien im Unterricht. In M. K. W. Schweer (Hrsg.), *Lehrer-Schüler-Interaktion: Inhaltsfelder, Forschungsperspektiven und methodische Zugänge* (S. 503–522). Springer. https://doi.org/10.1007/978-3-658-15083-9_22
- Herzig, B. (2020). Digitalisierung, Medienbildung und Medienkompetenz. Verhältnisbestimmungen und Implikationen für die Lehrerbildung und den Lehrerberuf. In M. Rothland & S. Herrlinger (Hrsg.), *Digital?! Perspektiven der Digitalisierung für den Lehrerberuf und die Lehrerbildung*. Waxmann.
- Herzig, B., & Gafe, S. (2011). Wirkungen digitaler Medien. In C. Albers, J. Magenheim, & D. M. Meister (Hrsg.), *Schule in der digitalen Welt: Medienpädagogische Ansätze und Schulforschungsperspektiven* (S. 67–95). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-92850-0_4
- Hof, B., & Bürgi, R. (2021). The OECD as an arena for debate on the future uses of computers in schools. *Globalisation, Societies and Education*, 19(2), 154–166. <https://doi.org/10.1080/14767724.2021.1878015>
- Hüther, J., & Podehl, B. (2005). Geschichte der Medienpädagogik. In J. Hüther (Hrsg.), *Grundbegriffe Medienpädagogik* (4. Auflage). Kopaed.
- Johnson, M. (2017). Towards a Rights-Based Vision of Digital Literacy. *Journal of Media Literacy*, 64(1–2), 46–51.
- Kerres, M. (2017). Digitalisierung als Herausforderung für die Medienpädagogik: „Bildung in einer digital geprägten Welt“. In C. Fischer (Hrsg.), *Pädagogischer Mehrwert? Digitale Medien in Schule und Unterricht* (105–113). Waxmann.
- Kultusministerkonferenz (Hrsg.). (2016). *Bildung in der digitalen Welt. Strategie der Kultusministerkonferenz*. Eigenverlag der KMK Berlin.

- Lorenz, R., & Endberg, M. (2019). Welche professionellen Handlungskompetenzen benötigen Lehrpersonen im Kontext der Digitalisierung in der Schule?: Theoretische Diskussion unter Berücksichtigung der Perspektive Lehramtsstudierender. *MedienPädagogik: Zeitschrift für Theorie und Praxis der Medienbildung*, 2019 (Occasional Papers), 61–81. <https://doi.org/10.21240/mpaed/00/2019.10.16.X>
- Luhmann, N., & Schorr, K. E. (1979). Das Technologiedefizit der Erziehung und die Pädagogik. *Zeitschrift für Pädagogik*, 25(3), 345.
- Macgilchrist, F. (2019). Cruel optimism in edtech: When the digital data practices of educational technology providers inadvertently hinder educational equity. *Learning, Media and Technology*, 44(1), 77–86. <https://doi.org/10.1080/17439884.2018.1556217>
- Martin, A. (2020). Digitalisierung und Lehrerbildung. Kompetenzmodellierung und empirische Befunde. In M. Rothland & S. Herrlinger (Hrsg.), *Digital?! Perspektiven der Digitalisierung für den Lehrerberuf und die Lehrerbildung*. Waxmann.
- Mihailidis, P. (2018). Civic media literacies: Re-Imagining engagement for civic intentionality. *Learning, Media and Technology*, 43(2), 152–164. <https://doi.org/10.1080/17439884.2018.1428623>
- Petko, D. (2014). *Einführung in die Mediendidaktik: Lehren und Lernen mit digitalen Medien*. Beltz.
- Petko, D., & Honegger, B. D. (2011). Digitale Medien in der schweizerischen Lehrerinnen- und Lehrerbildung: Hintergründe, Ansätze und Perspektiven. *Beiträge zur Lehrerbildung*, 29(2).
- Schaumburg, H., Prasse, D., Tschackert, K., & Blömeke, S. (2007). *Lernen in Notebook-Klassen. Endbericht zur Evaluation des Projekts „1000mal1000: Notebooks im Schulranzen“*. http://www.ssg-bildung.ub.uni-erlangen.de/Lernen_in_Notebook-Klassen.pdf
- Schmidt, R. (2020). *ICT-Professionalisierung und ICT-Beliefs, Professionalisierung angehender Lehrpersonen in der digitalen Transformation und ihre berufsbezogenen Überzeugungen über digitale Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT)* [Dissertation Open Access, Universität Basel]. http://edoc.unibas.ch/diss/DissB_13581
- Tamim, R. M., Bernard, R. M., Borokhovski, E., Abrami, P. C., & Schmid, R. F. (2011). What forty years of research says about the impact of technology on learning: A second-order meta-analysis and validation study. *Review of Educational research*, 81(1), 4–28.
- Tulodziecki, G. (2012). Medienpädagogische Kompetenz und Standards in der Lehrerbildung. In R. Schulz-Zander, B. Eickelmann, H. Moser, H. Niesyto, & P. Grell (Hrsg.), *Jahrbuch Medienpädagogik 9* (S. 271–297). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-94219-3_3
- UNESCO. (1983). *The UNESCO Courier. March*. <https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000074689>
- UNESCO. (2021). *Reimagining our futures together. A new social contract for education*. <https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000379707.locale=en>
- Voogt, J., & Roblin, N. P. (2012). A comparative analysis of international frameworks for 21st century competences: Implications for national curricu-

- lum policies. *Journal of Curriculum Studies*, 44(3), 299–321. <https://doi.org/10.1080/00220272.2012.668938>
- Watters, A. (2015, Februar 12). (25 Years Ago) The First School One-to-One Laptop Program. *Hack Education*. <http://hackeducation.com/2015/02/12/first-one-to-one-laptop-program>
- Zucker, A. A., & Light, D. (2009). Laptop Programs for Students. *Science*, 323(5910), 82–85. <https://doi.org/10.1126/science.1167705>



Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Stefanie Bailer | ist Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Basel. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in der Analyse von Entscheidungsprozessen von Parlamentarier:innen und Verhandlungen von Regierenden mit quantitativen und qualitativen Forschungsmethoden. Derzeit analysiert sie die Interaktionen von Politiker:innen und Wähler:innen auf Social Media in der Schweiz und Deutschland und wie diese direkte Kommunikation in Wort und Bild die Repräsentation verändert. [@StefanieBailer](#)

Werner Bartens | ist Arzt, Historiker, Wissenschaftsjournalist und Sachbuchautor. Er ist Leitender Redakteur im Wissenschaftsressort der Süddeutschen Zeitung und Autor für das SZ-Magazin. Er ist Autor zahlreicher Bücher, zuletzt ist von ihm im Rowohlt-Verlag „Lob der langen Liebe“ erschienen. [@WernerBartens](#)

Bob Blume | ist Bob Blume ist Oberstudienrat am Windeck-Gymnasium in Bühl und unterrichtet die Fächer Englisch, Deutsch und Geschichte. Zuvor arbeitete er an einer Realschule im Schwarzwald. Neben seiner Arbeit als Lehrer betreibt er einen Youtube-Kanal und einen Blog, in dem er über die Herausforderungen des Referendariats, die Chancen der Digitalisierung und politische Themen schreibt. [@blume_bob](#)

Jana Boukemia | ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Department Politikwissenschaft der Universität Basel. Sie untersucht, wie sich traditionelle Rollenbilder auf die Wahrnehmung von Politiker*innen auswirken, ob das Internet etwas an dieser Wahrnehmung ändert und ob weibliche Politiker*innen darum eher Ziel von Beleidigungen auf Twitter werden. Derzeit unterrichtet sie Seminar im Fachbereich Politikwissenschaft an der Universität Basel, in dem sie die Chancen und Risiken der digitalen Transformation der Demokratie beleuchtet.

Sarah Genner | ist Medienwissenschaftlerin und Dozentin an verschiedenen Schweizer Hochschulen. Sie war Gastforscherin am Berkman Klein Center for Internet and Society at Harvard University und ihre

Dissertation zum mobilen Internet wurde mit dem Mercator-Award der Universität Zürich ausgezeichnet. @sgenner

Eva Marlene Hausteiner | ist Vertretungsprofessorin für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Universität Greifswald. Sie forscht zur Funktionsweise großer politischer Ordnungen in der Moderne — und zur Entwicklung politischer Narrativität unter Bedingungen der Digitalisierung, etwa im Falle von Verschwörungsgerüchten. @eva-hausteiner

Björn Klein | ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Postdoc an der Pädagogischen Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz. Er unterrichtet dort angehende Geschichtslehrer:innen und ist mitverantwortlich für mehrere digitale Bildungsprojekte. Seine Forschungsinteressen sind Digitale Bildung und Geschlechter- und Körpersgeschichte mit einem besonderen Fokus auf Transsektionalität. Er hat unter anderem in L'Homme, in der Freiburger Zeitschrift für Geschlechterstudien und bei DeGruyter Aufsätze zur Geschlechtergeschichte und Digitalen Bildung publiziert. @john_doneson

Christian Montag | ist Professor für Molekulare Psychologie an der Universität Ulm und war von 2016–2022 Visiting-Professor an der University of Electronic Science and Technology of China in Chengdu, China. Er forscht unter anderem zu Psychoinformatik und hier insbesondere zum Einfluss von Internet, Mobiltelefonen und Computerspielen auf Emotionalität, Persönlichkeit und Gesellschaft. @ChrisMontag77

Julian Müller | Soziologe, leitet mit Dr. Astrid Séville und Dr. Christian Kirchmeier das von der Gerda Henkel Stiftung finanzierte Forschungsprojekt „Re/Präsentation. Neue Formen der politischen Ansprache und Fürsprache in der kommenden Gesellschaft“ und ist zudem im Vorstand des Instituts für Allgemeinarchitektur, München. Im Sommersemester hat er eine Gastprofessur an der Fakultät für Architektur der TU Graz inne.

Silke Schwandt | ist seit Januar 2020 Professorin für Digital History und Geschichte des Mittelalter an der Universität Bielefeld, Fakultät für Geschichtswissenschaft, Philosophie und Theologie. Sie ist Autorin und Herausgeberin mehrerer Bücher, u.a. des zuletzt erschienenen Digital

Methods in the Humanities – Challenges, Ideas, Perspectives. Sie engagiert sich zudem in der Entwicklung von Data Literacy Programmen für Universitäten und arbeitet zum Einsatz von VR-Szenarien für geschichtswissenschaftliche Forschung. @SilkeSchwandt

Astrid Séville | Politikwissenschaftlerin am Geschwister-Scholl-Institut der Ludwig-Maximilians-Universität München und assoziierte Forscherin am Centre Marc Bloch Berlin. Seit 2018 koordiniert sie ein Projekt zu Strategien des Antipopulismus und leitet zudem mit Dr. Julian Müller und Dr. Christian Kirchmeier das von der Gerda Henkel Stiftung finanzierte Forschungsprojekt „Re/Präsentation. Neue Formen der politischen Ansprache und Fürsprache in der kommenden Gesellschaft“. Im Sommersemester 2022 hat sie die Sir Peter Ustinov Professur der Stadt Wien inne.

Robin Schmidt | ist Philosoph und Erziehungswissenschaftler und untersucht pädagogische und anthropologische Implikationen der digitalen Transformation. Er ist Leiter des Forschungsprojekts „Teacher Agency in Digital Literacy Education“ und Dozent für Ethik/Religionen/Gemeinschaft und Philosophie an der Pädagogischen Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz. #DKMMZ21-Team. @_RobinSchmidt

Philippe Wampfler | ist Lehrer und Fachdidaktiker. Der Fokus seiner wissenschaftlichen Arbeit liegt auf den Entwicklungsmöglichkeiten gymnasialer Bildung unter den Bedingungen von Digitalität. Zuletzt von ihm erschienen: »Für eine Schule ohne Noten«, HEP Bern. @_phwampfler

Bert Theodor te Wildt | ist Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie. Er ist Chefarzt der Psychosomatischen Klinik Dießen. Zuvor leitete er die Ambulanz der LWL-Universitätsklinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie an der Ruhr-Universität Bochum, wo er im Oktober 2012 die Medienambulanz mit der Sprechstunde für Menschen mit Internet- und Computerspielabhängigkeit begründete. Sein letztes (mit Timo Schiele) veröffentlichtes Buch trägt den Titel “Burn On: Immer kurz vorm Burn-Out”. #DKMMZ21-Team. @berttewildt

Abbildungsverzeichnis

- Abbildung 1: Seite 19/Langley NASA/IBM 704 Computer im März 1957.
- Abbildung 2: Seite 39/Sarah Genner/Flüeli-Ranft im November 2021.
- Abbildung 3: Seite 51/Silke Schwandt/Flüeli-Ranft im November 2021.
- Abbildung 4: Seite 63/Christian Montag/Flüeli-Ranft im November 2021.
- Abbildung 5: Seite 67/Robin Schmidt/Flüeli-Ranft im November 2021.
- Abbildung 6: Seite 79/Instagram Account von Annalena Baerbock/September 2021.
- Abbildung 7: Seite 89/Björn Klein/Flüeli-Ranft im November 2021.
- Abbildung 8: Seite 97/Christian Montag/Flüeli-Ranft im November 2021.
- Abbildung 9: Seite 109/Björn Klein/Flüeli-Ranft im November 2021.
- Abbildung 10: Seite 125/Robin Schmidt/Flüeli-Ranft im November 2021.
- Abbildung 11: Seite 135/Sarah Genner/Flüeli-Ranft im November 2021.
- Abbildung 12: Seite 147/Christian Montag/Flüeli-Ranft im November 2021.
- Abbildung 13: Seite 163/Alexandra Hansch/Flüeli-Ranft im November 2021.
- Abbildung 14: Seite 170/171/Stefanie Bailer/ Flüeli-Ranft im November 2021.





